

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig August 1993

8/93

2. Jahrgang

Themen:

Forschung und Technologie in Osteuropa – ausgewählte Länderbeispiele

Sozial- und Geisteswissenschaften Ost:
Zwischenbilanzen des Umbaus - Teil 1

Mit Beiträgen von:

Sighelm Thede * Gerd Egner * Hartmut Hohlfeld * Wolfgang Schluchter * Pirmin Stekeler-Weithofer u.a.



Editorial

Unsere geneigten LeserInnen werden sich schon seit geraumer Zeit fragen, wie lange hochschule ost sich der boomenden Wachstumsbranche Osteuropaforschung noch verschließen mag. Schließlich klingt OST im Namen unserer Zeitschrift mit und ist keineswegs völkisch gemeint. Inmitten der Unzahl von Aufsätzen über nachholende Modernisierung in Osteuropa waren bislang nicht allzu viele zum Umbruch der Wissenschaftslandschaft auszumachen. Um so mehr freuen wir uns, nunmehr unseren LeserInnen die Kurzfassungen einiger im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erarbeiteter Studien vorstellen zu können. Der Vorteil der im vorliegenden Heft vereinten Aufsätze zum Wandel der osteuropäischen Wissenschaftslandschaft besteht dabei zweifelsohne in der empiriegesättigten Länderspezifität, die selbst für sonst mit dem Thema vertraute LeserInnen neue Aspekte liefern dürfte. Humakapital wird schließlich allerorten als eine entscheidende Ressource gehandelt, die den postkommunistischen Staaten das Schicksal einer Lateinamerikanisierung ersparen könne.

Das von Dahrendorf beschriebene "Tal der Tränen" wird noch immer bevorzugt aus dem Präferenzgefüge westlicher Denkfabriken heraus in die Artikellandschaft verschiedener Journale projiziert. Die Probleme der im o.g. Tal ablaufenden Schwimmübungen erscheinen dann bloß auf der Folie von Privatisierung und Demokratisierung. Die historische Singularität der postkommunistischen Systemumbrüche in Gestalt sich gegenseitig beeinflussender - politischer, ökonomischer, soziokultureller - Transformationsdimensionen ist in ihrer Komplexität auch in der Tat schwer zu fassen. Abhilfe verschafft da zumeist die Methode des Als-ob: Osteuropa wird von Internationalen Organisationen auch tatsächlich so behandelt, als ob sich die entwicklungspolitischen Methoden auf die Gesellschaften sowjetischen Typs übertragen lassen. Angesichts der sich entfaltenden Transformationskrise in Osteuropa kann dann im Westen so getan werden, als ob das sich kumulierende Chaospotential und die rasante Peripherisierung eines Teils von Europa den Westen unbehelligt ließe: "Muddling Through" - Durchwursteln - kann als Bezeichnung dieser Problemverarbeitungsweise genommen werden. hochschule ost wird - dies kann als verlässliche Auskunft genommen werden - auch in Zukunft über die sich wandelnde osteuropäische Wissenschaftslandschaft und westliche Reaktionen darauf berichten.

F.G.

IMPRESSUM

hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland
Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StuRa der Universität Leipzig, PSF 920, 04 009 Leipzig, Tel. (0341) 719 22 61, Fax 719 22 55.
Verantwortlich: Peer Pasternack.
Redaktion: Sonja Brentjes, Frank Geißler, Monika Gibas, Matthias Middell, Peer Pasternack, Dirk Siebert.
Herstellung: Büro Pauselius, Oststr. 24-26, O-7050 Leipzig.
hso erscheint monatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft jeweils von Okt. - Sept.
Schutzgebühren: Einzelheft DM 5,-, Jahresabo (12 Ausgaben) DM 55,- (ostdeutsche PrivatabonnentInnen / StudentInnenabo 33,-; in der akademischen/studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende 20,-).
Kto.: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.
Selbstverständlich geben die Artikel nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wieder.
Nachdruck mit Quellenangabe ("aus 'hochschule ost', Leipzig, Nr. ...") gestattet. Belegexemplar erbeten.

INHALT

THEMA I: Forschung und Technologie in Osteuropa - ausgewählte Länderbeispiele

Sighelm Thede:

Zur Entwicklung von Forschung und Wissenschaft unter den Bedingungen des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft in den Ländern Weißrußland, Kasachstan und Ungarn 5

Gerd Egner/Hartmut Hohlfeld:

Republik Lettland - ein perspektivreicher Markt für Kooperationen mit Westeuropa in Forschung und Technologie 11

Hartmut Hohlfeld/Gerd Egner:

Die Republik Litauen - ein perspektivreicher Markt für Kooperationen mit Westeuropa in Forschung und Technologie 20

PUBLIKATIONEN zu osteuropäischer Wissenschaft und deutsch-osteuropäischen Wissenschaftsbeziehungen 28

THEMA II: Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus Teil 1

Wolfgang Schluchter:

Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig. Teil 1 29

Pirmin Stekeler-Weithofer:

Philosophie in Leipzig: Neubeginn oder Kontinuität? 46

BERICHTE

Frauen in Naturwissenschaft und Technik (*Karin Reiche*) 52

"Welche Uni ist die beste?" Das Spiel mit Zahlen und Fakten im SPIEGEL-Extra (*T.U.E.T.*) 53

Innovationskollegs an ostdeutschen Hochschulen (*BMFT/DFG*) 56

MPG gründet Institut für Wissenschaftsgeschichte (*M. Globig*) 57

Max-Planck-Institut für Physik komplexer Systeme nimmt Arbeit in Dresden auf (*MPG*) 58

Gatersleben: Klassisches Zentrum für Pflanzenzüchtung neu belebt (*BMFT*) 59

Biologisch-Medizinisches Forschungszentrum in Erfurt nimmt Konturen an (*Thür. Wiss.-Min.*) 60

70 Jahre Staatsarchiv Meiningen (*Thür. Wissenschaftsministerium*) 61

FSU Jena: Geeignet oder nicht? Aus der Praxis der Personalkommission (*H. Stephani*) 62

Bilanz zum Ende des ersten Akademischen Jahres der Europa-Universität Frankfurt/Oder 64

Erfolgreiche Schauspielstudenten aus Leipzig und Rostock ausgezeichnet (*BMBW*) 66

Neue Bundesländer: Erweiterte Steuerfreiheit von Stipendien 66

TAGUNG 68

GELESEN

Rosemarie Stein: Die Charité. 1945 - 1992. Ein Mythos von innen (*I.-S. Kowalczyk*) 69

PUBLIKATIONEN zur Leipziger Universitätskirche 72

THEMA I: Forschung und Technologie in Osteuropa - ausgewählte Länderbeispiele

Sighelm Thede (Berlin):

Zur Entwicklung von Forschung und Wissenschaft unter den Bedingungen des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft in den Ländern Weißrußland, Kasachstan und Ungarn

Das Bundeswirtschaftsministerium in Bonn hatte Ende 1992 eine Reihe von Experten über die Möglichkeiten technologiepolitischer Kooperation zwischen der Bundesrepublik und ausgewählten Ländern des ehemaligen Ostblocks in Auftrag gegeben. Auf der Grundlage der dabei gewonnenen Erfahrungen und Informationen soll im folgenden - nach Freigabe dieser Forschungsergebnisse durch das BMWi - eine kurze Einschätzung zu den aktuellen Entwicklungen in Forschung und Wissenschaft in den drei ausgewählten Ländern gegeben werden.*

Die Analysen zeigten neben den aus dem planwirtschaftlichen System resultierenden Gemeinsamkeiten in den Problemlagen zugleich aber auch wesentliche Unterschiede in den Bedingungen der weiteren Entwicklung in Forschung und Wissenschaft sowie den sich daraus ableitenden Möglichkeiten für technologische Kooperationen mit entwickelten Marktwirtschaften auf.

In den beiden Nachfolgestaaten der UdSSR Weißrußland und Kasachstan sind die gravierenden Übergangsschwierigkeiten der Transformation des Wirtschaftssystems hin zu marktwirtschaftlichen Formen der Wirtschaftsverfassung mit den nicht minder

schwerwiegenden zusätzlichen Problemen kombiniert, die aus dem Zerfall des ehemals einheitlichen sowjetischen Binnenmarkts resultieren. In ähnlicher Weise wie die gewerbliche Wirtschaft - ob Zulieferer oder Finalproduzenten - sind viele Forschungseinrichtungen durch die die neuen Grenzen und unüberschaubare und -überwindbare nationalstaatliche Hürden aus ihren traditionellen Kooperationsbeziehungen und Forschungsverbunden gerissen worden, wobei insbesondere die industriennahe bzw. in der Industrie direkt angesiedelte Forschung besonders hart getroffen wurde.

Dabei verfügten beide Staaten Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre über vergleichsweise gut entwickelte und leistungsfähige Potentiale in Forschung und Wissenschaft im Vergleich zu den anderen Nachfolgestaaten der UdSSR.

In Weißrußland bietet das vorhandene Humankapital zunächst gute Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Forschung im Grundlagenbereich wie auch in der angewandten industriennahen Forschung. Der Anteil der Hochschulabsolventen an den Gesamtbeschäftigten erreichte 1991 12,4% und der Anteil der Wissenschaftler fast 0,9%.

Weißrußland verfügte Ende 1990 über insgesamt 312 Institutionen, deren Haupttätigkeitsfeld in Forschung und Wissenschaft anzusiedeln war. Dazu zählten 133 Forschungsinstitute, 69 Konstruktionsbüros, 36 Projektierungsorganisationen, 27 Hochschuleinrichtungen sowie 24 Forschungs- und Konstruktionsabteilungen innerhalb von Industriebetrieben (bei einer Zahl von 1.610 Industriebetrieben insgesamt!).

1991 und 1992 hat es keine großen Veränderungen in der Zahl der Forschungseinrichtungen gegeben - nur die Zahl der in der Industrie direkt angesiedelten Forschungseinrichtungen reduzierte sich noch weiter auf 19.

Gleichzeitig wurde jedoch eine dramatische Reduzierung beim wissenschaftlichen Personal spürbar. Zum Vergleich: 1990 verfügten diese 312 Institutionen noch über einen Personalbestand von mehr als 108 Tausend. Diese Zahl ging 1991 um 15%, 1992 noch einmal um ca. 25% (Schätzung nach Expertenbefragungen vor Ort) zurück.

Seit Mitte/Ende 1992 sind es vorrangig hochqualifizierte und junge Experten, die die Forschungseinrichtungen verlassen. Die Ursachen dafür finden sich sowohl auf Seiten der Institutionen - hier vor allem begründet in der momentanen schlechten Auftrags- und Finanzierungslage, aber auch auf Seiten der Beschäftigten, die mit der geringen Entlohnung ihrer Tätigkeiten nicht nur nicht zufrieden sein können, sondern sogar existenziellen Nöten ausgesetzt sind. Im August 1992 erreichten die Einkommen von Beschäftigten in F&E im Durchschnitt gerade 78 % des weißrussischen Durchschnittseinkommens. Das Einkommensniveau des wissenschaftlichen Nachwuchses lag noch einmal deutlich darunter.

Gleichzeitig verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen in den Forschungsein-

richtungen. Es fehlen Mittel zur Ergänzung und Erweiterung der apparativen Ausstattung, die technisch und moralisch immer schneller veraltet. Wegen fehlender Valutamittel kann auch ausländische Literatur kaum noch bezogen werden.

Trotz dieser akuten Bedrohungen ist das verbliebene wissenschaftlich-technische Potential Weißrußlands immer noch als beachtlich einzuschätzen. Nach weißrussischen Angaben verfügen folgende Branchen über umfangreiche und leistungsfähige Potentiale angewandter Forschung:

- Bau von Maschinen und Ausrüstungen für die chemische Industrie
- Bearbeitung von Metallen und nichtmetallischen Materialien
- Maschinenbau für das Energiewesen, die Landwirtschaft und den Transport
- Der Bereich der Produktion technischer Mittel der Meß- und Regeltechnik sowie Informatik.

Ungenügend ist das F&E - Potential dagegen in der radioelektronischen Industrie, im Werkzeugmaschinenbau sowie in der Nahrungsgüter- und Leichtindustrie entwickelt, d.h. in den Branchen der weißrussischen Industrie, die z.Z. noch strukturbestimmend sind.

Sind die vorliegenden Ergebnisse von Forschung und Entwicklung in Weißrußland teilweise als durchaus beachtlich einzuschätzen, müssen im Bereich der Überführung in die Produktion jedoch grundlegende Schwierigkeiten und Mängel konstatiert werden. Mit der staatlichen Souveränität der Nachfolgestaaten der UdSSR und der wachsenden wirtschaftlichen Entkopplung aus dem Streben nach größerer wirtschaftlicher Unabhängigkeit heraus haben sich die Schwierigkeiten für die Forschungspotentiale wie bereits gesagt, noch erhöht.

Bis 1991 waren immerhin noch ca. 30 % der Forschungs- und Entwicklungsarbei-

ten in Weißrußland aus dem Staatshaushalt finanziert worden, darunter fast 85 % aus dem Unionsbudget. Mit dem Wegfall dieser zentralen Finanzierung durch die Union sowie den steigenden Defiziten im Staatshaushalt der weißrussischen Republik bei gleichzeitig rapidem Rückgang der Forschungsaufträge aus der Wirtschaft haben die Probleme der weißrussischen Forschung und Wissenschaft den Charakter von Existenzproblemen angenommen.

Immerhin - die Regierung Weißrußlands scheint die langfristigen Folgen und Gefahren aus einem Niedergang von Forschung und Wissenschaft für die nationale Entwicklung erkannt zu haben. Man ist spürbar um eine aktivere Wissenschaftspolitik als wichtigem Faktor für eine mittel- und langfristig erfolgreiche sozialökonomische Entwicklung der Republik bemüht. Entsprechend soll etappenweise der Anteil der staatlichen Mittel an der Finanzierung von Forschung und Entwicklung wieder auf deutlich mehr als 30 %, möglicherweise sogar auf mehr als 40 % erhöht werden. Unklar bleibt bisher, woher diese Gelder kommen sollen. Allerdings wird bei den organisatorischen Lösungsansätzen zur Neu- bzw. Umstrukturierung der Forschungslandschaft z.Z. eher auf das Modell der altbekannten planwirtschaftlichen Staatsprogramme zurückgegriffen, als das es gelingt, marktwirtschaftlich orientierte Lösungsansätze und Instrumentarien zu entwickeln. Hier kann und sollte z.B. methodische Hilfe und Erfahrungsvermittlung aus dem reichen Fundus bundesrepublikanischer Innovationsförderung ansetzen.

Als Hauptrichtungen für die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung aus staatlicher Sicht für den Zeitraum 1992-1995 werden vor allem benannt:

- Technologien auf der Basis hochkonzentrierter Energien

- Informations- und Kommunikationstechnologie
- Technologien integrierter Fertigungssysteme
- Biotechnologie
- Entwicklung neuer Materialien

In Kasachstan ist eine Analyse des wissenschaftlich-technischen Potentials mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Große Forschungszentren der UdSSR, die in Zentralrußland angesiedelt waren, verfügten in Kasachstan über eine Reihe von Filialen, die inzwischen in die Selbständigkeit entlassen worden sind. Forschungspotentiale des Militär-Industrie-Komplexes (Kasachstan war Standort der Weltraum- und der Atomforschung sowie Experimentierfeld der ehemaligen Sowjetunion für Raumflüge und Kernwaffentests) unterliegen zu einem großen Teil noch immer strenger Geheimhaltung. Verhandlungen zwischen Rußland und Kasachstan über eine gemeinsame Weiterführung des Kosmodroms in Baikonur und über die Forschungspotentiale in Semipalatinsk konnten noch nicht abgeschlossen werden. Hier hat inzwischen eine ernstzunehmende Abwanderung russischer Fachleute begonnen, die ohne Zweifel auch Folgen für den sicheren Betrieb zahlreicher sensibler Anlagen haben wird.

Kasachstan allein dürfte kaum in der Lage sein, solche Großeinrichtungen der Forschung weiterzuführen. Um die Dimensionen zu verdeutlichen: Der Kosmodrom von Baikonur erstreckt sich über ein Territorium von 40 Tsd. Quadratkilometern - das entspricht dem Territorium der Niederlande. Er verbraucht pro Jahr allein 600 Mio. KWh Energie und knapp 60 Mio. qm Wasser, um nur einige Items der ökonomischen Dimensionen dieser Einrichtungen zu verdeutlichen.

Kasachstan war im Bereich der verarbeitenden Industrie vor allem Zulieferer für

Rußland und die anderen Republiken. Technik und Technologie wurden dabei von den Auftraggebern/Großabnehmern aus den anderen Republiken vorgegeben, so daß sich eigene kasachische Arbeiten auf die laufende Rationalisierung der weitgehend fremdbestimmten Produktionsprozesse beschränkten. Daraus resultiert wahrscheinlich die erstaunlich geringe Zahl von nur rund 50 Tausend Beschäftigten, die 1991 nach kasachischen Angaben mit wissenschaftlichen Forschungs-, Projektierungs-, Konstruktions- und technologischen Arbeiten befaßt gewesen sein sollen. Und dies bei einer Zahl von etwa 500.000 Hoch- und Fachschulabsolventen jährlich.

Das allgemeine Bildungsniveau der kasachischen Bevölkerung kann dementsprechend als durchaus gut eingeschätzt werden. Von den Personen im Alter über 15 Jahren verfügten 1989 fast 10 % über eine Hochschulbildung, 34 % über eine mittlere Spezialausbildung und ebenfalls 34 % über eine allgemeine mittlere Bildung. Wenn auch die Bildungsmaßstäbe mit denen in Westeuropa nicht gleichgesetzt werden können, muß im Verhältnis zu den realen Arbeitsanforderungen in diesem Land sogar von einer teilweisen Überqualifizierung der Beschäftigten gesprochen werden.

Von dem oben genannten Forschungs- und Entwicklungspotential von rund 50.000 Personen waren übrigens fast die Hälfte Frauen. Im einzelnen gliederte sich die Forschungsstruktur 1991 wie folgt auf:

- technische Wissenschaften	11.086
- landwirtschaftl. Wissenschaften	3.884
- Medizin	2.597
- Physik/Mathematik	2.584
- Biologie	2.247
- Ökonomie	2.072
- Chemie	1.933
- Geologie/Mineralogie	1.431

Insgesamt muß festgestellt werden, daß Kasachstan weder quantitativ noch qualitativ über eine leistungsfähige produktionsnahe bzw. industrieorientierte Forschung und Entwicklung verfügt, sondern diese erst noch aufbauen muß.

Im Regierungsprogramm des kasachischen Präsidenten haben Forschung und Wissenschaft einen hohen Stellenwert eingeräumt bekommen. Die Regierung ist von der Überzeugung durchdrungen, auf der Basis der vorhandenen Potentialen mit einer "Strategie der schnellen ökonomischen Entwicklung" einen ähnlichen Entwicklungssprung bewältigen zu können wie Singapur, Hongkong oder andere Schwellenländer.

Der kasachische Präsident initiiert und fordert deshalb "Durchbruchstellen für den technologischen Aufschwung". Dazu sollen Zonen für die vorrangige Entwicklung von neuen Technologien und Produkten geschaffen werden - u.a. in den Gebieten um die Städte Alma Ata und Pawlodar, sowie Technologieparks mit internationalem Charakter auf der Basis des Polygons von Semipalatinsk und des Kosmodroms von Baikonur. Ferner sind Innovationszentren in Karaganda, Ust-Kamenogorsk, Zelinograd und Arysau vorgesehen.

Diese "Überhol"-Strategien sollen über weitgehend staatlich-zentralistische Programme gefördert und durchgesetzt werden, auf die hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann.

Als Feld von besonderem Interesse für eine Kooperation in Forschung und Wissenschaft mit dem Ausland muß vor allem die Unterstützung der kasachischen Republik bei der Herausbildung einer Wirtschaftswachstum initierenden und tragenden Industrieforschung - von der konzeptionellen Gestaltung der Forschungspolitik bis zu konkreten Einzelprojekten - gese-

hen werden. Dazu wird ohne Zweifel auch eine Reorganisation der kasachischen Akademie der Wissenschaften ein wichtiges Thema sein müssen. Branchenbezogen spielen vor allem Kooperationswünsche bezüglich Landwirtschaft, Grundstoffindustrie und der Verarbeitenden Industrie eine Rolle spielen. Im Gegenzug wird Kasachstan, wie bereits ausgeführt, mit den Potentialen seiner angesiedelten Großforschungseinrichtungen locken.

In Ungarn war über die letzten Jahrzehnte ein zunehmender technologischer Rückstand im Bereich von Technik und Technologie zum internationalen Niveau zu verzeichnen. Besonders kritisch nahm er in den Bereichen der modernsten Technologien zu. Dies findet seine Entsprechung in einem seit 1988 bedeutend geschrumpften Volumen der für Forschung und Entwicklung eingesetzten Mittel. Der Anteil des Aufwandes am Bruttoinlandsprodukt ging von 1988 2,3 % auf 1991 1,18 % zurück. Im vergleichbarer Weise reduzierte sich der Anteil der Investitionen für F & E an den Gesamtinvestitionen von 1,5 % 1989 auf 0,72 % 1991.

1991 verfügten die 1.257 Forschungseinrichtungen in Ungarn noch über 30 Tsd. Beschäftigte, das entsprach noch 2/3 der Beschäftigtenzahl von 1989. In der Industrieforschung - ohne Akademie- und Hochschulforschung für die Industrie - waren ca. 8,4 Tsd. Personen beschäftigt.

Dieses Potential war 1991 zu ca. 70 % auf die ungarische Hauptstadt Budapest konzentriert. 18 % entfielen auf weitere acht Universitätsstädte und 12 % auf das übrige Territorium Ungarns.

Die Beschäftigten in Forschung und Wissenschaft repräsentierten 1991 0,75 % der Gesamtbeschäftigten - 1990 waren es noch 0,81 % gewesen. In der Industrie war der

Rückgang dieses Anteils von 0,66 auf 0,50 % innerhalb eines Jahres noch markanter.

Die Industrieforschung Ungarns konzentrierte sich 1991 mit fast der Hälfte ihres Potentials auf den Maschinenbau, darunter insbesondere auf die Nachrichtentechnik, die Vakuumtechnik, die Produktion von Verkehrsmitteln sowie die Geräteproduktion. Ein weiteres Drittel des Forschungs- und Entwicklungspotentials entfällt auf die chemische Industrie, wobei zwei Drittel dieses Potentials auf die Pharmazie konzentriert waren, was ein beachtlicher Anteil ist.

Als leistungsfähig und damit besonders interessant für eine internationale Kooperation können nach unserer Einschätzung immer noch folgende Branchen gelten:

- die chemische Industrie mit den Schwerpunkten Pharmazie und Pflanzenschutzmittel
- die Landwirtschaft/die biotechnologische Forschung
- der Produktion von Umweltschutzausrüstungen sowie
- die Nachrichtentechnik

Dies läßt sich auch mit Zahlen der Patentanmeldungen belegen. Während einerseits die Zahl einheimischer Patentanmeldungen in den letzten Jahren gesunken und gleichzeitig die Zahl ausländischer Patentanmeldungen gestiegen ist, konnte im Pharmaziebereich die Zahl der einheimischen Patentanmeldungen gehalten werden. Im Umweltschutzbereich ist eine deutliche Zunahme festzustellen, die sich vor allem auf die Felder Abwasserklärung, Klärschlammbehandlung sowie Müllentsorgung konzentrieren.

Die ungarische Regierung hat der weiteren Stärkung von Forschung und Entwicklung mit ihrem "Programm der nationalen Erneuerung" vom September 1990 als stra-

teigische Aufgabe bestimmt. Die "abgestimmte Umgestaltung der Hochschulbildung, der Struktur der wissenschaftlichen Forschung und technischen Entwicklung als komplexes System ..." bilden einen eigenständigen Schwerpunkt des Regierungsprogramms. Dieses neu zu formierende System soll als "Zugkraft" der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung dienen.

Die Regierung setzt dabei vor allem auf eine Reintegration von F & E in Industrie und Gewerbe. Gleichzeitig soll Forschungsförderung stärker wettbewerbsorientiert erfolgen, sowohl was die Grundorientierungen der Forschungsthemen und ihre Relevanz für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Wirtschaft betrifft als auch nach den Modi ihrer Vergabe bzw. Ausschreibung und des Controlling.

Gleichzeitig bleibt für die ungarische Wirtschaft ein großer Bedarf an vielfältigen technologischen Lösungen bestehen, der vor allem über internationale Technologie-Kooperation befriedigt werden soll. Sie betreffen z.B. Fragen des Umweltschutzes einschließlich Wasserversorgung und -aufbereitung, die Beherrschung der technologischen Kette in der Nahrungsmittelwirtschaft von der Produktion bis zum Konsumenten, die Verwertung industrieller Abprodukte aus der Textil- und Lederindustrie u.a.

Zusammenfassend kann gesagt werden, das diese drei osteuropäischen Länder sich nach wie vor in einer - graduell abgestuft - schwierigen Übergangsphase zur Marktwirtschaft haben, die gerade in den beiden Nachfolgestaaten der UdSSR immer wieder auch durch Rückgriffe auf

zentralstaatliche Planungs- und Lenkungsinstrumente geprägt wird. Der Zustand von Forschung und Wissenschaft widerspiegelt diese Übergangsprozesse zwangsläufig. Viele Potentiale sind bereits verloren gegangen und sind weiterhin existenzbedroht. Gleichzeitig greifen ganz allmählich Restrukturierungs- und Vitalisierungsvorhaben.

Trotz dieser Problemlage verfügen alle drei Länder in spezifischer Weise über Forschungspotentiale und - z.T. direkt anwendungsbereite - Forschungsergebnisse, die für eine internationale Kooperation ohne Zweifel von Interesse sind.

Hilfe und Unterstützung einerseits sowie Kooperation und Zusammenarbeit andererseits von staatlicher wie unternehmerischer Seite sind deshalb nicht nur erwünscht und notwendig, um die Forschungslandschaften in diesen Ländern und damit letztlich auch die Wirtschaften dieser Länder rascher zu stabilisieren, sondern stoßen auch auf reale Gegenwerte aus Forschung und Entwicklung.

Sighelm Thede, Dr. oec., ist Mitarbeiter der Forschungsagentur Berlin GmbH

* Dem Beitrag liegen die drei Kurzexperten des Autors mit dem Titel: "Möglichkeiten, Inhalte und Formen technologiepolitischer Kooperationen zwischen der Republik Kasachstan (resp. Weißrußland, Ungarn) mit der Bundesrepublik Deutschland" zugrunde, die beim *trafo verlag dr. wolfgang weist* bezogen werden können. Anschrift: trafo verlag, Postfach 244, 10123 Berlin, Tel. + Fax: 030/58 91 193. Die Experten kosten jeweils 68,80 DM.

Gerd Egner/Hartmut Hohlfeld (Berlin):

Republik Lettland - ein perspektivreicher Markt für Kooperationen mit Westeuropa in Forschung und Technologie

Unter diesem Titel ist Anfang Juli 1993 eine Forschungsstudie beim trafo verlag, Berlin, erschienen.* Die Publikation beschreibt die Situation in der lettischen Wissenschaft im Prozeß des politischen und wirtschaftlichen Umbruchs. Sie basiert auf einer Recherche der Forschungsagentur Berlin GmbH "vor Ort" in Lettland, spiegelt den Stand zur Jahreswende 1992/93 wider und konzentriert sich auf technologierelevante Sachverhalte.

Die Publikation wendet sich an Unternehmer und Forscher, die neue Kontakte für die Fortsetzung der Innovationsprozesse in ihren Unternehmen/Fachgebiet suchen, vornehmlich aber an mittelständische Unternehmer, die nicht auf einen hausinternen Informationsdienst zurückgreifen können. Sie zeigt Potenzen und Ansatzpunkte insbesondere technologisch orientierter Kooperationen auf und soll Assoziationen für unternehmerische Aktivitäten wecken.

Nach einer Einleitung mit wirtschaftsgeographischen und historischen Ausführungen werden vor allem der technologische Bedarf der lettischen Wirtschaft als auch die technologischen Offerten der lettischen Wissenschaft beschrieben. Auf die wirtschaftliche Entwicklung und die rechtliche Lage wird in dem Umfange eingegangen, wie es für das Verständnis erforderlich erscheint.

Lettland verfügt über ein - an der Größe des Landes gemessen - umfangreiches industrielles Potential und über eine im technologischen Bereich erstaunlich vielfältige wissenschaftliche Landschaft. Die deutsche Wirtschaft, darunter vor allem auch kleine und mittelständische Unternehmen, kann hier profunde Partner für innovative Entwicklungen finden.

Als Referenz für die Qualität der Leistungsfähigkeit der lettischen Wissenschaft kann deren Einbindung in die frühere sowjetische Raum- und Verteidigungsforschung dienen. Innerhalb dieser Forschungen wurden durch lettische Forschungseinrichtungen solche Verfahren und Produkte entwickelt wie z. B.:

- die Verwendung hochdisperser Pulver und von Verbundwerkstoffen in der Fertigung militärischer Ausrüstungen,
- die Anwendung von Pulverkeramiken in der Panzerplattentechnologie,
- der Einsatz pulverkeramisch gefertigter Kugellager in der Raumfähre Buran,
- die Entwicklung von hochtemperaturfesten Materialien in Raketenschutzschilden,
- von hochbeanspruchbaren (bei 700 at) hochelastischen Materialien in der Raketen- und Raumfahrttechnik (Monopolstellung) und
- von funktechnischen Ausrüstungen für die kosmische Kommunikation.

Zum Stand der Transformationsprozesse in der lettischen Wirtschaft

Vor dem zweiten Weltkrieg dominierten in Lettland private kleine und mittelständische Unternehmen (über 6.000 mit 117.500 Arbeitskräften) mit einem hohen Anteil an ausländischem Kapital. Mit der Einbindung in die UdSSR und der Neuordnung der Wirtschaftsräume nach dem Kriege fand ein erheblicher Wandel in der Wirtschaft statt. Dank günstiger Voraussetzungen, die vor allem in einem hohen Bildungsniveau, verbunden mit hoher Arbeitsdisziplin zu sehen sind, konnten in Lettland - wie auch in Litauen und Estland - erfolgreich Großbetriebe mit modernen Technologien errichtet werden. Dabei wurden 2/3 der Produktionskapazitäten im Rigaer Raum konzentriert.

Sehr stark ausgebaut wurden der Maschinenbau, die Leichtindustrie und die Lebensmittelindustrie. Im arbeitsteiligen Gesamtverband der UdSSR waren lettische Betriebe auf Erzeugnisse der Elektrotechnik, der Fernmeldetechnik, auf die Produktion von Transportmaschinen, Trikotagen, Nahrungsmitteln sowie von Apparaten und Maschinen für die Textil-, die chemisch-pharmazeutische, holzverarbeitende und Lebensmittelindustrie spezialisiert.

Die heutige industrielle Struktur ist durch die "Sozialistische Industrialisierung", d.h. durch die unter den Bedingungen der Planwirtschaft errichteten Großbetriebe gekennzeichnet. Mit der politischen Unabhängigkeit von der ehemaligen UdSSR und der in den letzten beiden Jahren ablaufenden völligen Neuorganisation des GUS-Marktes mit allen seinen schwierigen Problemen kamen auch die Disproportionen in der lettischen Volkswirtschaft voll zur Wirkung, wie:

- die Abhängigkeit des Landes von den etwa 400 Großbetrieben, deren Produktionsprofil zu über 80 % auf den Bedarf der

ehemaligen UdSSR ausgerichtet wurde, nicht aber den Bedürfnissen des lettischen Marktes entspricht, darunter 35 Betriebe der Elektronik und Fernmeldetechnik, die teilweise dem militärisch-industriellen Komplex zugeordnet waren;

- die einseitige, 90 %ige Abhängigkeit der Industrie von den Rohstoff-, Material und Energieträger-Lieferungen aus den GUS-Staaten;

- die zunehmende Überalterung der angewendeten Technologien sowie die damit eng verbundene unzureichende Qualität der Erzeugnisse, die den Export auf den Weltmärkten erschwert;

- eine sehr schmale eigene energetische Basis, die nur über geringe Ressourcen an Wasserkraft, Holz und Torf verfügt, so daß der energetische Eigenbedarf insgesamt nur zu 12 %, bei Elektroenergie nur zu 35 - 44 % gedeckt werden kann.

Die augenblickliche wirtschaftliche Situation ist demzufolge außerordentlich angespannt. Im Dezember 1991 waren die Preise landwirtschaftlicher Produkte freigegeben worden, im Januar 1992 die für die meisten Industriegüter. Fast drei Viertel der Betriebe mußte 1992 die Produktion z. T. erheblich einschränken. Das betraf vor allem den Maschinenbau und die metallverarbeitende Industrie sowie die Nahrungsmittelproduktion. Der Produktionsrückgang betrug in den ersten 9 Monaten 1992 im Vergleich zum Vorjahr 31,6 %.

Die Privatisierung der Wirtschaft wurde mit dem Gesetz "über unternehmerische Tätigkeit" vom 26. September 1990 eingeleitet. Beim Staatlichen Komitee für Statistik sind inzwischen 40.000 Unternehmen und Institutionen registriert - vom Großbetrieb bis zum Einzelunternehmer, von profitorientierten Firmen bis zu gemeinnützigen sozialen Einrichtungen.

Per 1.1.1992 wurden 10.000 dieser 40.000 Unternehmen als kleine oder mittelständische (besser: mittlere, da es noch keinen Mittelstand in Lettland gibt) Unternehmen (KMU) eingestuft, von denen wiederum ca. 3.000 Einzelfirmen sind. Nach einer Statistik der Lettischen Industrie- und Handelskammer waren 1991 aber nur 5.342 dieser KMU auch unternehmerisch tätig, davon knapp 2.000 im Sektor Industrie und Bauwesen. Sie erbrachten schätzungsweise 15 % der gewerblichen Wertschöpfung.

Privatisierungen sind vorrangig in der Landwirtschaft, dem Handel und im Dienstleistungssektor erfolgt. Noch gibt es keine Gesetze oder Programme zur Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Lediglich die die Reprivatisierung der Landwirtschaft betreffenden Gesetze enthalten Elemente einer Förderung.

Schwerpunkt der lettischen Wirtschaftspolitik ist gegenwärtig die Privatisierung der Großbetriebe mit dem Bemühen, deren Produktionsprofile nach Möglichkeit zu erhalten. Fachleute schätzen aber ein, daß es notwendig, ja unverzichtbar sein wird, die lettische Industrie nicht nur in den Eigentumsformen, sondern vor allem auch dem Profil nach völlig neu zu strukturieren.

Zu den Grundrichtungen einer solchen Neuorientierung muß gehören:

- die Wirtschaft angesichts des Mangels einheimischer nichtnachwachsender Rohstoffe auf eine intelligenzintensive Veredlung von Materialien auszurichten;

- die traditionellen Wirtschaftskontakte zu den Ländern der GUS zu wahren bzw. zu aktivieren, um die dortigen Märkte unter veränderten ökonomischen Bedingungen weiterhin beliefern zu können sowie sich als Mittler zwischen den west- und osteuropäischen Wirtschaftszonen zu profilieren;
- stärker die Industriezweige zu fördern, die einheimische Rohstoffe sowie Produkte der

Landwirtschaft und der Fischerei verarbeiten.

An eigenen Rohstoffquellen stehen hierfür nur Vorräte an Gips, Kalkstein, Tonen und Sanden, Torf, Wasserkraft und Holz zur Verfügung. Der Wald nimmt 40 % des Territoriums ein, der Holzvorrat beträgt 330 Mio m³, vorrangig Kiefer, der jährliche Zuwachs beträgt 5,3 Mio m³.

Bedarf an technologischem Know-how besteht vor allem in folgenden Bereichen:

- Technologien für die Kernbereiche der gegenwärtig dominierenden Wirtschaftszweige Maschinenbau, Leichtindustrie, Lebensmittelindustrie, Elektrotechnik/Elektronik, Fernmeldetechnik;

- Technologien für die Holzverarbeitende Industrie (Waldbewirtschaftung, Sägewerke), die Papier-, Karton- und Zelluloseproduktion sowie die Möbelindustrie;

- Technologien für die Produktion von Baumaterialien auf einheimischer Rohstoffgrundlage;

- Technologien im Bereich des Landmaschinenbaus und der Nahrungsgüterproduktion, beginnend mit der Fertigung von Traktoren, über die Lebensmittelindustrie (vor allem Fleisch-, Milch-, Leder- und Fischverarbeitung) bis zu Verpackungs- und Kühlanlagen;

- Energiesparende und umweltschonende Technologien;

- Technologien für die Rekonstruktion und Erweiterung der Elektroenergie-Basis bei Einsatz von Wasserkraft, Erdöl, Erdgas, Steinkohle und Torf.

Die Entwicklung der Landwirtschaft kann nicht getrennt von der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung betrachtet werden. 40 % des Bodens werden landwirtschaftlich genutzt. Die Produktion ist angesichts der Bodenverhältnisse vor allem auf die Viehzucht mit Fleisch- und Milchprodukten ausgerichtet.

Per 1. Juni 1992 waren 678.300 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, das sind 17 % der Gesamtfläche, privatisiert und an 44.500 Privatbauern übergeben worden. Es wird eingeschätzt, daß in den nächsten 15 Jahren 75 % der landwirtschaftlichen Fläche in private Hände gehen. Infolge dieser schnellen Privatisierung ist jedoch die landwirtschaftliche Produktion 1991 und 1992 - in diesem Jahr durch eine extreme Trockenperiode verstärkt - um jeweils ca. 10 % zurückgegangen.

Transformationsprozesse in der naturwissenschaftlichen und technologischen Forschung Lettlands

1862 wurde als erste lettische Hochschule das Rigaer Polytechnikum gegründet. Anfang der 20er Jahre wurde aus ihm schrittweise die Rigaer Universität, die heutige Universität Lettlands, gebildet. 1946 wurde die Lettische Akademie der Wissenschaften als ein Verband von Forschungseinrichtungen gebildet, deren Institute vor allem in den 60er Jahren stark ausgebaut wurden. Die damals etablierten Arbeitsrichtungen bestimmen auch noch heute das wissenschaftliche Gesicht Lettlands:

Magnethydrodynamik, Halbleiterphysik, Holzchemie, Mikrobiologische Synthesen, Virusforschung, Chemie heterocyclischer Verbindungen, Synthese biologisch aktiver Substanzen, Korrosionsforschung, Polymermechanik, Kernphysik, Physik der Strahlung fester Körper, Technik elektronischer Datenverarbeitung, Bioorganische Chemie, Chemie elementorganischer Verbindungen, Elektrochemie, Molekularbiologie, Genetik, Biotechnologie, Biomechanik, Magnetbiologie, Chemie und Physik organomolekularer Kristalle, Plasmachemie.

Bis zur Unabhängigkeit Lettlands war die Forschungslandschaft UdSSR-typisch gegliedert. Charakteristisch dafür war, daß die

Es besteht ein erkennbar großer Bedarf an know-how und Technologien für die landwirtschaftliche Produktion unter den Bedingungen einzelbäuerlicher privater Wirtschaften. Zur Unterstützung der jungen privaten landwirtschaftlichen Betriebe ist vorgesehen, technische Stationen, sogenannte "Technikparks", zu errichten, in denen landwirtschaftliche Geräte ausgeliehen werden. Diese Technikparks können auch als Zentren für die Verbreitung von Know-how zur landwirtschaftlichen Produktion dienen.

Universitäten vornehmlich auf dem Gebiet der Lehre tätig waren, Grundlagenforschung vorrangig in den Akademieinstituten betrieben wurde und Forschungsaufträge, die auch in den nicht industriegebundenen Forschungseinrichtungen über die Hälfte der Kapazität banden, für Partner in der gesamten UdSSR bearbeitet wurden.

Für 1982 wird offiziell, das heißt ohne Berücksichtigung des militärisch-industriellen Bereiches, ein Forschungspotential von 13.273 Mitarbeitern, davon 7.836 Wissenschaftlern, angegeben. Das waren 0,5 % der Bevölkerung. Eingeschätzt wird, daß 1989 insgesamt 17.000 Personen, das wären 0,63 %, in der Forschung tätig waren. Dieser Anteil liegt an der oberen Grenze der aus westeuropäischen Industrieländern bekannten Werte (Dänemark 0,47; Deutschland/Alte Bundesländer 0,67; Finnland 0,58; Großbritannien 0,48; Island 0,48; Norwegen 0,48; Österreich 0,30; Schweden 0,63; Schweiz 0,73)

Einen Hinweis auf die Leistungsfähigkeit der lettischen Wissenschaft gibt nachstehende Übersicht über die im Zeitraum 1965 - 1985 gemäß sowjetischem Urheberrecht getätigten Anmeldungen von Erfindungen.

Es gab in diesem Zeitraum jährlich ca. 1.300 Anmeldungen, die zu 700 - 800 Urheberscheinen führten (70 % der Anmeldungen);

davon entfielen auf die Gebiete:

- Pharmazie, Chemie incl. Maschinenbau 35 %
- Nahrungsgüterind. incl. Maschinenbau 15 - 18 %
- Elektronische Geräte, Radioapparate,
- Telefone, leichter Maschinenbau 15 - 20 %
- schwerer Maschinenbau (Elektrotriebwagen, -maschinen, Straßenbahnen) 5 %
- Technologie und Maschinenbau der Leichtindustrie 5 %

Nach 1985 war ein starker Abfall der Anmeldungen zu verzeichnen.

Die beschriebene Struktur der Forschungslandschaft war bis Ende 1991 weitgehend intakt. Mit Beginn des Jahres 1992 wurden die von zentralen Einrichtungen in Moskau finanzierten Aufträge gelöst bzw. nicht verlängert.

Seit der Unabhängigkeit im August 1991 war der lettische Staat gefordert, eine eigenständige Wissenschaftspolitik zu konzipieren. Er kann sich dabei auf den bereits im Juli 1990 gegründeten Wissenschaftsrat Lettlands stützen. Dieser besteht aus 24 auf 3 Jahre gewählten Mitgliedern und ist verantwortlich für Förderung, Evaluation, Finanzierung und Koordinierung von Wissenschaft und Forschung in Lettland. Ihm zur Seite stehen 15 Expertenkommissionen mit 146 Mitgliedern.

Nach Einschätzung von Fachleuten ist das Forschungspotential Lettlands im Laufe des Jahres 1992 von 17.000 auf 5.000 - 7.000 Beschäftigte, davon ca. 3.000 Wissenschaftler, geschrumpft.

Neue juristische Grundlagen für die wissenschaftliche Arbeit in Lettland schaffte

das am 10. November 1992 verabschiedete Gesetz der Republik Lettland "Über die wissenschaftliche Tätigkeit". In ihm werden die Prinzipien der Freiheit der wissenschaftlichen Tätigkeit und die Grundstruktur der lettischen Forschungslandschaft bestimmt.

Zwei Drittel der Gesamtkapazität des lettischen Hochschulwesens ist heute in der - neugegründeten - Rigaer "Technischen Universität" vereint. Zu den fast 3.000 Beschäftigten zählen über 900 Hochschullehrer und 500 Forscher. Ihr Lehr- und Forschungsspektrum reicht von den Naturwissenschaften bis in fast allen Bereiche der technologischen Wissenschaften. Dieses technologische Zentrum ist auch sehr aktiv in der marktwirtschaftlichen Nutzung von Forschungsergebnissen. Hier existieren bereits mehrere Kleinunternehmen, darunter 15 mit Wissenschaftlern zur direkten Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen und weitere mit gesellschaftlichen Organisationen. Teilhaber der Unternehmen sind die Technische Universität Riga (mit Territorium und Gebäuden als Anteil) und der/die Wissenschaftler (mit Kapital oder Know-how als Anteil). Die Rigaer Technische Universität arbeitet auch an dem Gedanken eines Technologieparks.

An der "Universität Lettlands", die ebenfalls ihren Sitz in Riga hat, arbeiten ca. 800 Beschäftigte, darunter ca. 450 Hochschullehrer. Zur Universität gehören 13 Fakultäten, darunter vier naturwissenschaftliche und vier wirtschaftswissenschaftliche. Für die Durchführung von Forschungsarbeiten sind mehrere Forschungsinstitute und Forschungsabteilungen gebildet worden, die zum Teil auch der Akademie der Wissenschaften (d.h. doppelt) unterstellt sind. Als technologisch leistungsfähige Einrichtungen sind insbesondere das Institut für Festkörperphysik, die Abteilung für Spekt-

roskopie und die Rhododendron-Pflanzenzuchtstation zu nennen. In diesen Forschungsbereichen sind bereits personelle Reduzierungen vorgenommen worden. So sank die Mitarbeiterzahl im Institut für Festkörperphysik von 310 auf 150, davon 100 Wissenschaftler. Es wird eingeschätzt, daß weitere personelle Einsparungen zu erwarten sind.

Die lettischen Hochschulen werden weitgehend aus dem Staatshaushalt finanziert. Übereinstimmend mit den konstanten bis leicht ansteigenden Studentenzahlen ist der Personalbestand in der Lehre bislang wenig verändert worden.

Die Lettische Akademie der Wissenschaften erhielt 1991 ihre wissenschaftliche Unabhängigkeit. Gegenwärtig befindet sie sich in der Umstrukturierung mit dem Ziel, sie in eine Gelehrten-gesellschaft umzuwandeln. In diesem Prozeß wurden die Forschungsinstitute aus der Akademie herausgelöst und per 1. März 1993 selbständig.

Zum Bestand der Akademie gehörten 16 Forschungsinstitute in den Bereichen "Physikalische und technische Wissenschaften", "Chemische und biologische Wissenschaften" und "Sozialwissenschaften". Trotz ihrer Zugehörigkeit zum Akademieverband waren die Institute bereits seit 1991 de facto staatsfinanzierte autonome Forschungseinrichtungen. Im Zusammenwirken mit der Universität Lettlands wurden 1991 zwei Institute neu bzw. wiedergegründet: das Institut für Mathematik und das Institut für Molekularbiologie.

In den Forschungsinstituten der naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen wurde (und wird) eine intensive Grundlagenforschung betrieben. Hierauf bauten angewandte Forschungen auf, die in der Regel vertraglich gebunden waren. Die Leistungsfähigkeit der Institute war und ist

groß. Sie bearbeiteten u.a. Aufträge für die sowjetischen Kernforschungs-, Raumforschungs- und Militärforschungsprogramme. Die unmittelbare Aufnahme der Produktion von Materialien und Geräten in Versuchsmengen oder Kleinserien wurde durch 6 Konstruktionsbüros und Versuchsbetriebe sowie 2 größere Betriebe, die den Instituten unterstanden, gewährleistet.

Bemerkenswert ist die große Anzahl von physikalischen Forschungseinrichtungen: dem Institut für Physik, dem Institut für physikalische Energetik, dem Institut für Elektronik und Computerwissenschaften sowie dem Radiophysikalischen Observatorium. Hier arbeiteten 1991 1214 Personen. Auch die zwei Institute für Polymermechanik und für anorganische Chemie sind mit ihrer werkstoffkundlichen Forschung (1991 449 Beschäftigte) stark physikalisch orientiert.

Die Institute befinden sich in einer schwierigen finanziellen Situation, die sie zum Abbau ihrer Forschungspotentiale zwingt. Die Finanzierung aus dem Staatshaushalt erfolgt im Ausschreibungsverfahren, wobei die Bewertung dem oben genannten "Rat der Wissenschaften" obliegt. Da aus dieser Quelle vorrangig die Grundlagenforschung finanziert wird, steht zu vermuten, daß besonders angewandte Arbeitsrichtungen unter dem Liquiditätsproblem leidet.

So belief sich das Verhältnis von Grundlagen- zu angewandter Forschung im Institut für anorganische Chemie der AdW ursprünglich auf die Relation 1:1 im , jeweils finanziert aus dem Staatshaushalt bzw. durch Verträge mit der Verteidigungsindustrie. Heute muß das Institut aufgrund fehlender Aufträge zu 90 % vom Staat finanziert werden. Der Bestand an Mitarbeitern ist dabei von 346 (davon 165 Wissenschaftler, darunter 67 promovierte) 1989 auf 190 (102, 59) 1992 gesunken.

In dieser Phase sind die Versuchs- und Großbetriebe der Akademie in unterschiedlicher Form (Aktiengesellschaft unter Einbeziehung der Mitarbeiter, mit und ohne ausländische Beteiligung, Bildung staatlicher Betriebe) privatisiert worden bzw. befinden sich in der Privatisierung. Die Firma "Grindex" mit 800 Mitarbeitern, darunter 100 Wissenschaftlern, wurde das Vorbild für die Umwandlung von Akademiebetrieben in Aktiengesellschaften.

Es ist zu befürchten, daß mit der Umstrukturierung der Akademie der Wissenschaften und der Unabhängigkeit ihrer früheren Forschungsinstitute ein weiterer Abbau des Forschungspotentials einsetzt. Für 1991 wurde noch ein Personalbestand von 4 086 Beschäftigten ausgewiesen. Ende 1992 betrug dieser 1 300 Mitarbeiter, d.h. die Akademie hatte in diesem Zeitraum bereits zwei Drittel ihres Personalbestandes verloren. Auf der Suche nach höheren Einkommen ist die Fluktuation junger Wissenschaftler besonders hoch.

Die Datenbank des Staatlichen Komitees für Statistik wies Ende 1992 174 nicht den Hochschulen oder der Akademie zugehörige Einrichtungen aus, die sich mit Forschungsarbeiten befassen. Ihre juristische Form ist unterschiedlich, es sind Gesell-

schaften mit beschränkter Haftung, Aktiengesellschaften oder auch staatliche Betriebe. In vielen Fällen sind sie aus den oben genannten Wirtschaftszweig-instituten, den Versuchsbetrieben und Konstruktionsbüros der Akademie oder den Wissenschafts-Produktions-Organisationen hervorgegangen. Der Übergang in die Marktwirtschaft war und ist für diese Einrichtungen schwierig. Ihre Existenz hängt direkt von der Auftragslage ab, die in der finanzschwachen Wirtschaft niedrig ist.

Die Forschung dieser Einrichtungen ist unmittelbar anwendungsorientiert. Trotz politischer und finanzwirtschaftlicher Probleme arbeiten sie intensiv mit Partnern in den GUS-Staaten zusammen, da sie hier ihren Markt sehen. Aus ihrer früheren Tätigkeit verfügen sie über die erforderlichen Kontakte, über langjährige Erfahrungen in der osteuropäischen Kooperation und teilweise über erhebliche Informationsfonds und unikat Forschungseinrichtungen. Diese Einrichtungen sind generell an technologischer Kooperation mit deutschen Firmen interessiert, um mit deren Hilfe moderne Technologien auf den GUS-Markt zu liefern und Zulieferleistungen in Westeuropa anbieten zu können. Die Kooperationsangebote schließen ein gemeinsames Auftreten auf dem GUS-Markt mit ein.

Stand der technologischen Kooperation zwischen Lettland und Deutschland

Die Londoner Finanzzeitschrift "Euromoney" schätzt in ihrer Septemberausgabe 1992 die Attraktivität Lettlands für ausländische Investoren als relativ gering ein. Unter 169 untersuchten Ländern nimmt Lettland den 123. Platz ein. Da die Republik Lettland ein junger Staat mit vielen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten ist, kann es nicht verwundern, daß es von 100 möglichen Pluspunkten lediglich 23 erreicht - aber 1991 war Lettland noch gar nicht in dieser Liste.

Die unternehmerische Tätigkeit von Ausländern bzw. die Anlage von ausländischem Kapital wird vom lettischen Staat begünstigt. Das Gesetz "Über ausländische Geldanlagen in der Republik Lettland" vom 5. November 1991 legt fest, daß unternehmerische Tätigkeit von Ausländern im Rahmen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder von Aktiengesellschaften gestattet ist, wobei die Beteiligung einheimischer lettischer Partner nicht zur Bedingung gemacht wird.

Dessenungeachtet sind in Lettland gegenwärtig 400, nach neueren Quellen sogar 1.100 Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung registriert. Davon sind zumindest 211 unternehmerisch aktiv. Unter diesen spielen Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung eine führende Rolle, sowohl von der Anzahl (50) als auch hinsichtlich der durchschnittlichen Kapitaleinlage (22,6 %). Im ersten Halbjahr 1992 sollen 143 neue Gemeinschaftsunternehmen mit deutscher Beteiligung gegründet worden sein.

Zwei lettisch-deutsche Schuhproduzenten führen auch die Umsatz-Liste 1992 der Joint-venture-Unternehmen an, weitere 4 Firmen der Leichtindustrie, darunter eine mit polnischer Beteiligung, sind unter den ersten 20 zu finden.

Die Hochschulen und auch die vormaligen Institute der Akademie der Wissenschaften kooperieren intensiv auf Vertragsbasis mit deutschen Forschungseinrichtungen. Das Problem dieser Zusammenarbeit ist, daß sie in der Regel rein wissenschaftlichen Charakter hat und nicht mit Fördermitteln für den lettischen Partner verbunden ist. Die Qualität der Zusammenarbeit leidet schon darunter, daß es den lettischen Wissenschaftlern schwerfällt, die erforderlichen Mittel für Reisen aufzubringen, und es unangenehm ist, ständig von der Gastfreundschaft des deutschen Partners abhängig zu sein.

Eine bessere Situation besteht bei einer Beteiligung an Projekten der EG (TEMPUS, PHARE), da aus diesen Projekten Fördermittel für den osteuropäischen Partner definitiv zur Verfügung stehen. Aus diesem Grunde ist auch die Beteiligung der baltischen Länder am Aufruf der EG für Vorschläge zur "Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung mit

Mittel- und Osteuropäischen Ländern" vom April 1992 sehr groß gewesen.

Kooperationen zwischen wissenschaftlichen Institutionen und deutschen Unternehmen sind - von Ausnahmen, z.B. mit der Deutschen Agentur für Raumfahrtangelegenheiten GmbH (DARA), abgesehen - selten. Diese Situation steht im Widerspruch zum offensichtlichen Engagement deutscher Firmen bei der Bildung gemeinsamer lettisch-deutscher Unternehmen.

Eine wichtige Frage in der technologischen Kooperation ist die des Schutzes von geistigem Eigentum. Da die UdSSR bekanntlich ein eigenes, von internationalen Regelungen abweichendes Schutzrecht hatte, muß in Lettland ein vollständig neues Rechtssystem auf diesem Gebiet aufgebaut werden. Dazu wurde Anfang 1992 das Patentamt der Republik Lettland gebildet, das in seiner Arbeit von der Europäischen Patentorganisation unterstützt wird.

Das Patentgesetz und das Gesetz über die Warenzeichen sind am 31. Mai und 7. April 1993 in Kraft getreten. Das Gesetz über Industriemuster hat das Parlament in zweiter Lesung passiert, die Gesetze zum Schutz neuer Arten und zum Copyright in erster Lesung.

Seit dem 21. Januar 1993 ist Lettland Mitglied der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO). Die Mitgliedschaft in den anderen, dem Schutz des geistigen Eigentums verbundenen Assoziationen und Konventionen, wie der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, des Madrider Abkommens zur Registrierung von Marken, des Abkommens von Nizza über die Internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken und des Abkommens von Locarno zur Errichtung einer Internationalen Klassifikation für gewerbliche Muster und Modelle, ist vorgesehen.

Offerten der Lettischen Forschung zum Technologietransfer und zur Kooperation

In der beim trafo verlag erschienenen Publikation wird ausführlich auf die Leistungsfähigkeit der lettischen Wissenschaft sowohl in den Hochschulen und Akademieinstituten als auch in den Unternehmen eingegangen. Zum einen werden Institute und Arbeitsgebiete ausführlich beschrieben, die die - nach Auffassung der Autoren - von besonderem Interesse für eine technologische und kommerziell orientierte Kooperation sein können. Wie bereits erwähnt, haben die technologisch leistungsfähigen Einrichtungen unmittelbaren Kontakt zu Versuchsbetrieben und Kleinunternehmen, so daß in der Regel keine Probleme bei der Herstellung von Mustermengen oder bei der Aufnahme einer Dauerproduktion bestehen dürften.

Vorgestellt und charakterisiert werden auf dem:

Gebiet der angewandten physikalischen und der werkstoffkundlichen Forschung: Institut für Physik und Kernforschungszentrum (bis zum 18. 02. 1993 Institut der Lettischen Akademie der Wissenschaften); Institut für anorganische Chemie (bis zum 18. 02. 1993 Institut der Lettischen Akademie der Wissenschaften); Institut für Festkörperphysik der Universität Lettlands.

Gebiet der chemischen, biologischen und biotechnologischen Forschung: Institut für Holzchemie (bis zum 18. 02. 1993 Institut der Lettischen Akademie der Wissenschaften); Institut für Mikrobiologie der Universität Lettlands (und bis zum 18. 02. 1993 der Akademie der Wissenschaften); Labor für Pflanzengewebeulturen der Universität Lettlands.

Gebiet der Energiewirtschaft: Siltumelektroprojekts (SEP).

Gebiet der mathematischen Modellierung und technischen Prüfung: Institut für Mathematik der Universität Lettlands (und bis zum 18. 02. 1993 der Lettischen Akademie der Wissenschaften)

Rigaer Experimentalzentrum für die Erforschung von Luftfahrttechniken (REZ IAT).

Diese relativ ausführlichen Beschreibungen werden ergänzt durch 2 Anlagen mit Übersichten über die Hochschulen Lettlands sowie die Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften, letztere unter Angabe ihrer jeweiligen wissenschaftlichen Arbeitsgebiete.

Zur Erleichterung der Kontaktsuche und -anbahnung wurde in die Publikation des weiteren eine Übersicht über ca. 250 Einrichtungen der Wirtschaft und Wissenschaft Lettlands aufgenommen, in denen technologisch relevante Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durchgeführt werden.

Die Angaben wurden einer im Aufbau befindlichen Forschungsdatenbank über das Leistungsprofil der lettischen (technologischen) Wissenschaften der Forschungsagentur Berlin GmbH entnommen, die auch für weitergehende Anfragen in Anspruch genommen werden kann.

Die lettischen Unternehmer und Wissenschaftler sind an Kooperationen mit deutschen Partnern sehr interessiert und auf Kooperationsgespräche gut vorbereitet. Sie sehen den Inhalt einer Unterstützung Westeuropas für die politische Entwicklung ihres Landes in erster Linie in der wirtschaftlichen Kooperation, mit der schrittweise marktwirtschaftliches Management, technologisches Wissen und erarbeitetes Geld nach Lettland kommen und der Prozeß der Privatisierung und Etablierung kleiner und mittelständischer Unternehmen ein ökonomisches Fundament erhält.

Eine Kooperation deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen mit lettischen Partnern würde zugleich eine Hilfe für den Weg der lettischen Wirtschaft in die Marktwirtschaft darstellen. Die exponierte wirtschaftsgeographische Lage Lettlands zwischen dem west- und dem osteuropäischen Wirtschaftsraum und zwischen dem Ostseeraum und dem eurasischen Festland machen Partnerschaften mit lettischen Unternehmen auch langfristig interessant. Hinsichtlich der verwendeten Literaturquel-

len sei auf das in der Publikation zitierte Quellenverzeichnis verwiesen.

* Egner/Hohlfeld: Die Republik Lettland - ein perspektivreicher Markt für Kooperationen mit Westeuropa in Forschung und Technologie, trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1993. 130 Seiten. Preis 148,80 DM. Bezugsmöglichkeit: trafo verlag dr. wolfgang weist, Postfach 244, D-10123 Berlin. Tel.+Fax: 030/58 91 193

Hartmut Hohlfeld / Gerd Egner (Berlin):

Die Republik Litauen - ein perspektivreicher Markt für Kooperationen mit Westeuropa in Forschung und Technologie

Vorbemerkung

So wie die bereits vorgestellte Untersuchung zu den Kooperationsmöglichkeiten Westeuropas mit der Republik Lettland basiert auch diese Forschungsstudie auf

einer umfangreichen "vor Ort"-Analyse der Forschungsagentur Berlin, die soeben durch den *trafo verlag dr. wolfgang weist*, Berlin, veröffentlicht und vorgestellt wurde.*

Zur aktuellen wirtschaftlichen Lage

Die Wirtschaft Litauens verfügt über eine relativ gut entwickelte Land- und Forstwirtschaft, Lebensmittelindustrie, Leichtindustrie, chemische Industrie, Baumaterialien- und Maschinenbauindustrie.

Als Erbe der vergangenen Jahrzehnte, die gekennzeichnet waren durch die Integration der litauischen Wirtschaft in das sowjetische Wirtschaftssystem und den Aufbau von auf den UdSSR-Markt orientierten Großbetrieben unter weitgehender Ignorierung der sozialen, ökonomischen, demographischen und natürlichen Bedingungen und Interessen Litauens, verfügt das Land heu-

te über keine eigenständige nationale Wirtschaftsstruktur mehr. Ähnlich wie für die Republik Lettland gilt auch für Litauen, daß die sozialistische Industrialisierung und arbeitsteilige Spezialisierung in den 80er Jahren einige wenige Industriebereichen außerordentlich hoch entwickelte, andere Bereiche dagegen völlig vernachlässigte.

Die extremste Auswirkung dieser Politik ist auch hier die nahezu vollständige Abhängigkeit Litauens von russischen Roh- und Brennstofflieferungen auf der einen Seite und dem Ausgeliefertsein der litauischen Produzenten gegenüber den Abnehmern

in den den anderen Nachfolgestaaten der UdSSR, insbesondere Rußlands, andererseits.

Die ökonomische Lage hat sich in den vergangenen zwei Jahren in der Republik Litauen ebenfalls sehr stark verschlechtert. Die breite Marköffnung erhöhte den westlichen Konkurrenzdruck bedeutend. Das Wirtschaftsgefälle zu Westeuropa hat sich vergrößert. Die schwache Wettbewerbsfähigkeit führte zu Absatzschwierigkeiten im In- und Ausland. Die Einseitigkeit der Produktion und des Marktes trugen dazu bei, daß 1992 über 40 % der litauischen Betriebe ihre Kapazitäten nur zu 60 % und 10 % der Unternehmen nur zu 30 % auslasten konnten.

Die Industrieproduktion verringerte sich 1991 um ein Fünftel gegenüber dem Vorjahr und ging 1992 noch einmal um mehr als 50 % gegenüber 1991 zurück. Damit befand sich Litauen in der mit Abstand schwierigsten Lage innerhalb der baltischen Länder.

Diese Entwicklung betraf alle Zweigen des vergesellschafteten Sektors, in besonderem Maße aber die Bereiche Chemie und Erdölverarbeitung, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Holz-, Zellstoff-, Papierindustrie und Nahrungsmittelerzeugung, in denen der Produktionsrückgang bis zu 65 % betrug. Dieser Prozeß setzte sich bis Ende des Jahres 1992 weiter fort. Es wird erwartet, daß die Industrieproduktion auch 1993 weiter zurückgeht, allerdings nicht mehr in dem hohen Maße wie 1992.

Die ohnehin schon schwierige Situation der Mehrzahl der litauischen Unternehmen wird durch die Probleme des Landes bei der Energieversorgung verschärft, die sich aus dem Ausfall russischer Roh- und Brennstofflieferungen ergeben haben.

Als Hauptweg des Überlebens der litauischen Volkswirtschaft wird ihre Umgestal-

tung auf dem Wege der Privatisierung angesehen.

Entsprechend einem ersten Regierungsprogramm wurde zunächst mit der Privatisierung von etwa 5.000 mittleren und großen Staatsbetrieben und staatlichen Aktiengesellschaften begonnen. Verbal wird der Schwerpunkt zwar auf eine rasche Privatisierung der kleineren Unternehmen gesetzt, nennenswerte Erfolge sind hier aber noch nicht zu erkennen.

Nicht einbezogen in das Privatisierungsprogramm sind Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Fernmeldewesens sowie Bodenschätze und Wohnungseigentum.

Das Gesetz sieht eine Privatisierungsrate von 2/3 des staatlichen Eigentums vor. Von Betrieben, die in öffentlichen Ausschreibungen zur Privatisierung angeboten werden, werden in der Regel zwischen 60 - 90 % der Betriebsanteile (Aktien) frei verkauft. Ausnahmen bilden die Unternehmen, in denen der Staat sein Monopol erhalten will oder solche, die von lebenswichtiger Bedeutung für das Land sind. Von solchen Unternehmen werden in der Regel weniger als 50 % der Betriebsanteile verkauft. Die Hauptform der privatisierten Firmen soll die Aktiengesellschaft sein.

Der Privatisierungsprozeß ist gekennzeichnet durch die Entflechtung der großen Betriebe, was sehr oft auch mit der Abtrennung ihrer FuE-Einrichtungen verbunden ist. Das ist ein besonders schmerzlicher Prozeß für die über ehemals über 600 selbstversorgenden Industriebetriebe Litauens, von denen 90 als sogenannte Wissenschafts-Produktions-Vereinigungen organisiert waren. Im Ergebnis dieses Prozesses entstehen vorrangig kleine juristisch selbständige Unternehmen, zumeist im Handels- und Dienstleistungssektor. Deren Überlebenschancen sind jedoch ohne

einen entsprechenden Markt sehr gering. Produktion wird für sie zu teuer. Deshalb findet man inzwischen eine deutliche Tendenz, diesen bewußt gewählten Prozeß der Dezentralisierung durch eine freiwillige Wiedervereinigung der Unternehmen zu Assoziationen wieder zu kompensieren.

Ein Regierungsprogramm für die Unterstützung der Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen gibt es in Litauen noch nicht. Gesetzlich gesichert ist die Möglichkeit der Gründung von Unternehmen mit bis zu 100 Beschäftigten. Allerdings werden diesen jungen Unternehmen noch massive Hindernisse in den Weg gelegt. Zum Beispiel verlangt man von solchen Unternehmen Kreditzinsen bis zu 40 Prozent. Ihre staatliche Förderung beschränkt sich auf eine gesenkte Umsatzsteuer bei Umsätzen aus eigener Produktion. Gerade technologieorientierte Unternehmen haben deshalb z.Z. kaum reale Existenz- oder Überlebenschancen.

Die Zahl der privaten Betriebe hat sich trotz der zahlreichen Hürden stark erhöht. Im Sommer 1992 waren über 40.000 private Firmen und über 11.000 Aktiengesellschaften bzw. öffentliche Gesellschaften (inklusive

mehr als 1.000 joint ventures) registriert. Über 200 Unternehmen arbeiteten zu diesem Zeitpunkt bereits mit ausländischem Kapital.

Zur Zeit soll es in Litauen ca. 2.000 joint ventures geben, die meisten angesiedelt im Handelssektor. Allerdings wird geschätzt, daß nur etwa 40 % auch wirklich gewerblich aktiv sind.

Mit der Verordnung "The Decree of the Government of the Republic of Lithuania Concerning Partial Privatization of Property of Science and Education Institutions" vom 20.05.1992 orientiert die Regierung erstmals auch auf eine (Teil)Privatisierung von Wissenschaftseinrichtungen. Die Regierung empfiehlt den staatlichen wissenschaftlichen Einrichtungen der Hochschulbildung und anderen Forschungseinheiten die Abtrennung ihrer kommerziellen und wissenschaftlich-technologischen Teilbereiche und deren Umwandlung in unabhängige teilprivatisierte Unternehmen. Privatisiert werden dürfen dabei bis maximal 60 % des staatlichen Eigentums. Der Rest soll auf die wissenschaftlichen und Bildungseinrichtungen als (Mit-)Gründer dieser Unternehmen übergehen.

Forschung und Entwicklung auf dem Weg in die Selbständigkeit

Die Zahl der in FuE Beschäftigten betrug Ende 1991, also fast zwei Jahre nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit des Landes, 15.461. Damit hatte sich die Größe des FuE-Potentials gegenüber 1988 zunächst nur unwesentlich verändert. Der Anteil der Beschäftigten in der Forschung je 1.000 Einwohner lag mit 0,41 nur wenig unter dem westeuropäischen Länder, wie Großbritannien, Norwegen und Dänemark.

Mit dem rapiden Abbau der Wirtschaft und dem politisch motivierten Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland setzte

te 1992 jedoch eine starke Reduzierung der FuE-Kapazitäten ein. Mit 0,21 Beschäftigten in der Forschung je 1.000 Einwohner liegt Litauen heute weit unter dem westeuropäischen Durchschnitt. 80 % des verbliebenen Potentials sind in Kaunas und Vilnius konzentriert.

Schätzungen des Lithuanian Information Institute gehen von einem durchschnittlichen Abbau der FuE-Kapazitäten in Litauen 1992 von 40 - 50 %, und, in den extremsten Fällen, von 60 - 70 % gegenüber 1991 aus.

Die litauische Forschung wird heute politisch und fachlich repräsentiert durch

- den im Dezember 1991 geschaffenen Science Council of Lithuania und
- die Lithuanian Agency for Higher Education, Research and Development, beides Regierungskörperschaften, sowie
- die Litauische Akademie der Wissenschaften (135 Mitglieder),
- die 1990 gegründete Lithuanian Union of Scientists (1.100 Mitglieder),
- 14 Einrichtungen der Hochschulbildung mit über 70.000 Studenten.,
- 29 unabhängige Forschungsinstitute,
- verschiedene Forschungszentren der Fachministerien, Universitäten oder Akademieeinrichtungen (Angewandte Forschung),
- 16 staatliche wissenschaftliche Einrichtungen,
- wissenschaftliche Einrichtungen in der Industrie, incl. Einrichtungen des ehemaligen Militärkomplexes der UdSSR.

Die ehemalige Akademie der Wissenschaften Litauens ist heute im Gegensatz zur Zeit vor der Unabhängigkeit eine reine Gelehrtengesellschaft, der gegenwärtig ca. 90 litauische Wissenschaftler sowie etwa 45 korrespondierende, Experten- und ausländische Mitglieder angehören. Sie wird vom Staat unterstützt. Die ehemals der Akademie angegliederten Forschungsinstitute wurden abgetrennt und verselbständigt bzw. aufgelöst.

Die Lithuanian Union of Scientists ist eine freiwillige unabhängige Organisation, die Gelehrte verschiedener wissenschaftlicher und Bildungseinrichtungen vereinigt. Neben der Lösung wichtiger wissenschaftlicher und angrenzender Probleme fördert sie u.a. internationale forschungspolitische Kooperationen.

Den 14 Hochschuleinrichtungen des Landes wurde der höchste Grad der Selbstän-

digkeit von der Regierung zuerkannt. Ihre Statuten müssen allerdings vom litauischen Parlament bestätigt werden. Zum Bereich der Hochschuleinrichtungen gehören 6 Universitäten, die aus verschiedenen früheren Instituten und der Staatlichen Universität Vilnius hervorgegangen sind.

In Litauen arbeiten inzwischen 29 vollständig unabhängige Forschungsinstitute auf den Gebieten Human-, Natur-, Sozialwissenschaften sowie in verschiedenen angewandten Wissenschaften mit hoher staatlicher Priorität, wie Biotechnologie, Geologie, Architektur, Bauwesen und Landwirtschaft. Trotz ihrer Unabhängigkeit werden sie unter den Begriff der "Staatliche Forschungsinstitute" subsumiert. 17 von ihnen sind aus ehemaligen Akademieinstituten hervorgegangen. Das Institute of Biotechnology "Fermentas" in Vilnius und das Institute of Architecture and Construction in Kaunas haben eine sehr starke industrielle Orientierung. Staatliche Mittel erhalten die Institute für solche Forschungsarbeiten, die mit einer von der Regierung vorgegebenen Liste von FuE-Themen übereinstimmen.

Die 16 staatlichen wissenschaftlichen Einrichtungen verstehen sich als wissenschaftliche Einrichtungen der Regierung. Der Staat trägt für sie die volle Verantwortung und legt ihre inhaltlichen Aufgaben fest. Für den Fall, daß die staatlichen Aufgaben diese Einrichtungen nicht auslasten, können sie selbst Aufträge beschaffen oder sie sind gezwungen, Personal abzubauen. Sie arbeiten auf den verschiedensten Gebieten der Forschung tätig.

Zu den potentiellen Partnern für technologische Kooperationen mit dem Ausland sind auch die wissenschaftlichen Einrichtungen in der Industrie zählen.

Der Militärkomplex wurde nach der Unabhängigkeit aus politischen und wirtschaftli-

chen Gründen staatlich völlig isoliert, zudem ein Großteil der dort Beschäftigten Russen waren. 1991 arbeiteten in den 7 staatlichen Hauptbetrieben mit ehemals militärischen Aufgaben noch etwa 20.000 Beschäftigte. Heute sind, konzentriert im Raum Vilnius, nur noch etwa 5.000 Beschäftigte tätig, davon ca. 1.500 im Bereich FuE. Forschung betrieben wird jetzt vor allem auf den Gebieten Funk- und Medizinelektronik, also in Bereichen, in denen Litauen über ein hohes technologisches Niveau verfügt und sich als besonders interessanter Kooperationspartner anbieten kann.

Das wissenschaftliche Potential der militärischen Grundlagenforschung war schwerpunktmäßig in den Universitäts- und Akademieeinrichtungen konzentriert.

Die Aktivitäten in Wissenschaft und Hochschulbildung in Litauen unterliegen dem Gesetz vom 15.02.1991 "Law on Science

Empfehlungen für technologische Kooperationen in den Spitzenbereichen von Wissenschaft und Technik

In Litauen gibt es eine Reihe von Bereichen und Einrichtungen mit hohem wissenschaftlich-technischen Niveau, die sich für internationale technologische Kooperationen empfehlen.

Das Wirtschaftsministerium Litauens verabschiedete im Oktober 1992 eine "Resolution über die Entwicklung von Prioritäten und Programmen für die Wirtschaft der Republik Litauen". Darin wird auf die Einbeziehung der Republik Litauen in die internationale Arbeitsteilung und den Innovationsprozeß, die Förderung der Einführung fortgeschrittener und energieeinsparender Technologien sowie die Schaffung von Bedingungen zur Entwicklung von Marktbeziehungen als orientiert. Im einzelnen werden aus diesem Papier diejenigen Gebiete erkennbar, in denen Litauen bedeutende Rückstände aufholen muß und

and Studies". Das Gesetz geht davon aus, daß der Staat Wissenschaft und Hochschulbildung als besonders wichtigen Teil der Kultur und Wirtschaft der Republik Litauen unterstützt und fördert. Es erkennt die Unteilbarkeit von Lehre und Forschung sowie die wissenschaftliche Forschung als Form kreativer Arbeit an. Das Gesetz garantiert die berufliche und soziale Absicherung wissenschaftlicher Tätigkeit. Die Prinzipien der akademischen Freiheit und der wissenschaftlichen Autonomie sind in Litauen jetzt gesetzlich festgeschrieben.

Das gesetzlich bestimmte Organ der Selbstverwaltung von Wissenschaft und Hochschulbildung ist der Lithuanian Council of Science. Dieser im Dezember 1991 gegründete 36köpfige Rat bildet das Expertengremium für die Beratung von Parlament und Regierung in allen Fragen der Organisation und Finanzierung der Wissenschaft und Hochschulbildung.

für die internationale Hilfe bei der Modernisierung erforderlich ist, wie Energieanlagen, energie- und materialeinsparende Technologien, Kommunikationstechnik, Informationstechnik, Verkehrs- und Transportsysteme, Landwirtschaft, Dienstleistungsinfrastruktur, Forstwirtschaft (Bau- und Nutzholzindustrie), Flachsverarbeitung, Leder- und Pelzindustrie, Pharmazeutische Industrie, Anwendung einheimischer Rohstoffe und Abfallstoffe sowie Fischfang- und Fischverarbeitungsindustrie. Für diese Bereiche sind von den zuständigen Ministerien Programme erarbeitet worden oder werden noch 1993 erstellt.

Die persönlichen Gespräche mit zahlreichen litauischen Experten machten deutlich, daß sich in den Industriezweigen Elektrotechnik/Elektronik, Werkzeugmaschi-

nenbau, Leichtindustrie/Feinmechanik/Mechanik und in der Möbelindustrie besonders gute Kooperationsmöglichkeiten erschließen lassen.

Aus den offiziellen Dokumenten litauischer Regierungsstellen geht hervor, daß in 7 Technologiefeldern in Litauen Forschung betrieben wird und auch weiter betrieben werden soll: dazu gehören Physik, Energieerzeugung und -übertragung, Maschinen- und Gerätebau, Werkstoffe und Werkstofftechnologien, Bauwesen, Chemie sowie Biotechnologie und Biochemie.

Für die kommerzielle Kooperationen bieten sich vor allem 3 Felder an:

- Physik aufgrund des hohen Niveaus der Forschung, vor allem in den Zentren Institute of Physics, Institute of Semiconductor Physics, Institute of Physical and Technological Problems of Energetics und der Fakultät Physik der Vilnius University,
- Chemie aufgrund der praktizierten engen Verbindung der Grundlagenforschung zur angewandten Forschung und der Einführung zahlreicher Technologien in die Industrie,
- Biotechnologie und Biochemie als Forschungsgebiete mit hoher Priorität, mit denen sich heute über 20 litauische Forschungs-, Industrie-, Universitäts- und Akademieeinrichtungen befassen.

In Litauen laufen derzeit eine Reihe von Aktivitäten zur Vorbereitung der Errichtung von Technologiezentren. Dazu zählen u.a.: das Projekt "TECHNOPOLIS" in Kaunas, das Projekt "Vilniuser wissenschaftlich-technischer Park (WNT)", das "Institute of Applied Sciences" der Vilnius University oder das Projekt "Technologie- und Gründerzentrum Vilnius/Litauen (TGZV)", das von Betrieben und Einrichtungen aus Mecklenburg-Vorpommern und Berlin unterstützt wird.

Italienische, deutsche, schwedische und Experten aus anderen Ländern versuchen, dabei Unterstützung geben dabei Unterstützung und versuchen, eigene Erfahrungen und Vorstellungen zum Tragen zu bringen. Vor allem die Finanzierung der Gründungsphase der künftigen Technologiezentren bedarf einer Unterstützung durch das Ausland.

Die litauische Seite sieht es als erste und dringendste Form möglicher Kooperationen mit Deutschland und anderen Ländern an, in diesen Zentren internationalen Geschäftszentren und Qualifikationszentren für die Unterstützung der dort tätigen Unternehmen einzurichten.

Gleichzeitig verfügt Litauen, wie bereits ausgeführt, über Forschungseinrichtungen mit Weltbedeutung, so beispielsweise das Forschungsinstitut von The- State Microelectronics Enterprise VENTA oder das Institute of Chemistry. Weiterhin als Gebiete und Einrichtungen mit besonders hohem wissenschaftlichen Niveau können gelten:

Im Bereich der universitären Forschung:

- die "Kaunas University of Technology" (KTU). Hier ist das Haupt-FuE-Potential Litauens auf technischem Gebiet konzentriert. Etwa 80 % der in der litauischen Industrie beschäftigten Ingenieure haben diese Universität absolviert. Bei den konkreten Technologien bieten sich besonders die Vibrotechnik und Pikosekunden-Lasertechnik an.
- die "Vilnius University" als eine der ältesten Universitäten in Europa und der größten Hochschuleinrichtung in Litauen. Das FuE-Potential der Universität umfaßte per 01.01.1992 1.733 Wissenschaftler, davon 173 mit Habilitation und 935 mit Promotion. Forschung und Lehre wird in 40 verschiedenen Fachgebieten betrieben.

Im Bereich der Biotechnologie:

Mehr als 20 litauische Industrie-, Universitäts-, Akademie- und andere Forschungseinrichtungen. Die beiden wichtigsten Unternehmen dieser Branche in Litauen mit insgesamt über 1.500 Beschäftigten (1992) sind die Kaunas "Litpharma" Medicine Production Plant und die Kaunas "Sanitas" Pharmaceutical Plant.

Zentrum der Biotechnologie-Forschung in Litauen ist das Institute of Biotechnology Fermentas in Vilnius. Das Arbeitsgebiet des Instituts gehört zu den Technologiefeldern des Landes mit hoher staatlicher Priorität.

Im Bereich Mikroelektronik/Elektronik:

- Institute of Semiconductor Physics als einem der vier Hauptzentren der Forschung im Schwerpunktbereich Physik,
- Fakultät Physik der Vilnius University, speziell das Laboratory of Semiconductor-physics,
- Großunternehmen "VENTA" als Produzent von integrierten Schaltkreisen,
- RIMEDA als Großunternehmen der Funkelektronik in Litauen,
- ELFA als Unternehmen der Elektrotechnik.

Im Bereich Chemie:

- Institute of Chemistry,
- Laboratory of Functional Galvanic,
- Fakultät Chemie der Vilnius University.

Im Bereich Umweltschutz und Umwelttechnologie:

1991 wurden von litauischen Industriebetrieben, Kraftwerken und Kraftfahrzeugen mehr als 1 Mio Tonnen Schadstoffe an die Atmosphäre abgegeben. Nur 7 % der ca. 1,2 Mio Tonnen des jährlich anfallenden Haushalt- und anderen Mülls werden gesammelt und wiederverwendet. Der Rest

geht auf Deponien. In Litauen werden in einem Jahr rund 120.000 Tonnen giftige Industrie- und Haushaltsabfälle erzeugt. Ein Teil davon wird im Kedainiai Chemical Plant und im Palemonas Ceramics Plant entgiftet und wiederverwendet, beispielsweise zur Produktion von Baumaterialien. 1989 wurden über 4 Mrd. m³ Abwasser in die öffentlichen Gewässer eingeleitet, davon 450 Mio m³ nach einer vorherigen Behandlung. Der Boden und das Wasser in Litauen sind stark belastet durch hohe Anteile von Nitriten, Nitraten, Pestiziden und Waschmitteln.

Eines der größten ökologischen Probleme Litauens ist die radioaktive Belastung des Grundwassers in der Umgebung des Kernkraftwerkes Ignalina ca. 100 km nord-östlich von Vilnius.

Alle diese Fakten sprechen dafür, daß Kooperationen westeuropäischer Unternehmen und Forschungseinrichtungen mit Litauen im Bereich Umweltschutz/ Umwelttechnologien möglich und vor allem auch erforderlich sind. Das unmittelbare Interesse der Bundesrepublik Deutschland ergibt sich zudem noch aus der Tatsache, daß sie genau wie Litauen Anrainerstaat der ökologisch gefährdeten Ostsee ist.

Ein Gesetzeswerk für den Umweltschutz wurde von der litauischen Regierung 1991/92 verabschiedet. An diesem Vorhaben arbeiteten mit:

- Institute of Ecology,
- Institute of Botany,
- Institute of Geology,
- Bereich Physik der Vilnius Technical University,
- staatlicher Komplex für industrielle Ökologie INECO.

Im Bereich Landwirtschaft:

- Lithuanian Academy of Veterinary,
- Lithuanian Academy of Agriculture.

Als weitere Forschungsgebiete/Institutionen besonderen wissenschaftlichen Niveaus gelten:

- Lasertechnik (Laser Research Centre der Vilnius University),
- Mikrosystemtechnologie (Institute of Micro Systems Technology),
- Vibrotechnik (Scientific Center "Vibrotechnics"),
- Silikattechnologie (Lehrstuhl Silikattechnologie der Kaunas Technology University),
- Informatik (Department Praktische Informatik der Kaunas Technology University und Computer Science Faculty der Kaunas Technology University),
- Meßtechnik (Ultrasonic Measurement Laboratory der Kaunas Technology University),
- Mikrobiologie (Department of Plant Physiology and Microbiology der Vilnius University),
- Biophysik und Neurokybernetik (Laboratory of Biophysics and Neurocybernetics der Vilnius University),
- Galvanik (technologisches Forschungsinstitut des Unternehmens LITA).

Die sehr ausführlichen Beschreibungen in der Forschungsstudie, die hier auf Grund der gebotenen Kürze nicht wiedergegeben werden können, werden weiter ergänzt durch mehrere Anlagen mit Angaben über technologieorientierte unabhängige Forschungsinstitute und andere be-

deutsame Forschungseinrichtungen der Industrie, über die staatlichen Hauptbetriebe des ehemaligen Militärkomplexes und über die Schwerpunkte der staatlichen Forschungspolitik.

Zur Erleichterung der Kontaktsuche und -anbahnung wurde in die Publikation eine Übersicht über ca. 250 Einrichtungen der Wirtschaft und Wissenschaft Litauens aufgenommen, in denen technologisch relevante Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durchgeführt werden. Die Angaben wurden der Forschungsdatenbank über das Leistungsprofil der litauischen Wissenschaft der Forschungsagentur Berlin GmbH entnommen, die auch für weitergehende Anfragen in Anspruch genommen werden kann.

Hinsichtlich der verwendeten Literaturquellen sei auf das in der Publikation zitierte Quellenverzeichnis verwiesen.

Gerd Egner, Dr. rer.nat., und Hartmut Hohlfeld, Dipl.phys., sind Mitarbeiter der Forschungsagentur Berlin GmbH

* Egner/Hohlfeld: Die Republik Litauen - ein perspektivreicher Markt für Kooperationen mit Westeuropa in Forschung und Technologie, trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1993. 130 Seiten. Preis 148,80 DM. Bezugsmöglichkeit: trafo verlag dr. wolfgang weist, Postfach 244, D-10123 Berlin. Tel.+Fax: 030/58 91 193

LAST, BÄRBEL/ SCHAEFER, HANS-DIETER: *Die Wissenschaftsbeziehungen der Hochschulen der ehemaligen DDR mit Osteuropa. Kompendium*. Mitarb.: Renate Gralki. Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Verlag Constructiv, Berlin 1992. 40 + 263 + VI S. Zu beziehen bei: Projektgruppe Hochschulforschung, Aristotelessteig 4, O - 1157 Berlin.

LAST, BÄRBEL/ SCHAEFER, HANS-DIETER (Hrsg.): *Attraktivität durch Internationalität. Die Wissenschaftsbeziehungen der Hochschulen der neuen Bundesländer mit Osteuropa auf dem Prüfstand. Beiträge einer gemeinsamen Tagung am 10. November 1992 an der Universität Potsdam*. Potsdam 1993. 175 + XIII S. Bezug über: Projektgruppe Hochschulforschung, Aristotelessteig 4, O - 1157 Berlin.

VODICKA, KAREL (Hrsg.): *Vademecum der tschechoslowakischen Wissenschaft*. Bonus Verlag, Prag 1992. 392 S. DM 47,-. Vertrieb: Bonus Verlag, Johanna-Kirchner-Str. 45, W - 7500 Karlsruhe 21.

ARBEITSGEMEINSCHAFT INDUSTRIELLER FORSCHUNGSVEREINIGUNGEN "OTTO VON GUERICKE" AiF, AUSSENSTELLE BERLIN/ BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE (Hrsg.): *Stätten industrienaher Forschung in der Russischen Föderation. Stand: 01.02.1993*. Berlin/Köln 1993. 163 S. Kostenlos bei: Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen, Außenstelle Berlin, Tschaikowskistr. 49, O - 1110 Berlin.

DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT DFG (Hrsg.): *Entwicklungen. Die Zusammenarbeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit der sowjetischen Akademie der Wissenschaften 1970 - 1990* [zweisprachig deutsch-russisch]. Bonn o.J. (1991). 146 S. Kostenloser Bezug über: Deutsche Forschungsgemeinschaft, Kennedyallee 40, W - 5300 Bonn 2.

LITSCHEV, ALEXANDER/ KEGLER, DIETRICH (Hrsg.): *Abschied vom Marxismus. Sowjetische Philosophie im Umbruch*. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbeck 1992. 287 S. DM 24,90. Über den Buchhandel.

Wolfgang Schluchter (Heidelberg)¹:

Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig

I. Allgemeine Rahmenbedingungen

Die äußere Einheit Deutschlands beruht auf zwei Grundentscheidungen, durch die die Weichen für das Schicksal Ostdeutschlands gestellt wurden: auf der Herstellung der Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten und auf dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland nach Art. 23 des Grundgesetzes für diese Bundesrepublik. Die erste Grundentscheidung war für den Westteil des Landes politisch 'rational' (Minderung des Abwanderungsdrucks), aber für den Ostteil ökonomisch eine Katastrophe. Die zweite Grundentscheidung, in gewissem Sinne eine Konsequenz der ersten, war für den Ostteil ökonomisch 'rational', aber für seine politische Erneuerungsbewegung und für ihre wenigen institutionellen Erfindungen wie Runde Tische und Montagsdemonstrationen bedeutete sie das Aus. Durch die Kombination dieser beiden Grundentscheidungen wurde die DDR als ein institutionelles Gefüge mit dazugehöriger Kultur und Weisen der Lebensführung zu Grabe getragen. Der Einigungsvertrag regelte streng genommen nur den Vollzug.

Man muß sich die Tragweite dieser beiden Grundentscheidungen für alle Gebie-

te des Lebens in Ostdeutschland klarmachen. Damit wurde, gleichsam über Nacht, eine eingespielte, freilich mehrheitlich abgelehnte Lebensform durch eine zwar gewünschte, aber fremde Lebensform ersetzt. Man ging soziologisch fehl, wollte man, wozu viele Kritiker neigen, diesen Vorgang als die Kolonialisierung des Ostens durch den Westen beschreiben. Kolonialisierung bedeutet bloß Überschichtung, die das Überschichtete zumindest in Teilen fortbestehen läßt. Von der DDR als Lebensform aber wird nichts bleiben. Sie existiert derzeit sowieso nur noch in 'freischwebenden' und für die neue Lebensform weitgehend funktionslos gewordenen Mentalitäten². Es ist nur eine Frage der Zeit (und natürlich der wirtschaftlichen Entwicklung), bis auch diese verblasen. Spätestens bei den nachwachsenden Generationen werden sich Mentalitäten ausbilden, die mit dem neuen institutionellen Gefüge und seiner Kultur vereinbar sind.

Die Übertragung der westdeutschen Lebensform auf Ostdeutschland ist noch im Gange. Sie hatte von Beginn an ihre stärkste Stütze im westdeutschen Recht. Mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik am 3.

Oktober 1990 wurden die von ihr mit Gesetz vom 22. Juli 1990 eingeführten Länder in den Geltungsbereich des Grundgesetzes einbezogen. Der Einigungsvertrag kennt zwar beitriffsbedingte Änderungen, Ausnahme- und Übergangsbestimmungen, aber seit dem 3. Oktober 1990 gilt in Ostdeutschland im wesentlichen westdeutsches Recht. Dieses wurde vor allem mittels Involution im Zusammenspiel von Rechtsetzung, Rechtsprechung und Rechtswissenschaft in über 40 Jahren entwickelt. Es ist heute ein hochkomplexes und feingespinnenes System, eingebettet in eine Rechtskultur, die zwar in erster Linie Expertenkultur ist, aber an außerrechtliche Zusammenhänge gebunden bleibt. Wie immer man das Ausmaß dieser Bindung beurteilt, die für das Grundgesetz charakteristische Kombination von Demokratie-, Rechtsstaats-, Sozialstaats- und Föderalprinzip zwang immer wieder zur relativen Öffnung gegenüber politischen und sozialen Prozessen³. Dies gilt auch für die ihm korrespondierende Verwaltung, die bei aller Tendenz zur Schließung als Hoheits- und Leistungsverwaltung doch eine Bürgerverwaltung ist. Durch die wirtschaftlichen Erfolge sowie durch das an den vier Strukturprinzipien ausgerichtete Ordnungsgefüge entwickelte sich die Bundesrepublik Deutschland zu einem von ihren Bürgern akzeptierten Gemeinwesen. Es gewährte ihnen außer einem hohem Maß an Rechtssicherheit auch ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit.

Die Bevölkerung Ostdeutschlands erlebte diese im Westen eingelebte und bewährte Ordnung anders. Ihre Übertragung erzeugte vor allem Unübersichtlichkeit. Der Institutionentransfer gestaltete sich komplizierter als erwartet. Institutionen lassen sich ja nicht einzeln und isoliert übertragen, will man nicht Wirkungsänderungen riskieren. Sie stehen in einem Gefüge und verlangen Einbettung. Wo eine der beiden Bedingungen nicht erfüllt ist, kommt es zu

Friktionen. Ein Beispiel ist die Übertragung der Tarifautonomie auf ein Gebiet, wo es zwar organisierte Arbeitnehmer, aber keine mit Eigenkapital haftende Unternehmer gibt⁴. Ein anderes Beispiel ist die Übertragung einer kapitalistischen Marktwirtschaft auf ein Gebiet, in dem Recht und Verwaltung noch nicht in jeder Hinsicht berechenbar funktionieren. Daß dann die Chancen des Abenteurer- und Beutekapitalismus gegenüber dem rationalen Kapitalismus steigen, hat bereits Max Weber gelehrt. Und in der Tat: Der Einigungsprozeß als Prozeß der Übertragung von Institutionen war bislang durch ein Defizit an verwirklichtem formal rationalem Recht und an verwirklichter formal rationaler Verwaltung auf allen Gebieten des Lebens gekennzeichnet. Das vielleicht wichtigste Merkmal zumindest der ersten Einigungsphase bleibt der Rechts- und Verwaltungsnotstand in Ostdeutschland⁵. Er gehörte auch zu den Rahmenbedingungen beim Um- und Neubau des Hochschulwesens. Dieser mußte in einer Phase erfolgen, als es funktionsfähige Hochschul- und Ministerialverwaltungen nur in Ansätzen gab.

Der mit dem Einigungsvertrag besiegelte radikale Umbau des Institutionengefüges in Ostdeutschland, die Ersetzung einer zwar abgelehnten, aber eingelebten Lebensform durch eine zwar gewünschte, aber fremde hatte in der Bevölkerung sehr schnell tiefe Verunsicherung zur Folge. Dazu trug nicht allein die sich katastrophisch entwickelnde Arbeitslosigkeit bei⁶. Schnell wurde deutlich: Nicht nur viele funktionale Fertigkeiten und das Fachwissen, auch viele extrafunktionale Fertigkeiten und das Rezeptwissen, mit dem man den DDR-Alltag bewältigt hatte, waren entwertet⁷. Strukturell gesehen ging es von Beginn an nicht um eine Synthese aus Ost und West, sondern um Assimilation der Ostbevölkerung an die Lebensform des Westens, um Verwestlichung.

Erst die Öffnung der Grenzen machte die Selbstzerstörung des DDR-Sozialismus in seinem ganzen Umfang sichtbar⁸. Er hatte schon über Jahre ökonomisch von der Substanz und von bundesrepublikanischen Subventionen gelebt. Das Modernisierungsgefälle insbesondere im ökonomischen Bereich war gewaltig. Die DDR-Wirtschaft lag hinter der der Bundesrepublik um mindestens 30 Jahre zurück. Ähnliches muß man für Infrastruktur, Wohnungsbau und Umwelt sagen. Was Wunder, daß es mit beginnendem Einigungsprozeß zu einer Selbstaufwertung des Westens kam. Der besonders von konservativer Seite beklagte geschwächte bundesrepublikanische Patriotismus erhielt durch den Einigungsprozeß einen erstaunlichen Auftrieb. Die gewohnheitsmäßige Akzeptanz der vom Grundgesetz verbürgten Ordnung wurde gleichsam reflexiv. Erst jetzt schien sich im Westen ein kollektives Sonderbewußtsein zu entwickeln, das auf die Identifikation mit der Bonner Republik hinauslief. Das bei Teilen seiner Bewohner, insbesondere bei Intellektuellen, in ständiger Kritik stehende Modell Bundesrepublik Deutschland erstrahlte plötzlich in zuvor nie gesehenem Glanz. Die Auswirkungen dieses Umschwungs lassen sich an der Diskussion um die Revisionsbedürftigkeit des Grundgesetzes ablesen. Der Kreis derer im Westen, der die Revision möglichst klein halten wollte, wuchs mit Fortgang des Einigungsprozesses. Vieles, was sich an begründeten Revisionswünschen über die Jahre in den Parteien angesammelt hatte, was von unabhängigen Expertenkommissionen erarbeitet worden war, schien nun nicht mehr so wichtig. Und ähnliches gilt auch für das westdeutsche Hochschulsystem. Die westdeutschen Institutionen wurden, wie es Hans Joachim Meyer, der Sächsische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, jüngst mit Blick auf die Bildungsinstitutionen ausdrückte, nicht nur zu der besten aller möglichen Welten, sondern zu der

einzigen möglichen Welt⁹. Hierher gehören die berühmt gewordenen Sprüche "Wie im Westen, so auf Erden" und "Gott weiß alles, der Wessi weiß alles besser". Sie sind freilich Reflex weniger einer individuellen, als vielmehr einer strukturellen Überlegenheit. Diese läßt sich durch persönliches Handeln nicht beseitigen, sondern nur modifizieren. Es ist freilich ein nicht unbeträchtlicher Unterschied, ob dabei der Geist des Herrschens oder der des Dienens an einer gemeinsamen Sache im Vordergrund steht.

Der Sog, den das westdeutsche Modell im Hochschulbereich auslöste, hatte vor allem drei Ursachen: Das Hochschulrahmengesetz, den Wissenschaftsrat und die von Grund auf desolate Finanzsituation der neu gebildeten Länder, die trotz riesiger Transfers vom Westen nach dem Osten alle Strukturentscheidungen beeinflussen muß. Gewiß hatte der Einigungsvertrag es gestattet, in einer Übergangsphase von den Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes abzuweichen. Und die Landesgesetzgeber haben diese Möglichkeit bei ihren Hochschulemeuerungsgesetzen auch mehr oder weniger genutzt. Aber das Hochschulrahmengesetz blieb letztlich der Bezugspunkt, insbesondere für den Um- und Neubau des Lehrkörpers. Außerdem werden im Laufe des Jahres 1993 die Hochschulemeuerungsgesetze durch Hochschulgesetze, die dem Hochschulrahmengesetz entsprechen müssen, ersetzt. Gewiß bemühte sich der Wissenschaftsrat bei seinen im Osten geradezu dogmatisch behandelten Empfehlungen, Bewährtes zu erhalten und auch Reformen zuzulassen. Aber die Richtung war durch Art. 38 des Einigungsvertrags vorgezeichnet, und man tut der beachtlichen Leistung des Wissenschaftsrats keinen Abbruch, wenn man feststellt, daß auch er bei der Lösung der Kernfragen sein Maß an westdeutschen Verhältnissen nahm. Doch die vielleicht alles entscheidende

Frage war und ist die Finanzfrage. Der Einigungsvertrag sieht im Artikel 7 die Übertragung der Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland auf die neuen Länder in zwei Stufen vor. Die erste Stufe ist die des Fonds "Deutsche Einheit", die zweite die des gesamtdeutschen Länderfinanzausgleichs. Dies schien den Ostländern zunächst im Hochschulbereich mehr finanziellen Spielraum zu lassen, zumal der Bund über das Hochschulerneuerungsprogramm (HEP) Sondermittel bereitstellte, wobei sich freilich die Ostländer mit Eigenbeiträgen beteiligen mußten. (Die Westländer hielten sich vornehm zurück!). Aber wie im Falle des Hochschulrahmengesetzes, so wurden auch hier von Beginn an die Konsequenzen der zweiten Verwirklichungsstufe der Finanzverfassung antizipiert. Obgleich die westdeutschen Länder während der ersten Stufe keineswegs die finanzielle Hauptlast der Einigung tragen - diese liegt beim Bund und bei der Bundesanstalt für Arbeit -, wurden ihre Ausgaben für Wissenschaft und Forschung zur Richtschnur für den Osten genommen. Was in einem Westland aus finanziellen Gründen nicht möglich schien, wurde auch einem Ostland nicht erlaubt. Ein Beispiel dafür ist die Ermittlung des 'zulässigen' Personalbestands an den ostdeutschen Hochschulen. Hierfür wurden Ostländer mit Westländern 'gepaart'. Der Freistaat Sachsen etwa mußte sich mit Baden-Württemberg vergleichen lassen. Dies rechtfertigte sich damit, daß, zum Zeitpunkt der Einigung, Sachsen in Ostdeutschland und Baden-Württemberg in Westdeutschland den jeweils hochschulreichsten Flächenstaat bildete. Diese Paarung war also für Sachsen durchaus günstig. Dennoch hatte sie eine aus sächsischer Sicht fatale Konsequenz. Beim groben Vergleich stellte sich nämlich heraus: Die Zahl der an Hochschulen beschäftigten Personen war in beiden Ländern etwa gleich hoch, aber Baden-Württemberg hatte etwa die doppelte Zahl an

Bewohnern und etwa die vierfache Zahl an Studenten. Die Folgerung: Reduktion des Personals an den sächsischen Hochschulen auf etwa die Hälfte, was inzwischen auch geschah. Doch ist dies vermutlich noch nicht das Ende der Geschichte. Auch die Kosten des reduzierten Personals bleiben, so muß man leider befürchten, besonders bei schneller Angleichung der Gehälter an die des Westens, selbst bei voller Anwendung von Artikel 107 des Grundgesetzes für Sachsen wohl zu hoch. (Was hier für Sachsen gesagt wurde, gilt erst recht für die übrigen neuen Länder, ganz zu schweigen vom 'Sonderfall' Berlin, dessen finanzieller Kollaps bereits abzusehen ist.¹⁰)

Der Sog des westdeutschen Modells war auch deshalb so groß, weil sich die beiden Hochschulsysteme vollständig auseinanderentwickelt hatten. Institutionell gesehen gab es praktisch keinerlei Gemeinsamkeit mehr. Sechs Unterschiede stechen hervor:

1. Das Hochschulsystem der DDR war zentralistisch, das der Bundesrepublik ist föderalistisch. Mit der Einigung hielt der Kulturföderalismus Einzug in Ostdeutschland. Er wurde sehr schnell genutzt, um Eigenständigkeit und Unverwechselbarkeit zu demonstrieren. Sehr schnell kam es auch nicht zuletzt deshalb zu einer 'Entsolidarisierung' der ostdeutschen Länder in Fragen von Wissenschaft und Forschung, etwa bei grenzüberschreitenden Planungen oder in der Berufungspolitik. Doch hätte dies für sich genommen eine für Ostdeutschland spezifische Hochschulentwicklung nicht hindern müssen. Die Beseitigung anderer Inkompatibilitäten wirkte in dieser Hinsicht gravierender.

2. Eine der wichtigsten betrifft das Verhältnis von Forschung und Lehre. Die DDR, orientiert am Sowjetmodell, setzte auf ihre institutionelle Trennung, während für das Hochschulsystem der Bundesrepublik nach wie vor das Humboldtmodell mit der

Forderung nach ihrer institutionellen Verbindung gilt. Es will den forschenden Lehrer oder den lehrenden Forscher. Diese Figur ist zwar auch im Westen inzwischen eher die Ausnahme als die Regel, aber sie bleibt das Ideal. Gewiß, auch in einer DDR-Hochschule strebte man nach dieser Verbindung. Und sie wurde insbesondere bei Schreibtischforschung immer wieder erfüllt. Aber die finanziell aufwendigere Hochschulforschung war in erster Linie angewandte Forschung, häufig orientiert an den Bedürfnissen der nächstliegenden Kombinate. Forschung in ihrer ganzen Breite zu betreiben zählte zu den Aufgaben der Akademien. Diese waren, vielleicht mit Ausnahme der Leopoldina in Halle, keine Gelehrtenvereinigungen wie im Westen, sondern gegenüber den Hochschulen verselbständigte Großbetriebe hochspezialisierter Forschung, was natürlich begrenzten Austausch mit ihnen nicht hinderte. Doch waren die Akademien auf die Hochschulen nicht angewiesen. Ihre Verselbständigung diesen gegenüber zeigte sich auch daran, daß sie eigenes Promotions- und Habilitationsrecht hatten und die besten Nachwuchswissenschaftler jederzeit an sich ziehen konnten. Akademiemitglieder waren gegenüber Hochschulmitgliedern in vielfältiger Weise privilegiert. Dies schuf Ressentiments, und nicht zuletzt diese erklärten, weshalb die Hochschulen trotz finanzieller Anreize (Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP)) kaum bereit sind, ehemalige Akademiemitglieder aufzunehmen. Man hat zudem, angesichts des Stellenabbaus, mit dem eigenen Personal Probleme genug. Hinzu kommt die für die Akademien charakteristische extreme Spezialisierung. Akademieforscher eignen sich selten als 'Fachvertreter' im westlichen Sinn.

3. Die Hochschulen der DDR waren im Unterschied zu denen der Bundesrepublik keine relativ autonomen und autonomen Institutionen, orientiert am Kollegia-

litätsprinzip und an einer drei- und mehrstufigen akademischen Selbstverwaltung, in der die Willensbildung unter Beteiligung von Fächern und Gruppen von unten nach oben erfolgt. Sie beruhten vielmehr seit der III. Hochschulreform¹¹ auf dem Modell einer zweistufigen monokratisch-bürokratischen Verwaltung, wobei jeder Leitungsebene der Hochschule eine solche der Partei beigeordnet war. Letztlich kontrollierte die Partei Rektor und Prorektoren sowie Sektionsdirektoren und deren Stellvertreter, nicht aber Senat und Fakultäten¹². Insbesondere die Fakultäten spielten für die Selbstorganisation der DDR-Hochschulen kaum eine Rolle. Sie waren im Grunde auf Prüfungsausschüsse reduziert.

4. Das Hochschulsystem der DDR war im Unterschied zu dem der Bundesrepublik geschlossen. Wie alles, plante die DDR auch ihren Bedarf an Akademikern, und zwar nach Zahl und Fachrichtung. Dies führte dazu, daß zum Zeitpunkt der Einigung nur etwa 12% eines Altersjahrgangs eine Hochschule besuchten¹³ und daß das Fach nicht frei gewählt werden konnte. Demgegenüber studierten in der Bundesrepublik zum Zeitpunkt der Einigung etwa 25% eines Altersjahrgangs überwiegend in den Fächern ihrer Wahl. Im Vergleich zur westdeutschen Massenuniversität kann man die DDR-Hochschule geradezu als eine Elitereinrichtung bezeichnen. Im Gefolge der III. Hochschulreform ab 1967 war es mit der Erhöhung des Akademikeranteils an der Bevölkerung weitgehend vorbei¹⁴. Anders als die Bundesrepublik gründete die DDR auch keine neuen Universitäten. Sie förderte hauptsächlich ingenieur- und technikwissenschaftliche Bereiche, indem sie Spezialschulen einführte, die sie Schritt für Schritt in Technische Hochschulen verwandelte. Von diesen wurden nach der Einigung nicht zufällig einige wieder geschlossen oder in Fachhochschulen integriert.

5. Dieser Unterschied zwischen Eliten- und Massenuniversität wurde noch verstärkt durch die extrem voneinander abweichenden Betreuungsrelationen. Um wieder den Vergleich von Sachsen und Baden-Württemberg zum Zeitpunkt der Einigung zu wählen: Für Sachsen lautete die Relation 1:1,73, für Baden-Württemberg 1:5,89¹⁵. Zulassungspolitik und Betreuungsrelation hatten zur Folge, daß DDR-Studenten bei erheblich eingeschränkter Lehr- und Lernfreiheit und starker Verschulung des Studiums (bis hin zu 'Klassenverbänden') schnell studierten und ihr Studium in der Regel auch nicht abbrachen, während für westdeutsche Studenten bei großer Lehr- und Lernfreiheit und geringer Verschulung des Studiums lange Studienzeiten und hohe Abbruchquoten charakteristisch sind. Dies ist übrigens der Hintergrund für die von ostdeutschen Hochschullehrern immer wieder vorgetragene These, die Lehre in den Hochschulen der DDR sei doch besser als im Westen gewesen. Dies ist sicherlich nicht zu bestreiten, nur werden dabei meist die unterschiedlichen strukturellen Bedingungen (Kontrolle des Hochschulzugangs, weit günstigere Betreuungsrelation, 'Klassenverbände' mit Gruppenkohäsion) nicht mitgedacht¹⁶.

6. Und noch ein letzter Unterschied ist wichtig: die Zuordnung von Hochschul- und Beschäftigungssystem. Einem DDR-Abiturienten, dem es gelang, einen Studienplatz zu bekommen, war nach erfolgreichem Abschluß seines Studiums ein Arbeitsplatz sicher. Dies trifft in der Bundesrepublik nur für wenige Studiengänge zu. Hier sind Hochschul- und Beschäftigungssystem weitgehend entkoppelt. Jeder DDR-Student hatte schon durch die schiere Tatsache, daß er studieren durfte, bessere Lebenschancen als seine nichtstudierenden Altersgenossen¹⁷, was auch erklärt, weshalb Studenten, überhaupt die Hochschulen, in der friedlichen Revolution zunächst kaum eine Rolle spielten. Dies ist

wiederum strukturell, nicht individuell gemeint.

Gerade am Beispiel der Lehre wird deutlich, wie schwierig es ist, einzelne Institutionen aus einem Institutionengefüge herauszubrechen und sie in ein anderes zu verpflanzen. Der 'Lehrerfolg' von DDR-Hochschulen hatte institutionelle Voraussetzungen, die in Westdeutschland spätestens seit den späten 60er Jahren nicht mehr bestehen. Sie lassen sich auch nicht beliebig erzeugen. Denn im vereinten Deutschland können weder die Zulassungsquote noch die Betreuungsrelation auf DDR-Niveau gebracht werden. Das eine ist politisch nicht durchsetzbar, das andere läßt sich nicht finanzieren.

Institutionelle Gefüge haben ihre eigene Logik. Man kauft sich mit ihnen Vor- und Nachteile ein. Manche hofften darauf, daß die Erneuerung der Hochschulen im Osten auch zur Erneuerung der Hochschulen im Westen führe, daß eine Art Synthese aus Ost und West möglich werde, die die Vorteile beider Systeme kombiniert. Dies hat sich nicht zufällig als Illusion erwiesen. Die strukturellen Unterschiede, ja Gegensätze der beiden Systeme erwiesen sich als zu groß. Zu groß war auch der Zeitdruck, unter dem die Erneuerung im Osten stattfinden mußte, zu gering der Spielraum für Experimente, den der Zwang zum Personalabbau ließ¹⁸. Die ostdeutschen Hochschulen sind - soviel läßt sich schon jetzt über den noch unabgeschlossenen Prozeß sagen - zunächst einmal an das gewiß unvollkommene westdeutsche Hochschulsystem *angepaßt* worden. Vermutlich gab es dazu auch keine Alternative. Erst wenn dieser Anpassungsprozeß abgeschlossen ist, kann man an die Reform des Gesamtsystems gehen!

Die geschilderten Rahmenbedingungen haben also die Hochschuleerneuerung im Osten in erster Linie zu einer *Anpassung* an das Hochschulsystem des Westens

werden lassen¹⁹. Wiederum muß man falschen Interpretationen wehren: Dies ergab sich nicht aus einer Verschwörung, sondern aus strukturellen Zwängen, denen auch reformorientiertes Handeln unterworfen ist²⁰. Damit ist nicht behauptet, es habe keinerlei Handlungsspielräume gegeben. Sie wurden auch durchaus von den neuen Ländern einschließlich Berlins zu 'Abweichungen' genutzt. Die vermutlich wichtigste: der größere Anteil von Studienplätzen an Fachhochschulen als im Westen. Doch diese und andere 'Abweichungen' bewegen sich innerhalb der Empfehlungen des Wissenschaftsrats und des westdeutschen 'Reformspektrums'. Zwei Ausnahmen sollte man freilich erwähnen: als Einzelfall die auf Interdiszi-

plinarität, erweiterte Sprachkompetenz und Kulturkontakt setzende Grenzuniversität Frankfurt/Oder und als institutionelle Erfindung die Geisteswissenschaftlichen Zentren der Max-Planck-Gesellschaft, die aber noch umstritten sind und deshalb auch bisher nicht strukturprägend sein konnten²¹. Insgesamt gesehen scheinen also die Spielräume auf der Ebene der Länder eher gering gewesen. Es fragt sich, wie es damit auf den beiden nachgeordneten Ebenen, der Hochschulen und der Fächer, stand. Ich wende mich zunächst diesen beiden Ebenen zu und diskutiere den Aufbau von Politikwissenschaft und Soziologie aus der 'Erbmasse' der Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus an der Universität Leipzig. Dann komme ich auf die Landesebene zurück.

II. Die Ausgangslage für die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Leipzig

Man findet gemeinhin Zustimmung, wenn man feststellt, die Hochschulen der DDR seien im Vergleich zu denen der Bundesrepublik weit stärker ideologisch 'belastet' gewesen. Selten wird freilich diese Aussage hinreichend präzisiert und differenziert. Man muß zwei Arten von 'Belastung' unterscheiden und die zweite noch einmal untergliedern. Erst dann vermag man auch die Ausgangslage von Politikwissenschaft und Soziologie richtig zu verstehen.

Die erste Art von 'Belastung' war fachspezifisch. Sie hatte mit dem ideellen und institutionellen Verhältnis von Politik und Wissenschaft in der DDR zu tun. Alle Hochschulsysteme, auch die des Westens, erfüllen bis zu einem gewissen Grade Legitimationsfunktionen für die jeweilige politische Ordnung und sind außengesteuert. Aber es ist ein großer Unterschied, ob dabei auf ideeller Ebene Parteilichkeit oder Werturteilsfreiheit und auf institutioneller Ebene geschichtete oder funktionale Differenzierung als Prinzipien gelten. Die Frei-

heit von Forschung, Lehre und Studium, als Grundrecht im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert, soll deren Instrumentalisierung für externe Zwecke verhindern. Diese 'Abwehr' ist im westdeutschen Hochschulsystem trotz vieler bedenklicher Entwicklungen (Staatseinfluß, Industrieinfluß) einigermaßen gelungen, hat seine formale und auch materiale Autonomie gegenüber Politik und Wirtschaft garantiert. Dies war in der DDR anders. Hier konnten die Hochschulen, wie andere Institutionen auch, ihre Abhängigkeiten *nicht* in Grenzen frei wählen, blieben sie letztlich auf Staats- und Parteinteressen instrumentalisiert²². Diese Instrumentalisierung wurde durch das Prinzip der Parteilichkeit der Wissenschaft und durch die geschichtete Differenzierung zwischen Politik und Wissenschaft gesichert. Auch die Hochschule stand letztlich im Dienste von Staat und Partei. Im Konfliktfall hatte die wissenschaftliche Überzeugung der Parteiideologie zu weichen. Die Zumutung politischer Loyalität an Hoch-

schullehrer und Studenten war weit stärker als in der Bundesrepublik. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil auf Grund der 'Einheit' von Staat und Partei eine Ausdifferenzierung von Staats- und Parteiloyalität verhindert wurde. In der Bundesrepublik sind beide Arten von Loyalität deutlich voneinander getrennt. Entgegen der Behauptung insbesondere von DDR-Naturwissenschaftlern und DDR-Medizinern nach dem Umbruch waren *alle* Fächer in diesem Sinne ideologisch 'belastet'. Von denjenigen, die wegen allzu großer 'Regimenähe' aus dem Dienst entfernt werden mußten, kamen etliche aus Naturwissenschaft und Medizin, und gerade in diesen Fächergruppen gibt es erstaunlich viele Fälle von Rehabilitierung wegen Benachteiligung aus politischen Gründen während der Herrschaft der SED und der ihr angegliederten Blockparteien²³.

Von diesen fachunspezifischen 'Belastungen' sind die fachspezifischen zu trennen. Diese waren Folge der Beschäftigung mit systemspezifischen Gegenständen und Inhalten sowie der nicht bloß indirekten Vermittlung von Ideologie. Rechtswissenschaft etwa hatte dem sozialistischen Recht, Wirtschaftswissenschaft der sozialistischen Wirtschaft, Erziehungswissenschaft der Bildung der sozialistischen Persönlichkeit in Abgrenzung von den 'bürgerlichen' Gegenentwürfen zu dienen, und dies in einer spezifischen Verbindung von Analyse und Apologie. Solche Fächer mußten sich kraft Auftrag im Spannungsfeld von Herrschaftslegitimierung in Gestalt von Ideologievermittlung und Herrschaftsrationalisierung in Gestalt von immanenter Defizitdiagnose bewegen²⁴. In diesem Spannungsfeld tendierten sie entweder zum ersten oder zum zweiten Pol. Näherten sie sich dem ersten Pol, kam es zu dogmatischer Schließung. Näherten sie sich dem zweiten Pol, folgte empirische Öffnung, d.h. Hinwendung zur 'sozialistischen' Realität. Obgleich ein und dasselbe Fach zwi-

schen beiden Polen auch hin- und hergehen konnte, ist der erste Fall tendenziell der des Wissenschaftlichen Kommunismus oder Wissenschaftlichen Sozialismus, den man auch als die Politikwissenschaft des Marxismus-Leninismus bezeichnete, der zweite Fall aber tendenziell der der marxistisch-leninistischen Soziologie. Im ersten Fall ließen sich Ideologie und Wissenschaft bei der Evaluation kaum trennen, während im zweiten Fall, zumindest bei den empirisch arbeitenden Soziologen, diese Trennung bis zu einem gewissen Grade möglich war.

An der Karl-Marx-Universität Leipzig gab es seit Beginn des Studienjahres 1968/69 die Sektion "Marxistisch-leninistische Philosophie/Wissenschaftlicher Sozialismus", die, wie auch die Sektion Wirtschaftswissenschaft und die Sektion Geschichte, Lehrer für Marxismus-Leninismus, sogenannte ML-Lehrer, für die gesamte DDR auszubilden hatte. In jedem Fach, das an einer Fach- oder Hochschule der DDR gelehrt wurde, war Unterricht in Marxismus-Leninismus, gegliedert in Philosophie, Wissenschaftlichen Kommunismus, Politische Ökonomie und Geschichte der Arbeiterbewegung, vorgesehen²⁵. Die Sektion 'Marxistisch-leninistische Philosophie/Wissenschaftlicher Sozialismus', die sich in den 70er Jahren in Sektion "Marxistisch-leninistische Philosophie/Wissenschaftlicher Kommunismus" umbenannt hatte, teilte sich 1981 entlang dem Schrägstrich. Von nun an waren statt drei vier Sektionen für die Ausbildung von ML-Lehrern zuständig: die Sektion Wirtschaftswissenschaft für ML-Lehrer in Politischer Ökonomie, die Sektion Geschichte für ML-Lehrer in Geschichte der Arbeiterbewegung, die Sektion Philosophie für ML-Lehrer in Philosophie und die Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus für ML-Lehrer in Wissenschaftlichem Kommunismus (WK). Diese institutionelle Verselbständigung des Wissenschaftlichen Kommunismus hatte,

wie Insider meinen, keine 'wissenschafts-internen', sondern politisch-ideologische und personelle Gründe. Politisch-ideologisch ging es darum, besser als bisher "Propagandisten der Partei" zu fördern, personell darum, einigen Personen, die aus den politischen Führungsgremien der Universität kamen, ein 'wissenschaftliches' Betätigungsfeld zu eröffnen²⁶. Institutionen- und ideologiegeschichtlich gesehen hatte die neu entstandene Sektion ihre Vorläufer im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium der frühen DDR, einer Art von sozialistischem studium generale, in dem die Grundlagen des Marxismus-Leninismus und der Politischen Ökonomie vermittelt werden sollten, und in der Leninschen 'Drei-Quellen-Lehre', derzufolge sich der Marxismus-Leninismus aus Dialektischem und Historischem Materialismus, Politischer Ökonomie und Wissenschaftlichem Sozialismus speist. Um die Ausbildung in Wissenschaftlichem Kommunismus zu optimieren, gliederte sich die neue Sektion in sechs Wissenschaftsbereiche: 1. Methodologie und Lehrmethodik des Wissenschaftlichen Kommunismus; 2. Theorie der kommunistischen Gesellschaftsformation; 3. Soziale Beziehungen im Sozialismus; 4. Politisches System des Sozialismus; 5. Revolutionärer Weltprozeß; 6. Geschichte des Wissenschaftlichen Kommunismus und Kritik bürgerlicher politischer Theorien²⁷.

Soziologie wurde erst in den 60er Jahren in der DDR 'hoffähig'. Sie verstand sich freilich nicht im westlichen Sinne, sondern als marxistisch-leninistische Soziologie. In Leipzig institutionalisierte man das neue Fach 1964 als selbstständige Abteilung innerhalb der Philosophischen Fakultät. Im Zuge der III. Hochschulreform, die eine organisatorische Neugliederung der Universitäten brachte, wurde sie der bereits genannten Sektion "Marxistisch-leninistische Philosophie/Wissenschaftlicher Sozialismus" einverleibt. Als diese sich 1981

teilte, kam Soziologie als eigener Wissenschaftsbereich unter das Dach der Sektion "Wissenschaftlicher Kommunismus". Im Sektionsnamen tauchte sie nicht auf. Sie war aber *kein* integraler Bestandteil des Studiengangs "Wissenschaftlicher Kommunismus", sondern bot einen eigenen Diplomstudiengang an mit eigens dafür zugelassenen Studenten. Der Anteil "Marxismus-Leninismus" am Studiengang machte etwa ein Viertel aus²⁸.

Zunächst ist für das Verhältnis der beiden eine extreme Asymmetrie zu konstatieren: Es glich in allen Hinsichten dem von David zu Goliath. 1989 hatte die Soziologie 8 Hochschullehrer (davon 2, die eigentlich nicht dazugehörten), 13 Wissenschaftliche Mitarbeiter und 3 Sonstige Mitarbeiter, der Wissenschaftliche Kommunismus, der sich nach dem Umbruch schnell Politikwissenschaft nannte, aber 13 Hochschullehrer, 43 Mitarbeiter und 14 Sonstige Mitarbeiter. Wenn man bedenkt, daß die Lehre an DDR-Hochschulen im wesentlichen von Wissenschaftlichen Mitarbeitern bestritten wurde, kamen auf drei Wissenschaftliche Kommunisten ein Soziologe. Auch bei den Studentenzahlen bestand diese Diskrepanz. Für das Fach Soziologie wurden, alternierend mit Halle, nur in jedem zweiten Studienjahr gerade 20 Studenten zugelassen, im Wissenschaftliche Kommunismus aber, ohne verbindlich festgelegte Obergrenze, ca. 40 Studenten in jedem Studienjahr. Gefragt, welche Bedeutung sie der Aussage "Mich voll und ganz für den Sozialismus einsetzen" beimäßen, ob große, mittlere oder geringe, brachten 1988 immerhin noch 91% dieser Studenten deren große Bedeutung für sie zum Ausdruck, während in der DDR allgemein nur noch 36% eine solche Wertung abgaben²⁹. Wie die Leipziger Soziologiestudenten zu dieser Frage standen, ist leider nicht bekannt.

Die WK-Studenten, die übrigens überwiegend durch "Umlenkung" aus anderen

Fächern rekrutiert wurden, waren also offenbar überzeugte Sozialisten. Und dies leitete über zu der vielleicht wichtigsten Asymmetrie. Der Wissenschaftliche Kommunismus blieb bei aller Eigendynamik - Insider verwenden das Bild vom brodelnden Kessel: nach außen geschlossen, im Innern kochend -, ein dogmatisches Unterfangen, orientiert an Auslegung der Klassiker des Marxismus-Leninismus im Lichte der jüngsten Parteitagebeschlüsse, geprägt von einem "scholastisch anmutenden Deduktivismus", der den Schritt vom Abstrakt-Allgemeinen zum Konkret-Allgemeinen, wie ihn der Marxismus als Methode eigentlich fordert, letztlich nicht vollzog³⁰. Ähnlich wie in manchen Religionen ging es um Exegese der heiligen Quellen, wobei die Interpretationsautorität nicht bei der 'Theologie' (dem Wissenschaftlichen Kommunismus), sondern bei der 'Kirche' (der Partei) verblieb. Die Diskrepanz von Ideal und Wirklichkeit wurde zwar wahrgenommen, aber die Wirklichkeit nicht kritisch gegen das Ideal gewendet. Dazu hätte man sich ihr allererst zuwenden müssen, und zwar mit der Absicht, sie in ihrem So-und-nicht-anders-Gewordensein und in ihren Entwicklungstendenzen, wie Max Weber formuliert hätte, deutend zu verstehen und dadurch ursächlich zu erklären. Dies war aber keineswegs das Ziel, das sich der "Wissenschaftliche Kommunismus" gesetzt hatte. Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften und ihrer Theorien, sprich: Ideologien ja, Kritik des Staatssozialismus und des Marxismus-Leninismus nein. Im Gegensatz dazu war die Soziologie empirisch, auf Wirklichkeitserforschung ausgerichtet. Sie hielt dabei freilich die ideologischen Rahmenbedingungen ein. Jede Dissertation oder Habilitationsschrift (A- oder B-Promotion) begann mit den Parteitagebeschlüssen und den Klassikern des Marxismus-Leninismus. Aber spätestens im 3. Kapitel entschied sich, ob es im wesentlichen dabei blieb. Blieb es nicht dabei, dann folgte, meist

nach einer kritischen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Soziologie, deren Theoreme man auf diese Weise teilweise übernehmen konnte, die Präsentation und Diskussion der Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, an der sich die Diskrepanz von Ideal und Wirklichkeit im Staatssozialismus spiegelte. Gewiß, die Untersuchungen erstreckten sich dabei auf Befindlichkeiten, auf den sogenannten subjektiven Faktor. Die objektiven Bedingungen, die institutionellen Gefüge, die solche Befindlichkeiten mit erzeugten, blieben weitgehend unthematisiert³¹. Aber der Weg hin zur 'sozialistischen' Wirklichkeit war beschritten - und damit zur Produktion nützlichen und verwertbaren, aber eben auch kritischen Wissens, nicht unbedingt systemsprengend, aber doch auch nicht bloß apologetisch.

Wir haben zwei Arten von ideologischer 'Belastung' der Wissenschaft unterschieden, diejenige, die aus institutioneller und diejenige, die aus inhaltlicher Systembindung entstand. Letztere läßt sich noch einmal intern differenzieren, je nachdem, ob dogmatische Schließung oder empirische Öffnung den Schwerpunkt 'wissenschaftlichen' Handelns bildete. Ich möchte den Wissenschaftlichen Kommunismus typologisch der ersten, die (marxistisch-leninistische) Soziologie aber der zweiten Alternative zuordnen. Nicht nur aus institutionellen, sondern auch aus ideellen Gründen strebte die Soziologie in Leipzig schon vor dem Umbruch aus der Umklammerung durch den Wissenschaftlichen Kommunismus heraus. Dem trug man nach dem Umbruch zunächst institutionell Rechnung: die Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus an der Karl-Marx-Universität Leipzig wurde im November 1989 in "Politikwissenschaft und Soziologie" umbenannt, und damit hatte man zwei gleichberechtigte Fächer etabliert.

Die Fächer, die eine inhaltliche Systembindung aufwiesen, waren durch den

Umbruch im Kern getroffen. Spätestens nach der äußeren Einigung verloren sie nicht allein ihre bisherige Funktion, sondern auch teilweise den Gegenstand. Die Rechtsordnung der Bundesrepublik läßt sich nicht mit den Mitteln des sozialistischen Rechts handhaben, die kapitalistische Marktwirtschaft nicht mit den Mitteln der Politischen Ökonomie. Ganze Fächer und Fächergruppen mußten inhaltlich erneuert werden, insbesondere die Fächer der Rechts-, Wirtschafts-, Sozial- und Erziehungswissenschaften. Da Menschen für eine inhaltliche Umorientierung Zeit brauchen, stand von vorn herein fest, daß inhaltliche mit personeller Erneuerung verbunden werden mußte. Die Frage, die sich von Beginn an stellte, war, in welchem Umfang dies nötig sei.

Die Umorientierung hatte einen DDR-spezifischen Vorlauf³². Bereits unter der Regierung Modrow³³, dann verstärkt unter der Regierung de Maizière wurden mehr oder weniger konsequent die Weichen auf Erneuerung gestellt³⁴. Noch gab es freilich im ostdeutschen Lehrkörper die Illusion, nur einzelne Fächer und Fächergruppen seien davon betroffen. Hier hatten Umbenennungen, von manchen als Etikettenschwindel bezeichnet, Konjunktur. Doch würde dies reichen? Kaum war die interne Debatte darüber richtig in Gang gekommen, verfügte der Freistaat Sachsen, und mit ihm die anderen neuen Länder, im Dezember 1990 die Abwicklung jener Fächer, die man für ideologisch besonders belastet hielt.

Die Abwicklung bedeutete eine Scheide. Von nun an gab es zwei Gruppen von Fächern, die ihre 'Erneuerung' unter ganz unterschiedlichen Bedingungen betreiben konnten und mußten: die abgewickelten und die nichtabgewickelten. Die Bedingungen für die abgewickelten schienen schlechter. Jedenfalls die Betroffenen, insbesondere die Studenten, sahen dies zunächst so. Viele, die nichtabgewickelten

Fächern angehörten, lachten sich ins Fäustchen. Dies schien das Bauernopfer, das gebracht werden mußte, damit der Rest in etwa so bleiben konnte, wie er war. Dies hat sich als die zweite große Illusion erwiesen. Auch die nichtabgewickelten Fächer mußten sich schließlich erhebliche Eingriffe gefallen lassen, und nach erfolgter Erneuerung standen die meisten abgewickelten Fächer besser da als die nichtabgewickelten³⁵.

Dies ändert nichts daran, daß die Abwicklung nicht nur von den Betroffenen als rechtlich fragwürdig, ja als unrechtmäßig und als politisch destruktiv gewertet wurde. Sie verbog nämlich in der Sicht der Kritiker ein Rechtsinstitut, um einen endogenen Erneuerungsprozeß abzuschneiden, der in manchen Fächern bereits relativ weit gediehen schien. Tatsächlich reagierten die betroffenen Studenten mit heftigen Protesten, die freilich nicht, wie manche behaupteten, die "roten Socken", sondern den eigenen Hochschulabschluß schützen sollten, ein Interesse übrigens, das Erneuerung gerade verlangte, damit der Abschluß auch im Westen anerkannt war. Tatsächlich trugen die Proteste der Studenten dazu bei, die Erneuerung zu stützen und zugleich die zunächst harten Auswirkungen des Abwicklungsbeschlusses erheblich zu mildern. Die Studenten erreichten, daß sie ihr Studium an den abgewickelten Einrichtungen fortsetzen konnten, und sie erkämpften sich auch ein Mitwirkungsrecht bei der Erneuerung. So kam es zur Einrichtung von Gründungskommissionen unter Leitung von Gründungsdekanen bzw. Gründungsdirektoren, denen außer fünf westdeutschen Professoren ein ostdeutscher Hochschullehrer sowie drei Wissenschaftliche Mitarbeiter und drei Studenten angehörten. Zwar sahen die Verfahrensregeln vor, daß in allen grundsätzlichen Angelegenheiten nicht gegen die Mehrheit der dem Gremium angehörenden westdeutschen Pro

fessoren entschieden werden konnte. Doch garantierte die Zusammensetzung eine faktische Parität, die man nutzen konnte und die in vielen Fällen auch genutzt wurde.

Der Abwicklungsbeschuß teilte also den Erneuerungsprozeß gleichsam in zwei Ströme: Die abgewickelten Fächer mußten sich sofort und von Grund auf erneuern, an den übrigen schien dieser Kelch vorbeizugehen. Der Abwicklungsbeschuß teilte aber auch den Erneuerungsprozeß in den betroffenen Fächern gleichsam in Phasen. Michael Th. Greven hat sie, dabei das Beispiel des Leipziger Wissenschaftlichen Kommunismus vor Augen, Rettung, Anpassung, Abwicklung und Gründung genannt³⁶. Diese Einteilung ist auch deshalb wichtig, weil sie zeigt, daß es Anpassung an den Westen 'aus freien Stücken' schon vor der Einigung gab.

Doch verweilen wir für einen Augenblick bei jenem einschneidenden Vorgang, der sich mit dem historisch belasteten Begriff der Abwicklung verbindet. Was genau ist unter Abwicklung zu verstehen? Das Bundesverfassungsgericht gab im Zusammenhang mit seiner Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde wegen abwicklungsbedingter Kündigungen folgende Bestimmung: "Die Abwicklung einer Einrichtung setzt ihre Auflösung voraus. Das entspricht rechtllichem Sprachgebrauch. Danach bedeutet Abwicklung soviel wie ordnungsgemäße Beendigung. (...) Hinreichend bestimmt ist auch, was unter Auflösung einer Einrichtung zu verstehen ist. Sie führt jedenfalls nicht dazu, daß die Einrichtung als organisatorische Einheit fortbesteht. So kann etwa eine Überleitung auf einen anderen Hoheitsträger nicht als Auflösung verstanden werden, wenn die Einrichtung tatsächlich erhalten bleibt."³⁷

Wann ist eine Einrichtung als organisatorische Einheit aufgelöst? Das war die Gretchenfrage. Und man wird sie anders beantworten, je nachdem, ob man juristisch oder soziologisch denkt. Wo man rechtlich eine Diskontinuität konstruierte - und man sollte hinzufügen, daß dies in diesem Falle keineswegs alle Juristen taten, kann der Soziologe zunächst nur Kontinuitäten erkennen. Die juristische Konstruktion erwies sich in Wirklichkeit als reine Fiktion. Denn die Studenten studierten ja an ihren alten Einrichtungen weiter, teilweise bei demselben Lehrpersonal, das sie schon vorher unterrichtet hatte. Die Abwicklung war also eine politische Entscheidung, rechtlich nur schwer zu legitimieren. Im Nachhinein stellt sie sich freilich als eine kluge politische Entscheidung heraus.

Zunächst sprangen allerdings die Ungerechtigkeiten ins Auge. Da waren die ausgewählten Fächer: Warum gerade diese und nicht auch andere, zumal dasselbe Fach in dem einen Land abgewickelt wurde und in dem anderen nicht? Da waren die betroffenen Personen: Nur weil man dieser Einrichtung zugeordnet war - und die Zuordnungsentscheidungen der Hochschuleleitungen in DDR-Zeiten folgten keineswegs immer wissenschaftlichen Gesichtspunkten -, hatte man in die Warteschleife zu gehen. Auch der Grad der Erneuerung, den ein Fach bereits erreicht hatte, spielte keine Rolle. Abgewickelt wurde nach Gesichtspunkten des Grünen und nicht des Runden Tisches. Mit der Abwicklung jedenfalls kam in den betroffenen Fächern zunächst alles zum Stillstand. Obgleich die Studenten ihr Recht auf fort dauernde Unterrichtung erstritten hatten, wußte an der Jahreswende von 1990/91 im Grunde niemand, wie weiterzugehen.

(Teil 2 des Artikels folgt in Heft 9/1993)

Anmerkungen

¹ Der Autor war Gründungsdekan für die Fächer Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Leipzig, die aus der 'Erbmasse' der Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus neu aufgebaut werden mußten, Mitglied der Hochschulstrukturkommission des Landes Sachsen-Anhalt, die dem Land einen Plan zur Neugliederung der Hochschulen unterbreitete, Mitglied der außerordentlichen Berufungskommission Geisteswissenschaften an der Universität Halle-Wittenberg, deren Aufgabe es war, Vorschläge für die Besetzung von 21 Eckprofessuren zu erarbeiten, und Mitglied der Berufungskommission Sozialwissenschaften an der neu gegründeten Universität Frankfurt/Oder, die insbesondere durch ihre Kulturwissenschaftliche Fakultät, der die Sozialwissenschaften zugeordnet sind, neue Wege bei der Gestaltung von Forschung, Lehre und Studium beschreiten will. Er war also am Um- und Neubau in drei verschiedenen Ländern und auf verschiedenen Ebenen beteiligt und hatte es sowohl mit abgewickelten, nichtabgewickelten wie mit neugegründeten Bereichen zu tun. Der Erfahrungsbericht bezieht sich aber in erster Linie auf seine Leipziger Tätigkeit. Erfahrungsbericht soll heißen, daß die Teilnehmerperspektive vorherrscht. Es wird aber versucht, diese mittels soziologischer Analyse zu objektivieren.

² Ich verwende den Mentalitätsbegriff im Sinne Theodor Geigers. Danach ist Mentalität eine (kollektive) geistig-seelische Disposition, die durch eine soziale Lebenswelt und durch die damit verbundenen Lebenserfahrungen geprägt und durch Lebens- und Weltdeutungen gestützt ist. Sowohl die DDR-spezifischen Lebenswelten wie die DDR-spezifischen Deutungsmuster scheinen rapide zu zerfallen. Das heißt nicht, daß auch die Mentalitäten sofort verschwinden. Geiger sagt plastisch, sie seien nicht Gewand, sondern Haut. Sie haben also auch dort, wo sozialstrukturelle Verankerungen und ideelle Stützen wegfallen, eine gewisse Persistenz. Es ist sogar wahrscheinlich, daß sie zunächst noch weiter an Bedeutung gewinnen werden: im Abwehrkampf gegen Überwältigung. Vgl. Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Darmstadt 1967, S. 77 ff.

³ Über die grundsätzliche Bedeutung solcher Öffnung für einen demokratischen Rechtsstaat insbesondere Jürgen Habermas, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt 1992, bes. Kap. III und VIII.

⁴ Durch den jüngst mittels Kompromiß beendeten Streik in der Stahl- und Metallindustrie Ostdeutschlands wurde der ökonomisch problematische Stufenarbeitsvertrag, den viele Beobachter auf eine Art Kartell der Angst zwischen westdeutschen Arbeitnehmern und westdeutschen Gewerkschaften zurückführen, zwar nicht beseitigt, aber doch in interessanter Weise modifiziert. Dies trug sicherlich erheblich zur Verankerung des Instituts der Tarifautonomie in Ostdeutschland bei. Die durch schnelle Lohnangleichung verlorenen Standortvorteile Ostdeutschlands lassen sich sowieso nicht mehr zurückholen. Sie sind in die Anrainerstaaten 'ausgewandert'. Auch hier bleibt jetzt nur noch der konsequente Sprung nach vorn.

⁵ Ohne die personelle und finanzielle Unterstützung durch den Westen gäbe es auch heute noch keine einigermaßen funktionsfähige Verwaltung und Justiz im Osten. Zum Beispiel stammen von den etwa 600 Richtern und Staatsanwälten in Thüringen etwa 175 aus dem Westen. Die Verwaltungshilfe für die Justiz in Ostdeutschland belief sich 1993 auf ca. 230 Mill., zur Hälfte vom Bund und zur Hälfte von den Ländern aufgebracht. Würde diese Hilfe aufgekündigt und würden alle Leihbeamten zurückbeordert, so wäre nach Aussage von Kennern der Zusammenbruch des Rechtsganges vorprogrammiert.

⁶ Vgl. dazu etwa die Untersuchungen von Gerlinde und Hans-Werner Sinn, die die Entwicklung in Ostdeutschland mit der während der Weltwirtschaftskrise vergleichen und dabei zu dem Schluß kommen, "daß es in der Geschichte der Industrienationen kein Beispiel für eine schärfere Depression als die jetzige in Ostdeutschland gibt". Vgl. Gerlinde Sinn und Hans-Werner Sinn,

Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen 1991, hier S. VII.

⁷ Zur Bewältigung des Alltags gehört auch die Fähigkeit, seine Rahmenbedingungen zu ironisieren. Dies muß in der DDR weit verbreitet gewesen sein. Ein Beispiel dafür sind die 7 Grundwidersprüche des DDR-Sozialismus, die mir ein ostdeutscher Kollege wie folgt zusammenstellte: 1. Es gibt im Sozialismus keine Arbeitslosigkeit - dennoch arbeitet kaum jemand. 2. Obwohl kaum jemand arbeitet - wurden die Pläne immer erfüllt und übererfüllt. 3. Obwohl die Pläne immer erfüllt und übererfüllt wurden - gab es in den Läden nichts zu kaufen. 4. Obwohl es in den Läden nichts zu kaufen gab - hatte jeder alles, was er brauchte. 5. Obwohl er alles hatte was er brauchte - meckerte er, was er konnte. 6. Obwohl jeder meckerte - waren eigentlich alle ganz zufrieden. 7. Und warum waren alle ganz zufrieden? Weil es im Sozialismus keine Arbeitslosigkeit gibt...

⁸ Über die vielfältigen Ursachen dieser Selbsterstörung informieren Beiträge in dem von Hans Joas und Martin Kohli herausgegebenen Band *Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen*, Frankfurt 1993.

⁹ Hans Joachim Meyer, *Das Abitur ist kein Rechtstitel*, in: *Die Zeit* Nr. 20, 14. Mai 1993, S. 30.

¹⁰ Vgl. dazu die Modellrechnung der Landeszentralbank in Berlin und Brandenburg, nach der das Haushaltsdefizit Berlins für Ende 1995 auf 50 Milliarden prognostiziert wird, was einer Verdoppelung innerhalb von drei Jahren gleichkäme. Vgl. *Der Tagesspiegel* vom 29. Mai 1993, 49. Jg., 1993, S. 19. Hier wirkt natürlich das sehr hohe Ausgabenniveau des Haushaltes West-Berlins vor der Wiedervereinigung nach, das durch erhebliche westdeutsche Subventionen ermöglicht wurde.

¹¹ Man unterscheidet drei Hochschulreformen: Die I. ab 1945, die II. ab 1951 und die III. ab 1967. Die wichtigsten 'Neuerungen' der III. Hochschulreform: "verstärkte Betonung der ideologischen Erziehungsaufgabe der Hochschullehrer, engere Verbindung zwischen Forschung und Praxis, Gliederung aller aller Studiengänge in Grundstudium, Fachstudium und Spezial- und Forschungsstudium sowie Ersetzung der Fakultäten- und Institutsgliederung durch Sektionen." So Andreas Fischer, *Das Bildungssystem der DDR. Entwicklung, Umbruch und Neugestaltung seit 1989*, Darmstadt 1992 (hinfort: *Bildungssystem der DDR*), S. 71

¹² Die erste Ebene bildeten der Rektor und die Prorektoren, die als Direktoren von Verwaltungseinheiten fungierten, die zweite die ernannten Sektionsdirektoren, denen ein Stellvertreter für Forschung und einer für Erziehung-, Ausbildung- und Weiterbildung beigegeben waren. Auf der Seite der Partei entsprach der ersten Ebene die Kreisleitung, der zweiten die Grundorganisation (GO), die ihrerseits, je nach Größe, wieder in Abteilungsparteiorganisationen (APO) unterteilt waren. Ganz unten standen die Parteigruppen. Die Parteigliederung folgte dabei einer Kombination von Territorial- und Produktionsprinzip. (Es gab zum Beispiel auch eine Wohnparteiorganisation (WPO)). Hochschule und Partei blieben nicht nur verfahrensmäßig, sondern auch durch Doppelmitgliedschaften vermittelt. Es gab praktisch keinen 'Leiter' auf der ersten und zweiten Hochschulebene, der nicht Mitglied der SED oder wenigstens einer der anderen Parteien der Nationalen Front gewesen wäre. Dies heißt übrigens nicht, daß es keinerlei Spannung zwischen der Hochschul- und der Parteiseite gegeben hätte. Selbst manchem Genossen mit Leitungsfunktion in der Hochschule ging die 'Außensteuerung' durch die Parteifunktionäre zu weit. Auch im Innenverhältnis hatten sie einen gewissen Handlungsspielraum. Er wurde nicht immer nur 'linientreu' genutzt. Der Organisationsaufbau ist der Karl-Marx-Universität der 80er Jahre abgelesen. Die Beschreibung erfaßt nur die Grobstruktur.

¹³ Zunächst gehörte es zu den bildungspolitischen Zielen der Sowjetischen Besatzungszone, dann der DDR, die Zahl der Studenten zu erhöhen und die Zusammensetzung der Studentenschaft zu verändern. So wurden etwa im "Hochschulprogramm der FDJ" aus dem Jahre 1947 unter anderem folgende Forderungen gestellt: die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft ist der des

Volkes anzugleichen, das Studium wirtschaftlich zu sichern und die Gleichberechtigung der Frauen bei der Zulassung zum Studium sowie bei der Besetzung von Lehrstühlen durchzusetzen. Tatsächlich stieg die Zahl der Studenten in den 50er und 60er Jahren kontinuierlich. Auch der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder sowie der Frauen an der Studentenschaft wuchs. Wurden 1951 noch 31 512 Studenten registriert, so 1972, auf dem Höhepunkt der Entwicklung, 160 967. Damit hatte sich zugleich der Anteil der Zulassungen pro Jahr auf ca. 18% eines Jahrganges erhöht. Dieser Anteil wurde dann, nach dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971, gezielt 'heruntergeregelt', bis er bei ca. 12% lag. Mit dieser Zahl ging die DDR in den Einigungsprozeß. Auf dem XI. Parteitag der SED im April 1986 hatte man wieder einen Anteil von 22-23% gefordert, wobei aber Hoch- und Fachschulen zusammengefaßt waren. Dieser Beschluß wirkte sich vermutlich nicht mehr aus. Zu diesen Zusammenhängen vgl. Fischer, *Bildungssystem der DDR*, S. 70 f. und S. 97.

¹⁴ Die DDR 'schloß' also ihre Hochschulen zu einem Zeitpunkt, als sie in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge der Bildungsexpansion 'geöffnet' wurden!

¹⁵ Vgl. Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt, Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt 1992, S. 10 (Tabelle 2: Ländervergleich).

¹⁶ Hinzu kommt der Unterschied in der ökonomischen Versorgung der Studenten. Ein DDR-Student war nicht gezwungen während des Studiums zu arbeiten, um dieses zu finanzieren, was für viele westdeutsche Studenten gilt.

¹⁷ Die Sonderstellung der Intelligenz im sozialistischen System der Ungleichheit, in die die Studenten ja strebten, wurde von Autoren der DDR keineswegs geleugnet. Im Gegenteil: Sie konstatierten sogar eine gewisse Erblichkeit des Bildungsstatus, also eine Reproduktion der Intelligenz als einer besonderen Statusgruppe durch das Bildungssystem. Die Größe dieser Statusgruppe oder Schicht wurde mit etwa 15% angegeben. Dazu Rudi Weidig (Hrsg.), *Sozialstruktur der DDR*, Berlin 1988. Grundsätzlich leugnete man nicht die Existenz von Ungleichheit und sozialer Schichtung im Sozialismus, aber man interpretierte die Beziehung zwischen den Schichten als nicht mehr antagonistisch!

¹⁸ Diese Beobachtung schließt nicht die Behauptung ein, daß es zu keinerlei Übernahmen aus dem DDR-Hochschulsystem hätte kommen können. Übernahmen fanden auch durchaus statt, insbesondere bei der Gestaltung der Studiengänge. Das Studium in der DDR hatte generell einen engeren Bezug zur Berufspraxis als das in der Bundesrepublik. Elemente dieser Art ließen sich ohne Schwierigkeiten in die westdeutschen Muster einbauen, weil sie gleichsam noch unterhalb der strukturgebenden westdeutschen Regelungen angesiedelt sind.

¹⁹ Dieser Prozeß läßt sich unter verschiedenen Aspekten betrachten: als Verwestlichung der Struktur, als Verwestlichung des Lehrkörpers und als Verwestlichung des 'Geistes', wie Max Weber gesagt hätte. In der Folge stehen die beiden ersten Aspekte im Mittelpunkt von Analyse und Bewertung.

²⁰ Die Neigung, solche komplexe Prozesse intentionalistisch zu verkürzen, liegt schon deshalb nahe, weil dann die Verantwortungs- und Schuldzuschreibung leichter fällt. Irgendjemand muß irgendetwas nicht gewollt haben, und deshalb ist er verantwortlich und deshalb trifft ihn Schuld!

²¹ Vgl. dazu Jürgen Kocka, *Geisteswissenschaftliche Zentren: Die umstrittene Innovation*, Wissenschaftskolleg zu Berlin 1993, Manuskript.

²² Die wohl einzige Ausnahme bildeten die Kirchen, die nicht wie die übrigen Institutionen in den Staatsaufbau integriert waren. Sie haben den dadurch gewährten bzw. gewonnenen Freiraum verschieden genutzt. Während die katholische Kirche, die in Ostdeutschland schon immer in einer

Minderheitenposition stand, sich vor allem absonderte, um das innerkirchliche Zusammenleben der Gläubigen zu intensivieren, verstanden sich die evangelischen Kirchen, nach Jahren der Fremd- und Selbstausgrenzung, seit den späten 60er und frühen 70er Jahren als "Kirchen im Sozialismus", brachten sich also in ein spannungsreiches Verhältnis von Anpassung an und Distanz zum staatssozialistischen Ordnungsgefüge. Gerade deshalb aber wurden sie zu einem Forum, in das politische Oppositionsgruppen einströmten, weil sie hier institutionellen Schutz fanden. Sie nutzten dieses Forum, das für religiöse Zwecke konstituiert war, teilweise durchaus parasitär. Diese Politisierung der Kirche von außen, die sich freilich über weite Strecken mit einer Politisierung von innen verband, begünstigte zwar die Ausbildung einer politischen Systemopposition, kam aber der Erfüllung des religiösen Auftrags nur zum Teil zugute. Die Entkirchlichung der ostdeutschen Bevölkerung jedenfalls verlief dramatisch und setzte sich nach dem Umbruch weiter fort. Hatte 1950 der Anteil der Protestanten auf dem Gebiet der DDR noch ca. 80%, der der Katholiken ca. 11% betragen, so lag er 1989 bei den Protestanten deutlich unter 30%, der bei den Katholiken bei ca. 6%. Zur Rolle der evangelischen Kirche zwischen Opportunismus und Opposition Dettlef Pollack, "Religion und gesellschaftlicher Wandel. Zur Rolle der evangelischen Kirche im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR", in: Hans Joas und Martin Kohli (Hrsg.), *Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen*, Frankfurt 1993, S. 246 ff.

²³ Dazu Matthias Middell, "Ostdeutsche Hochschulen zwischen Abwicklung und Integration in die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft - Einige Erfahrungen und Vermutungen eines Leipziger Historikers", in: Bernhard Muszynski (Hrsg.), *Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven*, Opladen 1993 (hinfort: *Wissenschaftstransfer*), S. 11 ff., hier S. 23, Fn 4.

²⁴ Vgl. dazu die kluge Analyse von Holger Wartmann, "War der 'Wissenschaftliche Sozialismus' eine Politikwissenschaft?", in: Michael Th. Greven und Dieter Koop (Hrsg.), *War der wissenschaftliche Kommunismus eine Wissenschaft? Vom Wissenschaftlichen Kommunismus zur Politikwissenschaft*, Opladen 1993 (hinfort: *Wissenschaftlicher Kommunismus*), S. 20.

²⁵ Von diesen Sektionen, die ML-Lehrer ausbildeten und die in der Regel daneben noch andere Ausbildungsfunktionen wahrnahmen, ist die Sektion Marxismus-Leninismus zu unterscheiden. Diese 'versorgte' die Fächer der Universität mit Unterricht in Marxismus-Leninismus.

²⁶ Vgl. Dirk Schmeling und Harald Jentsch, "Der Studiengang Wissenschaftlicher Kommunismus", in: *Wissenschaftlicher Kommunismus*, S. 51.

²⁷ Dazu Holger Wartmann, "War der 'Wissenschaftliche Sozialismus' eine Politikwissenschaft?", in: *Wissenschaftlicher Kommunismus*, S. 20, ferner die Beiträge von Dieter Koop, Dirk Schmeling und Harald Jentsch in diesem Band. Dort auch die Ausbildungsübersicht für das Studium des Wissenschaftlichen Kommunismus, S. 83-92.

²⁸ Zur Soziologie in Leipzig Steffen H. Wilsdorf und Kurt Mühler, "Die Ab- und Aufwicklung des Bereichs Soziologie an der Universität Leipzig", in: *Wissenschaftstransfer*, S. 291 ff.

²⁹ Dirk Schmeling und Harald Jentsch, "Der Studiengang Wissenschaftlicher Kommunismus", in: *Wissenschaftlicher Kommunismus*, S. 62.

³⁰ Dazu die Analyse von Michael Th. Greven, "Bericht über das Ende des Wissenschaftlichen Kommunismus und die Anfänge der Politikwissenschaft an der Universität Leipzig 1989 bis 1991", in: *Wissenschaftlicher Kommunismus*, S. 155 ff., hier S. 156.

³¹ Dazu auch M. Rainer Lepsius, "Zur Entwicklung der Soziologie in den neuen Bundesländern", in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43 (1991), S. 138 ff.

³² Dieser Vorlauf schlug sich nicht nur in der 'Reform' einzelner Fächer, sondern vor allem in der

Reform der Hochschulorganisation nieder, deren monokratisch-bürokratische Struktur man mit Hilfe basisdemokratischer Ideen überwinden wollte. Diese hatten sich ja in der friedlichen Revolution bewährt. Sie wurden von Teilen der Studentenschaft, des Mittelbaus aber auch von den vom alten System benachteiligten und reformwilligen Hochschullehrern aufgegriffen, um zugleich die alten Kader zu entmachten. Diese Ideen haben bis in die Hochschulemerneuerungsgesetze fortgewirkt. Sie schlugen sich dort insbesondere in der rechtlichen Ausgestaltung der Studentenschaft und des Konzils nieder. Auch der für die meisten Erneuerungsgesetze charakteristische Vorrang des Gruppen- vor dem Fachprinzip hat damit zu tun.

³³ Schon unter Modrow, der am 13. November 1989 zum Vorsitzenden des Ministerrats gewählt wurde, schaffte man das obligatorische marxistisch-leninistische Grundlagenstudium ab. Die SED, die sich zur PDS, zur Partei des Demokratischen Sozialismus, zu wandeln suchte, verzichtete nun ausdrücklich auf das zuvor beanspruchte Macht- und Wahrheitsmonopol!

³⁴ Hier ist die Vorläufige Hochschulordnung vom 18. September 1990 wichtig, die unter der Regierung de Maizières erlassen wurde und die auch nach Bildung der Länder bis zur Verabschiedung der Hochschulemerneuerungsgesetze durch die jeweiligen Landtage in Geltung blieb. Sie regelte in 131 Paragraphen die wichtigsten Fragen von Studium, Lehre, Forschung und Organisation weitgehend nach westlichem Muster und war bis 30.6.1991 befristet. Sie bildete den rechtlichen Rahmen für die erste Phase der Erneuerung. (Die Zeit der Modrow-Regierung ist eher das Vorspiel für das folgende 'Hochschuldrama', obgleich es gerade hier zu spektakulären Aktionen der Reformer kam). Unter rechtlichem Gesichtspunkt hatte die Erneuerung vier Phasen: die Zeit der Modrow-Regierung, die Zeit der Vorläufigen Hochschulordnung, die Zeit der Hochschulemerneuerungsgesetze der Länder und die demnächst anbrechende Zeit der Landeshochschulgesetze. Berlin stellt insofern einen Sonderfall dar, als hier das bereits existierende Berliner Hochschulgesetz nur ergänzt wurde, um es auf Gesamtberlin ausdehnen zu können.

³⁵ Dieses Urteil, das ich unten noch genauer begründe, ist freilich relativ insofern, als der Unterschied mit den verschiedenen Dynamiken zu tun haben könnte, die in den beiden Bereichen herrschte und noch herrscht. Auf mittlere Sicht könnte sich herausstellen, daß die Ergebnisse in beiden Bereichen in etwa dieselben sind.

³⁶ Michael Th. Greven, "Bericht über das Ende des Wissenschaftlichen Kommunismus und die Anfänge der Politikwissenschaft an der Universität Leipzig 1989 bis 1991", in: *Wissenschaftlicher Kommunismus*, S. 159 ff.

³⁷ Zitiert nach Peer Pasternack, "Gründerzeit in Leipzig. Miscellen", in: *Wissenschaftstransfer*, S. 273 ff., hier S. 280, Fn 5.

Philosophie in Leipzig: Neubeginn oder Kontinuität?

Die Frage ist ebenso virulent wie schwierig, besonders wenn sie an unmittelbar Beteiligte und nicht etwa an Dritte als beobachtende Kritiker gerichtet ist: Wie versteht das neu gegründete Institut für Philosophie heute die 'Stunde Null' der 'Abwicklung'? Und wie begreift es sich selbst vor dem Hintergrund dieser Vorgeschichte? Konkreter lautet die Frage: Gibt es inhaltliche Perspektiven und Schwerpunkte in Forschung und Lehre, die es erlauben würden, wirklich von einem neuen Aufbruch oder einem neuen Paradigma der Philosophie an der Universität Leipzig zu sprechen? Oder handelt es sich bloß um die Ersetzung von Personen, und dies vielleicht aus bloß politischen Gründen?

Es gehört zu den wichtigsten Einsichten und Methoden kritischen Denkens, daß man zunächst auf die Unterstellungen einer Frage hinweist und manche davon zurückweist, bevor man eine Antwort versucht. In unserem Fall ist die vorausgesetzte Annahme durchaus problematisch, es gäbe (schon) ein gemeinsames Selbstverständnis derjenigen, die jetzt am Institut für Philosophie forschen und lehren. Würde ich daher die Frage umstandslos beantworten, so würde ich mich anheischig machen, über dieses Gemeinsame etwas zu wissen. Gerade ein solcher Anspruch, die Urteile und Bewertungen der anderen zu kennen, kann problematisch, ja überheblich sein. Daher ist es z.B. auch so skandalös, wenn etwa erklärt wird, keinem Bürger dieses Teils Deutschlands ginge es schlechter als früher. Ähnlich skandalös ist es, wenn sich manche Philosophen als

besondere (in irgendeiner Weise begnadete) Sachwalter der Sache des Denkens oder der Wahrheit verstehen. Derartige 'Meisterphilosophen' gibt es nicht, es sei denn, wir würden sie ernennen oder ihre (Selbst-)Ernennung akzeptieren.

Stattdessen gilt für alle Urteile, insbesondere für weltanschauliche und gesellschaftspolitische Urteile, daß diese auch dann ernst zu nehmen und nicht einfach als unvernünftig abzutun sind, wenn wir glauben, bessere Argumente oder Begründungen zu haben. Wir können am Ende immer nur versuchen, für das, was wir für vernünftig halten, zu werben. Dies können wir etwa, indem wir aufzeigen, daß gewisse übliche oder traditionelle Urteile insofern 'gedankenlos' sind, als sie wichtige, d.h. auch von den Urteilenden anerkannte, Gesichtspunkte vergessen (haben).

Gerade auf der Grundlage dieser Einsicht unterscheidet schon Platon den Philosophen ganz zurecht von einem allzu selbstsicheren Vertreter einer angeblichen Wahrheit, auch von einem allzu selbstsicheren Wissenschaftler: Der erste erkennt die Grenzen seines Wissens und seiner immer nur begrenzten Urteilskraft. Er versucht, diese nach Möglichkeit nicht zu überschreiten. Er anerkennt, daß andere in vielen Dingen anders als er urteilen werden und tritt gerade daher ein für eine offene Auseinandersetzung um grundlegende Bewertungen und Urteilskriterien. Eben in diesem Streit um gemeinsame Urteilskriterien besteht das Wesen philosophischer Dialektik. Sie anerkennt, daß es

derartige Kriterien nicht einfach als eine schon fertige, lehr- und lernbare Logik oder Methode schon gibt, sondern daß diese Kriterien immer allererst zu entwickeln sind. Für Sokrates und Platon bestand daher die wesentliche Aufgabe der Philosophie nicht, wie bei den älteren 'Philosophen', in einem dogmatischen Entwurf eines angeblich wahren Weltbildes, einer wissenschaftlichen Theorie oder eines Modells einer guten Gesellschaft - obwohl man dies immer noch glaubt. Die wesentliche Aufgabe ist die offene Artikulation von allerlei im üblichen Betrieb wissenschaftlicher, moralisch-rechtlicher, politischer oder auch literarischer Rede impliziten Urteilsformen und Unterstellungen. Erst eine solche Offenlegung ermöglicht eine nicht rhetorisch schon manipulierte Beurteilung, ein freies Begreifen der je behandelten Sache. Daher betont Platon, wie wichtig es ist, daß in einem vernünftig geführten Gespräch jeder das sagt, was er prima facie für richtig hält, nicht etwa, um daran festzuhalten, sondern als Schritt einer Entwicklung gemeinsamen Nachdenkens.

Insofern es mir und uns darum geht, dieses Selbstverständnis der Philosophie wieder zur Geltung zu bringen, gibt es kein neues, besonderes, Paradigma der Philosophie. Wohl aber gibt es immer neue Formen der Artikulation dieser Gedanken, z.B. solche, welche die Analytische Philosophie entwickelt hat. Und es bleibt immer die Möglichkeit des Verfalls dieses Selbstverständnisses der Philosophie im Auge zu behalten, weil aus der Kritik an einem 'falschen' Denken allzu schnell dogmatische Apologetik für eine positive Lehre wird. Aus Philosophen werden damit eine Art selbsternannte Prediger, die schon Platon (oder Sokrates) als Sophisten, d.h. als Besserwisser kritisiert hat. Es gibt also sozusagen genuin philosophische Gründe, die Titelfrage nicht allgemein und neutral sondern persönlich aufzufassen, als Frage nämlich,

wie ich als Neuberufener an dieses Institut meine Arbeit und die jetzige Lage hier sehe, oder - um mir gleich auch das Recht auf Entwicklung und Erfahrungszuwachs herauszunehmen - zu begreifen suche.

Ich beginne mit dem Geständnis, daß mir, bevor ich vor jetzt fast einem Jahr vom Center for Philosophy of Science, Pittsburgh (USA) nach Leipzig überwechselte, kaum klar war, worauf ich mich hier eingelasen habe. Zwar war bekannt, daß viele Kollegen, die früher an der Sektion für marxistisch-leninistische Philosophie der Karl-Marx-Universität gearbeitet hatten, in der Zwischenzeit ihre Stelle verloren hatten. Doch dies erschien zunächst als eine unvermeidliche Folge dessen, daß sich die alte und die neue Bundesrepublik prozentual gesehen nicht so viele Akademiker leistet wie die DDR. Außerdem ist Philosophie nicht mehr als Einzelfach studierbar. Philosophie versteht sich, wie eben schon ausgeführt, als methodische Begriffsanalyse und als Ideologie- bzw. Rhetorikkritik. Ihr Studium ist daher eher eine Art 'höhere' Einübung in kritisches Hören und Lesen (Hermeneutik) und in die Praxis eines differenzierenden, nicht bloß schematisch-üblichen Redens und Schreibens, d.h. in autonomes Denken. Autonomie bedeutet hier gerade, daß man Dinge, die üblicherweise auf eine ganz bestimmte Weise erscheinen, auf allerlei neue, nicht rein konventionelle Weisen darstellen (sehen) und beurteilen lernt. Man kann daher schon von ihrem Begriff her Philosophie nicht als 'wahre' Weltanschauung und man kann die Geschichte der Philosophie nicht als Vorgeschichte einer modernen Wahrheit lehren. Gemäß diesem Selbstverständnis gibt es auch kein einfach lehrbares besonderes Wissen und auch keine besondere Berufstätigkeit für Philosophen außerhalb des Bildungsbereiches. Wohl aber gibt es den Anspruch, daß jeder, der sich für gebildet hält, eine wenigstens rudimen-

täre philosophische Ausbildung und nicht etwa nur Kenntnisse über die Geschichte der Philosophie und der Philosophen nötig hätte.

Ich hatte nun angenommen, daß es dieses Grundverständnis der Philosophie hier kaum in ausgeprägter Form gegeben hat. Ich weiß nicht, ob ich darin recht hatte. Das müssen diejenigen beurteilen, welche die früheren Verhältnisse an dieser Universität kennen. Aus diesem Grund war und bin ich noch der Meinung, daß es sich hier im ganzen gesehen tatsächlich um eine Wiedergründung eines Instituts für Philosophie handelt, nachdem in den späten 40er und 50er Jahren radikaler und systematischer als schon im Nationalsozialismus Philosophie durch eine Weltanschauung ersetzt worden war, die neben sich nur noch eine Geschichte der ('bürgerlichen') Philosophie duldet.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Fachüberprüfung derjenigen, die früher an dieser Universität am Institut für marxistisch-leninistische Philosophie gelehrt haben, und damit auch die schwierige Arbeit der Gründungskommission als notwendig. Über den Ausgang der Beurteilungen mag man dann immer noch streiten. Daß keine derartige Kommission von den Betroffenen Dank zu erwarten hat, ist freilich im allgemeinen prognostizierbar. Diejenigen, welche (neu) berufen werden, werden glauben, daß sie es verdienen. Diejenigen, welche die schmerzlichen persönlichen Folgen zu tragen haben, werden glauben, daß sie es nicht verdienen - und werden die anderen als Karrieristen und die Kommission der Ungleichbehandlung verdächtigen. Hier ist, wie so oft, die persönliche von der allgemeinen Perspektive zu unterscheiden. Es ist eben manchmal schmerzlich, von anderen beurteilt zu werden. Und doch ist die Notwendigkeit derartiger Urteile immer wieder not-

wendig - was jeder Student oder Doktorand oder Privatdozent wohl auch anerkennt.

Schwieriger als die Fachbeurteilungen sind allerdings die Entscheidungen der Personalkommissionen. Denn diese sind moralische Beurteilungen. Wer aber, so lautet nicht nur die tatsächlich, sondern auch prinzipiell brennende Frage an diese Gremien, maßt sich das Recht an, solche Urteile zu fällen? Hier werden ja nicht, wie im Strafrecht, einzelne Verfehlungen, und nicht, wie in der Fachbeurteilung, die Kompetenz eines Wissenschaftlers und Lehrers, sondern es werden Charaktere beurteilt. Es geht dabei wesentlich auch um die Prognose künftigen Verhaltens, oder sollte doch eher darum gehen als um Verurteilung. Der Widerspruch zwischen der vermeintlichen oder wirklichen Notwendigkeit des Urteilens und der Unvollkommenheit des Verfahrens, der vielen Strafprozessen schon schmerzlich genug spürbar ist, wird in moralisch-politischen Beurteilungen mit derart weitreichenden persönlichen Folgen oft beinahe unerträglich. Sollten wir deswegen auf die Beurteilungen der persönlichen Integrität etwa bei Lehrern und Hochschullehrern überhaupt verzichten? Nun, wir sollten zumindest erkennen, daß die Gefahr ungerechter Urteile und des politischen Mißbrauchs hier im Ganzen gesehen größer ist als die Wahrscheinlichkeit, daß wirklich Gerechtigkeit geübt wird. Dies gilt auch dann, wenn die persönliche Integrität der Urteilenden nicht in Frage steht. Spätestens jetzt sollten daher die Personalkommissionen abgeschafft werden, zusammen mit der Illusion, durch sie moralische Gerechtigkeit erreichen zu können. Hier war die Tradition der Religion wohl weiser: In Sachen der Moral, über den Charakter, kann kein einzelner Mensch und kein besonderes Gremium richten, sondern nur ein nicht näher faßbarer, allgemeiner 'Gott'.

Dabei wird die Einsicht in die Unvollkommenheiten unseres (politischen, rechtlichen, moralischen) Urteilens und Handelns wichtiger denn je. Denn es ist gerade in Dingen, welche Urteilskraft und den Mut einer nicht populären Entscheidung erfordern, immer einfacher, nichts zu tun. Dies gilt insbesondere dann, wenn die im weiteren Sinne politisch Handelnden sich nicht in der Anonymität einer Gruppe oder eines undurchsichtigen Apparates verbergen können, sondern offene Ziele allgemeiner Kritik sind. Nichthandeln entbindet uns aber keineswegs von Verantwortlichkeit für die Folgen, z.B. auch dafür, daß man das Handeln anderen oder Entwicklungen dem Zufall überläßt. Freilich läßt sich eine mittelbare Verantwortlichkeit leichter von sich abwälzen, und zwar weil sie als solche nicht von jedem bemerkt wird. Man denke als Beispiel an den scheinbar einfachen Weg, sich den vollen, auch militärischen, Verpflichtungen in den Vereinten Nationen durch Hinweis auf die besondere (Verfassungs-)Geschichte (etwa Deutschlands oder Japans) zu entziehen. Hier wie überall tut Differenzierung not, bedürfen wir der Betrachtung der Gesamtumstände. Alles andere bleibt rhetorische Manipulation, ist sophistische Apologetik einer (zumeist populistischen) Meinung.

Denken heißt Differenzieren und dies bedeutet Kritik an allzu schematischen Urteilen, die mit Schlagworten operieren, als seien diese gedeckter Wechsel. Beispiele für Schlagworte dieser Art sind das Gerede von einem verlorenen kalten Krieg oder das von einer angeblichen Annexion der neuen Bundesländer durch die alte Bundesrepublik, das Gerede von einer angeblichen Zerstörung einer eigenen Kultur der DDR oder von einer Chancenungleichheit. Schlagworte dieser Art schüren Ressentiments, leiten die Kritik um auf andere, lenken von wirklichen Ursachen der Mißstände ab, indem sie gewissermaßen neue

Verantwortliche erfinden. Der Verzicht auf Selbstverantwortung bedeutet dann aber gerade auch Verzicht auf eine (angeblich so erwünschte) Autonomie. Die Erwartung des Heils von anderen bedeutet immer auch Unterschätzung der eigenen Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten. Leider unterschätzt man des weiteren oft die Rolle derartiger 'psychologischer' Momente für die Entwicklung ökonomischer Verhältnisse.

Daß es nicht leicht, ja in vielen Einzelfällen äußerst schmerzlich sein kann, auf die Sicherheit einer Daueranstellung in einem Angestelltenstaat zu verzichten und sich in einer Wettbewerbsgesellschaft der Beurteilung anderer zu stellen, ist unbezweifelbar. Die Umstellung braucht aber noch lange nicht in die (kollektive) Depression zu führen, auch dann nicht, wenn eine allzu rosige erhoffte Zukunft auf sich warten läßt. Freilich gibt es auch keinerlei Grund, die Umstellung schwerer zu machen, als durch die Umstände notwendig ist.

Gerade hier, in einem politisch sensiblen Bereich, gibt es vieles, worüber ich mich wundere. Zum Beispiel über die miserable Behandlung persönlich integrier und fachlich anerkannter Hochschullehrer, die nach der Wende mehr oder weniger freiwillig in den Vorruhestand gegangen sind. Oder über die drastische Verjüngungskur, die den nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern in abgewickelten Bereichen verordnet wurde, deren Vorarbeitszeiten wegen Systemnähe (vermutlich ihrer Schreibmaschine) nicht anerkannt werden. Der politische und damit am Ende auch wirtschaftliche Schaden dieser Vorgehensweisen überwiegt mit Sicherheit bei weitem die Ersparnisse des Finanzministeriums. Ich wundere mich auch, wie lange man in Deutschland überhaupt und in diesem Land insbesondere braucht, um zu bemerken, daß eine allzu große Bevormundung einer Institution wie die der Universität durch eine

Staatsregierung kontraproduktiv ist. Man kann einfach nicht ohne inneren Widerspruch von Institutionen und Menschen Autonomie, Talkraft und Selbstbewußtsein wünschen oder fordern und gleichzeitig durch die Tat Mißtrauen zeigen. Im Übrigen neigen die Deutschen nach wie vor zu einem allzu großen Vertrauen in die Weisheit der Obrigkeit oder der höheren Ränge. Wie anders ist es zu erklären, daß (laut Hochschulrahmengesetz) in der Universitätsverwaltung, im Fakultätsrat und akademischen Senat Studentenschaft und Mittelbau im Grunde nur beratende Stimme haben, eine Tatsache, die eher bloß verbrämt wird, wenn man sagt, die Professorenschaft (hier genauer: die Gruppe der Professoren neuen Rechts) habe nur ein 'Vetorecht' oder es handle sich eben um ein 'Zweikammernsystem'. Ich jedenfalls meine, daß zumindest die Verschleierung der realen Kompetenzen in einer wiederhergestellten Ordinariatenuniversität einer akademischen Gemeinschaft unwürdig ist.

Was die Beziehungen zwischen dem Ost- und dem Westteil der Bundesrepublik angeht, so gilt hier, was auch sonst gilt: Es gibt immer und überall Besserwisser. Ja, jeder sieht wohl alle Dinge in einer neuen Umgebung zunächst im Lichte alter Erfahrungen. Es ist daher kein Wunder, daß es immer wieder zu allerlei Kommunikations-schwierigkeiten und Mißverständnissen zwischen Neubürgern dieser Stadt oder dieser Universität und Eingessenen kommt. Wer je in einem anderen Land gelebt hat, wird entsprechende Erfahrungen schon gemacht haben. Und er wird sich erinnern, wie sich sein Urteil in der Zeit geändert hat. Er wird sehen, daß es immer und überall manches gibt, das besser war oder ist als anderswann und anderswo. Er wird auch anerkennen, daß es immer Gruppen von Menschen geben wird, die aufgrund ihrer zufälligen Herkunft, und nicht etwa aus Verdienst, manches besser können oder

wissen als andere. In der Tat war und ist provinzielles (auch national-völkisches) Ressentiment gegen alles Ungewohnte, Andere und Ungleiche und eine bornierte (gerade auch 'sozialistische') Forderung nach universeller Gleichheit und Anpassung keine geringe Ursache für den Antisemitismus und die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland. Es klingt paradox, aber die schreckliche Überheblichkeit des deutschen Faschismus war wesentlich auch Folge eines allgemeinen Minderwertigkeitskomplexes. Und es mag schockieren zu hören, daß die Ideologie des Faschismus (auch in der Version von Sympathisanten wie z.B. bei Knut Hamsun) auf erschreckend ähnliche Weise die angebliche Dekadenz der westlichen 'kapitalistischen' Demokratien und des Amerikanismus angeprangert hatte, wie dies zur Zeit von manchen der jetzt scheinbar verkannten Autoren der DDR geschieht. Dabei wird nicht beachtet, daß das Gerede von der Gleichheit aller (Volks-)Genossen ohnehin unlauter ist. Der Schlaf der (differenziert urteilenden) Vernunft erzeugt (gerade mit Schlagwörtern wie "Gleichheit" oder auch "Freiheit") Ungeheuer.

Freilich bleibt es richtig, wenn sich jeder gegen eine wirklich oder vermeintlich ungerechte oder ungleiche Behandlung zur Wehr setzt. Wie problematisch dabei die Mittel sein können, zeigt sich etwa in dem folgenden Zitat über die Arbeit der Gründungskommission für Philosophie an dieser Universität: "Liquidiert wird nicht, weil es in der Vergangenheit an kritischen Stimmen fehlte. Liquidiert wird, weil die Mitarbeiter der Sektion Philosophie, statt dem freiheitlich-demokratischen, einem anderen Staat gedient haben; also nicht Anderes getan zu haben, sondern für andere das Gleiche" (Jahrbuch für systematische Philosophie '91, S. 160). Es gäbe hier einige Anmerkungen zum Begriff der Liquidation, auf die ich lieber verzichte. Die Ansicht

aber, daß Philosophie als Philosophie überhaupt einem Staat dienen könne, verrät sich hier selbst: Offenbar verstehen die Autoren Philosophie noch immer als Dienerin eines Staates. In diesem Sinne hatte man früher die 'bürgerliche' Philosophie als Handlanger für eine ökonomisch-politische Formation abgetan, um ihr eine zugleich 'wissenschaftliche' und für die 'wahren' Belange der Menschen auf die rechte Weise interessierte Weltanschauung entgegenzusetzen. Wenn es nur so einfach wäre, das wahre Interesse der Menschen zu kennen oder zu befördern! Hier ist kritische Skepsis nicht weniger, sondern mehr als jeder dogmatische Anspruch.

Vor dem Hintergrund einer derartigen (vielleicht für die Kürze zu allgemeinen) Überlegung lassen sich die Zielvorstellung unseres Versuchs eines Aufbruchs im Fach Philosophie in einigen Stichpunkten zusammenfassen: Es geht der Philosophie darum, sprachliche Mittel und andere Methoden der expliziten Analyse impliziter Urteilsformen vorzuführen und zu entwickeln. Es geht auch darum, durch neu konstruierte Alternativen prima facie übliche Reden, Urteile und Handlungsweisen zu relativieren, auf ihre Geltung und ihren Wert anzuklopfen und damit autonom zu bedenken. Es ist dies die 'Arbeit des Begriffs', die als solche sowohl in den Fachwissenschaften als auch im normalen Reden aufgrund der Fokussierung auf das jeweilige begrenzte Thema vernachlässigt wird. Diese Bemerkung ist eher ein Hinweis auf eine (akademische) Arbeitsteilung als ein Punkt der Kritik. Zu kritisieren wäre nur die Unterschätzung der Bedeutung begrifflicher Differenzierungen und der Konstruktionen von Beurteilungskriterien, wenn die-

se als Vorschläge verstanden werden, die eine bewußte Entscheidung zwischen möglichen Alternativen allererst möglich machen.

Diese Arbeit des Begriffs besteht im Bereich der Wissenschaftsphilosophie in der Analyse der Methode der Forschung und der sprachlichen oder modellartigen Darstellungen der Forschungsergebnisse. Hierher gehört auch die kritische Analyse der je üblichen Urteile über das, was (angeblich) in den Wissenschaften geschieht, was ihr Thema ist, und was als zureichende Begründung zählt. Einen besonderen Wissensbereich bilden dabei die Wissenschaften vom Menschen wie Psychologie und Anthropologie. In der Ethik und in der politischen Philosophie geht es ebenfalls um die begriffliche Reflexion auf die üblicherweise akzeptierten Ideale und Begründungen, um die Vergegenwärtigung dessen, was legales, moralisches, und technisch-rationales Urteilen ist oder (unserem gemeinsamen Willen nach) sein sollte. Einen besonderen Bereich bildet hier die Frage nach der (ethischen und politischen) Beurteilung von Technik und ihrer Entwicklung. Logik und die Methodenlehren begriffsanalytischer Philosophie sind dabei zentrale theoretische Hilfsmittel, aber auch die Kenntnis einer Vielfalt von Darstellungsformen und Gesichtspunkten, die die Philosophie in ihrer Tradition entwickelt hat, und wie sie die Geschichte der Philosophie, wenn man diese nicht bloß narrativ betreibt, lehren kann.

*Pirmin Stekeler-Weithofer, Prof. Dr. phil.,
lehrt Theoretische Philosophie am Institut
für Philosophie in Gründung der
Universität Leipzig*

Frauen in Naturwissenschaft und Technik

Vom 20. bis 23. Mai 1993 fand zum 19. Mal der bundesweite Kongreß "Frauen in Naturwissenschaft und Technik" statt. Diesmal gab es zwei Veranstaltungsorte: die Humboldt-Universität Berlin und die Technische Universität Berlin. Die Präsidentin der Humboldt-Universität, Frau Prof. Marlis Dürkop, eröffnete die Veranstaltung.

Schon die große Teilnehmerinnenzahl hebt die Wirkung der Vereinzelung von Frauen in diesen Berufen auf. Daraus ergibt sich das wichtigste Ergebnis dieses Kongresses: Frauen kommen mit Frauen ihres Wissensgebietes in Kontakt! Besonders für Studentinnen höherer Studienjahre ist die Diskussion mit Frauen aus Betrieben, von anderen Hochschuleinrichtungen, Behörden und Berufsverbänden fast soviel wert wie die selten stattfindenden Absolvententreffen ihres Fachbereiches.

Zwei große Podiumsdiskussionen wurden geführt. Die erste - Thema: Ingenieurinnen - kein Beruf (mehr) für Frauen - betraf den Arbeitsmarkt für Frauen in den neuen Bundesländern, betraf die Situation der Frauen an den Hochschulen der neuen Länder bei der und nach der Umstrukturierung, betraf Ost-West-Probleme in den neu entstandenen Instituten usw. Auf der zweiten Podiumsdiskussion stellten Naturwissenschaftlerinnen sich, ihre Arbeit, ihre Ansichten und Lebensweisen vor.

Daneben zeigte die Veranstaltungsübersicht eine große Zahl interessanter Vorträge. Ich werde mich bemühen, die beste und interessantesten davon im Wintersemester in Dresden als Einzelveranstaltungen anzubieten. Hier sei eine Auswahl genannt:

- Selbständigkeit - eine Alternative für Ingenieurinnen
- Die Überwindung von Rücknahmemechanismen von Frauen bei öffentlichen Auftritten
- Ich will nicht gefördert, ich will nur nicht behindert werden
- Feministische Naturwissenschaftskritik und alternative Ansätze
- Berühmte Frauen in Naturwissenschaft und Technik
- Mädchen im naturwissenschaftlichen Unterricht
- Die Heineckefrau in Naturwissenschaft und Technik: Mitarbeiterin in Medizin, Technik und Verwaltung

Betroffen reagieren Ost-Naturwissenschaftlerinnen und -Ingenieurinnen auf die Enttäuschung der West-Frauen, die durch uns eine Verbesserung ihrer Lage erhofft haben. Für alle, die in der alten BRD die geringe Anzahl von Frauen in Naturwissenschaft und Technik beklagten, erschienen die Zahlen in der DDR anstrengenswert. So lag die DDR mit einem Frauenanteil von 26 % im Ingenieurstudium weit über dem Erreichten in der BRD (7 %). Der Unterschied in einzelnen Ingenieurwissenschaften, z.B. Maschinenbau oder Elektrotechnik, ist noch krasser.

Die BRD-Frauen glaubten, daß die Fähigkeiten der Frauen in der DDR anerkannt waren, daß es diese tiefverwurzelten Vorurteile gegen Frauen in Naturwissenschaft und Technik nicht gäbe. Irrtum! Eine im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft durch die Hochschul-Informationssystem (HIS) GmbH erstellte Studie mit dem Titel "Berufliche

Integration und Weiterbildung von Ingenieurinnen aus den neuen Ländern" wurde auf dem 19. Kongreß vorgestellt.

Die 1993 fertiggestellte Studie zeigt u.a., daß während der Befragungszeit nur 53 % der Ingenieurinnen, aber 90 % ihrer männlichen Kollegen eine Vollzeit-Tätigkeit hatten. In Bezug auf Fachrichtung und Ausbildungsniveau mußten 35 % der Ingenieurinnen und 26 % der Ingenieure Abstriche machen; allerdings 45 % der Frauen und nur 28 % der Männer unter den nicht fachgerecht eingesetzten Beschäftigten waren mit einer Tätigkeit befaßt, die keinen Hochschulabschluß erfordert. Die Studie stellt fest: "Die generelle berufliche Benachteiligung von Absolventinnen im Vergleich zu Absolventen ist bei Ingenieurberufen mit am größten: In dieser Fachrichtungsgruppe hat eine besonders eklatante Auseinanderentwicklung der Berufschancen von weiblichen und männlichen Absolventen stattgefunden." Ingenieurinnen, so zeigt die HIS-Studie weiter, wurden doppelt so häufig Umschulung und Weiterbildung angeraten wie Ingenieuren, aber nur 9 % der den Ingenieurinnen angebotenen Umschulungen sind von qualifikations- und fachadäquaten Inhalt. (Die Studie kann im Referat Gleichstellung an der TUD eingesehen werden.) Das ist eine ungeheure

Verschwendung an wissenschaftlicher und technischer Potenz.

Die Bevorzugung und Förderung von Männern im Arbeitsleben ist politisch nicht gewollt! Deshalb ist es nötig, Frauen gezielt bei der Vergabe von Stellen zu berücksichtigen und Gremien und Kommissionen in der Hochschule, zur Hochschulpolitik und Forschungsförderung bewußt auch mit Frauen zu besetzen. Nach Empfehlung der 3/5 der Enquete-Kommission "zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000" sind "... geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die dazu beitragen, die bei weiblichen Studierenden zu beobachtende Neigung zu eingeschränkter Fächerwahl abzubauen (durch gezielte Studien(wahl)beratung, Orientierungskurse an Schulen und Hochschulen, Betriebspraktika, gegebenenfalls fachspezifische Modifizierung des Koedukationsprinzips). Anzustreben ist eine deutliche Erhöhung der Zahl der Studentinnen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich." Es ist verrückt, jetzt den Anteil von Frauen im naturwissenschaftlichen und technischen Berufen zu verringern und dann wieder mit verstärkter Anstrengung bei den Studierenden zu erhöhen!

Karin Reiche

(Die Autorin ist Gleichstellungsbeauftragte der TU Dresden)

"Welche Uni ist die beste?"

Das Spiel mit Zahlen und Fakten im SPIEGEL-Extra

In Hamburg, in der Brandswiete 19, steht ein wichtiges, großes Haus. "DER SPIEGEL" steht oben auf dem Haus, in schöner roter Schrift und unten, neben der Tür, steht noch: "DAS DEUTSCHE NACHRICHTENMAGAZIN".

Hier werden Informationen gemacht und wöchentlich einmal verkauft. Wenn es die-

ses Haus nicht gebe und die ca. 700 Menschen, die darin und drumherum arbeiten, wüßten wir zu hause vieles nicht.

Zum Beispiel, wo die beste Universität steht und welches der beste Studiengang Deutschlands ist. 1989 war das die Uni in Siegen, und die in Bielefeld, und die in Paderborn. Die Braunschweiger mußten

1989 ihre Technische Universität ganz hinten wiederfinden und die Bremer waren durchgängig schlecht. Das sind sie 1993 immer noch, aber die aus Düsseldorf, die 1990 noch auf Platz 30 standen, sind nun oberste Spitze, was den Oberbürgermeister so gefreut hat, daß er gleich meinte, er hätte es ja schon immer gewußt. Herr Diepgen in Berlin weiß immer noch nicht, warum diese, seine TU so schlecht sein soll und wieso ausgerechnet dieses Massenmonstrum FU auf dem 11. Platz steht. Das versteht auch sein Wissenschaftssenator Erhardt nicht und schon gar nicht, warum die halben Akademiker aus Duisburg, wo sich die Universität noch minderwertig Gesamthochschule nennt, von der 31 auf die 2 vorgerückt sind. Und ganz komisch ist, warum dieses Städtchen Ilmenau im Osten, von dem kaum einer weiß, wo es liegt, plötzlich die beste Hochschule zwischen Oder und Neiße sein soll, wo die in Berlin bei dem Humboldt doch viel schneller mit dem Erneuern waren. Ganz verschwunden ist die Uni in Hohenheim und die TU Clausthal, 1990 noch gutes Mittelfeld, und diesmal?..., rausgeschmissen?, ...vermisst?, - ... aufgelöst?

Eine Antwort auf diese Fragen, und alles ganz genau, wissen die Herren Dr. Doerry und von Blumencron vom SPIEGEL, die entgegen ihren Kollegen vom *Stern* gleich einen ganzen SPIEGEL-SPEZIAL zum Thema "Ranking" der Hochschulen in Deutschland herausgeben.

Inwiefern das nun eine wissenschaftliche Untersuchung der Situation der Hochschulen in Deutschland sein soll mit pseudostatistischem Kleid oder eine mehr oder weniger versteckte Produktanalyse der Ware Hochschule, versehen mit dem Prädikat "sehr gut", "gut" oder "mangelhaft", bleibt offen. Peinlich zumindest der Verweis bereits im Vorwort, die Rangliste des Jahres 1989 habe der Uni Paderborn steigende Bewerberzahlen beschert und das Schluß-

licht Braunschweig habe so heftig an einer Perfektion seiner Qualität gearbeitet, daß es nun im Mittelfeld liege - die SPIEGEL-Rangliste als Stiftung Warentest der Branche Wissenschaft.

Getrennt in Ost- und Westprodukte des deutschen Bildungssystems (im Osten standen die Reformen an den Unis im Vordergrund), hat auch die "Produktanalyse" des SPIEGEL einen großen Nachteil: sie geht haarscharf an der Realität vorbei, wie das Beispiel Humboldt-Universität beweist.

Auf der gesonderten "Ost-Ranking-Liste" nimmt sie Platz vier ein, nach Ilmenau, Freiberg und Dresden. Im Osten, so die SPIEGEL-Hochschulanalysen, sind insgesamt 1200 Studenten nach Qualität von Lehre und Studium befragt worden, das wären, gleichmäßig auf die zwölf untersuchten Universitäten verteilt, je 100 Studenten. Ginge man von einem repräsentativen Mittelwert der Leute an jeder Universität aus, hätte man unter den Linden mindestens 200-250 Studenten befragen müssen: aufgeteilt auf 30 Fachbereiche mit insgesamt ca. 180 möglichen Studiengängen eine geringe Zahl.

In der Plazierung der Studiensituation für Geistes-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften liegt die HU auf dem 1. Platz, fraglich, warum dann gerade in diesen Fächern die Diskussion um eine noch ertragbare Studiensituation an der Humboldt-Universität am heftigsten ist: Einem Anglistik-Studenten, der sich um den Platz im Hörsaal schlagen muß und einem Rewi-Studenten, der seine Bücher, die er für Hausarbeiten braucht, schon wochenlang vorher bestellen muß, zu bescheinigen, seine Studiensituation sei hervorragend, fällt schwer.

In der Plazierung über Berufs- und Praxisbezug hat es die HU auf den zweiten Platz gebracht, hinter der TU Ilmenau. Was soll der Vergleich zu einer Technischen Uni-

versität, wo allein schon das Studienangebot die Praxisnähe bestimmt, mit einer Universität mehr geisteswissenschaftlicher Prägung, wo die Erklärung der Berufs- und Praxisnähe beispielsweise eines Philosophiestudiums schwer fällt; die hier offenen Möglichkeiten sind einfach zu groß.

In der Überschaubarkeit der Studienanforderungen nimmt die HU einen achtbaren 5. Platz ein, nach Freiberg, Jena, Leipzig und Dresden. Habt ihr eigentlich auch die Studenten der FB Kulturwissenschaften, Rehabilitationswissenschaften und Fremdsprachliche Philologien gefragt, liebe SPIEGEL-Rechercheure? Die hätten Euch nämlich sofort auf Platz zwölf verwiesen, und das sind immerhin fast 3000 Studenten.

Den persönlichen Kontakt mit den Dozenten bewertet der SPIEGEL für die Humboldt-Uni mit einer miesen zehn, und damit hat er recht. Wenn zum Beispiel der Herr Prof. Hardtwig des Institutes für Geschichtswissenschaften während seiner wöchentlich einmal stattfindenden Sprechstunde nicht einmal mehr Zeit für Studenten hat, fragt man sich schon, warum der Herr Professor geworden ist, meint dieser Beruf doch immer auch den Kontakt zum Studenten außerhalb der Lehrveranstaltungen.

Ähnlich schlecht steht die HU auch in der Rubrik Zusammenarbeit mit anderen Studierenden da - ein neunter Platz wird ihr zugebilligt. Wie man allerdings so etwas für eine ganze Uni ausrechnet, ist ein Rätsel - viele Studenten, beispielsweise in den Naturwissenschaften, sind schlicht gezwungen, zusammenzuarbeiten. Daß sich an der Humboldt-Universität allerdings wenige Studenten für etwas, viele aber für gar nichts interessieren, und schon gar nicht was ihre Kommilitonen angeht, mag zweifelsfrei richtig sein.

Weiter geht es mit der Ausstattung der Bibliotheken mit Fachliteratur, die Büche-

reien der HU schaffen es auf Platz vier, obwohl die Skala an der Universität bestimmt auch hier von 1 (Rewi?) bis 12 (Politikwissenschaften?) reicht.

Das fachliche Niveau ist an der Humboldt-Uni gut (2. Platz) und das didaktische Geschick der Dozenten sogar sehr gut, meint der SPIEGEL, und das soll wohl eine Verarschung der hier Studierenden sein. Einen Professor, dessen wichtigste Aufgabe darin besteht, die Anwesenheit in Vorlesungen und Seminaren zu überprüfen, als didaktisch geschickt zu bezeichnen, ist schlichtweg falsch - leider gibt es von diesen Menschen sehr viele an dieser Uni.

Professoren, denen man innerhalb einer Viertelstunde hingeschriebene Vorträge halten kann, und die finden die toll, weil kritisieren kostet so viel Kraft, als didaktisch geschickt zu bezeichnen, ist schlichtweg falsch - leider gibt es von diesen Menschen sehr viele an dieser Uni.

Professoren, die nicht einmal in der Lage sind, eine Seminardiskussion zu leiten, daß nicht nur die eigene Meinung gedreht, gewendet und wieder zurückgeschoben wird, als didaktisch geschickt zu bezeichnen, ist schlichtweg falsch - leider gibt es von diesen Menschen sehr viele an dieser Uni.

Professoren, denen man problemlos erzählen kann, im Ersten Weltkrieg hätte es große Panzerschlachten gegeben und die finden das auch so, als Professoren mit fachlich hohem Niveau zu bezeichnen, ist schlichtweg falsch.

Professoren, die Seminare halten und noch nicht einmal die Grundbegriffe erklären können, auf denen das Seminar ruht, als Professoren mit fachlich hohem Niveau zu bezeichnen, ist schlichtweg falsch.

Gewiß kommen über Neuberufungen Kompetenzen an diese Universität, aber man sollte die Namen doch nicht dem tatsäch-

lichen Zustand vorausschicken, momentan ist eben leider sehr oft traurig und gar nicht gut oder sehr gut, was die Professoren dieser Universität so bieten. Da haben die Ranking-Experten vollkommen daneben gelegen, und ausgerechnet die Studenten zu befragen, die schon bei den neuen Kompetenzen studieren, wie der einleitende Text zur Rangliste vermuten läßt, schließt auch nicht gerade auf hohes fachliches Niveau bei den Herren von der Brandswiete.

Nachgetragen sei noch, daß die Humboldt's bei der Breite des Lehrangebots ebenfalls an erster Stelle liegen, was sicherlich richtig sein mag, aber die Errechnung der Möglichkeiten der Spezialisierung für die HU auf den vierten Platz ist schon wieder rätselhaft, was heißt das "Möglichkeiten der Spezialisierung"?

Der Uni Greifswald geht es beim Ranking ostdeutscher Hochschulen schlecht, durchgehend Platz 12 hat sie belegt. Aber Dank der Erfahrungen der Hamburger Warenprüfer wird nun in Greifswald ein umfas-

sender Diskussionsprozeß beginnen, der die Markenware Universität Greifswald zwar nicht besser, aber doch marktkonformer machen wird.

Nach Jürgen Mittelstraß, bis 1990 Mitglied des Wissenschaftsrates in Köln, sind die Unis sowieso reformunfähig und vielleicht sollte man es mit den interessanten statistischen Ergebnissen der Hochschulexperten von der Brandswiete 19 halten wie jener New Yorker Chefarzt mit seiner Klinik: "Bei mir sind alle Patienten gesund, alle haben eine Durchschnittstemperatur von 37,1°C. Ein paar liegen mit -15°C in der Pathologie und einer liegt mit 42°C Fieber im Koma."

Nächstes Jahr kommt die nächste Durchschnittstemperatur aus Hamburg und die deutschen Hochschulwerbefachleute dürfen gespannt sein.

T.U.E.T.

(aus *UnAufgefordert, Berliner Studentenzeitung [HUB] Nr. 48/49 [Juli/August 1993]*)

Innovationskollegs an ostdeutschen Hochschulen

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie und die Deutsche Forschungsgemeinschaft haben gemeinsam die Ausschreibung zur Errichtung von "Innovationskollegs" in den Hochschulen der neuen Bundesländer gestartet. Die neue Maßnahme wird vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) finanziell getragen; die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) übernimmt die gesamte Ausführung von der Ausschreibung über die Begutachtung und die Betreuung bis zur abschließenden Bewertung.

Der Aufbau der Innovationskollegs kann

mit durchschnittlich rd. 1,5 Mio. DM pro Jahr auf jeweils 5 Jahre gefördert werden. Insgesamt hat das BMFT im Zeitraum von 1994 bis 1997 derzeit rd. 50 Mio. DM dafür bereitgestellt. 10 bis 15 solcher Innovationskollegs können damit eingerichtet werden.

Mit der Förderung zum Aufbau von Innovationskollegs werden für die Forschung in den Hochschulen der neuen Bundesländer auch strukturelle Innovationen unterstützt. Sie sind gerade jetzt nötig, weil - der Neuaufbau in den Hochschulen durch Personalüberhänge und finanzielle Restriktionen belastet ist,

- gerade die Um- und Aufbauphase besondere Chancen für neues bietet, die es in der Forschung zu nutzen gilt und
- die Etablierung und flexible Ausstattung zusätzlicher wissenschaftlich starker und innovativer Gruppen beispielhafte Signale setzen kann.

Die Förderung der "Innovationskollegs" soll es den Hochschulen ermöglichen,

- neue Gruppen als Kristallisationskerne besonderer innovativer Leistung einzurichten,

- auf neuen Feldern, die interdisziplinär bislang nicht bearbeitet wurden,

- mit wissenschaftlich ausgewiesenen Vertretern verschiedener Fachrichtungen, auch Gastwissenschaftlern, zu besetzen und

- somit neue innovationsorientierte Forschungsansätze auf vielversprechenden Arbeitsgebieten zu erschließen und hierfür eine flexible Organisationsform zu ermöglichen.

Neben dem Beitrag zur Struktureneuerung sind daher Interdisziplinarität, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Internationalität die Zielsetzung dieser Maßnahme. Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und anderen For-

schungsträgern - auch der Wirtschaft - sowie die Einbindung in die internationale Forschergemeinschaft stehen im Vordergrund. Ausbaustand und Qualität der Forschung sind Gradmesser für den weiteren erfolgreichen Umbau von Wirtschaft und Technik in den neuen Ländern. Da es für den Fortschritt von Forschung und Technologie auf die Entwicklung hochaktueller Innovationen ankommt, wird den Hochschulen der neuen Länder mit den geplanten Innovationskollegs ein Förderinstrument angeboten, das disziplinübergreifend mit einem realistischen Umsetzungsbezug arbeiten soll.

Bei der Auswahl der Themen sind die Hochschulen und die Wissenschaftler frei. Denkbar sind z.B. Innovationskollegs, die sich mit Fragen der Materialforschung, höchstintegrierter Schaltungen, der molekularen Medizin u.a. befassen. Auswahl und wissenschaftliche Qualität der Teams sichert die Betreuung durch die DFG.

Anfragen sind zu richten an: Deutsche Forschungsgemeinschaft, Kennedyallee 40, 53175 Bonn.

(Gemeinsame BMFT-/DFG-PI)

MPG gründet Institut für Wissenschaftsgeschichte

Der Senat der Max-Planck-Gesellschaft hat auf seiner Frühjahrssitzung in Frankfurt/Main beschlossen, in den neuen Bundesländern ein "Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte" zu gründen. Voraussetzung für eine Realisierung dieses Beschlusses ist die Sicherstellung der Finanzierung. Als Direktoren werden die Mathematikhistorikerin Frau Prof. Dr. Lorraine Daston, University of Chicago/USA, der Physiker und Philosoph Prof. Dr. Lorenz Krüger, Universität Göttingen und gei-

steswissenschaftlicher Forschungsschwerpunkt "Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie" in Berlin, sowie der Mathematiker und Wissenschaftshistoriker Prof. Dr. Jürgen Renn, Boston University/USA und Arbeitsstelle Albert Einstein am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin, in Betracht gezogen.

Das neue Institut soll mit 25 Stellen für Wissenschaftler ausgestattet werden, von denen ein Teil aus dem - vom Wissen-

schaftsrat empfohlenen und von der MPG-Tochter "Förderungsgesellschaft wissenschaftliche Neuvorhaben mbH" treuhänderisch verwalteten - geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkt "Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie" übernommen werden könnte (an diesem Schwerpunkt sind u.a. 15 wissenschaftliche Mitarbeiter aus Instituten der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR beschäftigt). Außerdem sollen zwei zeitlich befristete Nachwuchsgruppen am Institut eingerichtet werden, die dessen zunächst stark mathematisch-physikalische Ausrichtung um den Bereich Biologie erweitern könnten. Eine enge Zusammenarbeit des Instituts mit Universitäten, Archiven, Bibliotheken und Museen wird ebenso angestrebt wie die Einbindung ausländischer Gastwissenschaftler. Eine Standortentscheidung für das neue Institut wurde noch nicht getroffen, voraussichtlich wird es jedoch im Ostteil Berlins entstehen.

Thematisch soll sich das neue Institut auf eine an systematischen Fragestellungen orientierte und theoretisch angeleitete Wissenschaftsgeschichte konzentrieren, die Wissenschaft als ein Teilsystem von Kultur begreift. Sowohl die biographische Forschung als auch die Untersuchung der historischen Entwicklung von einzelnen Disziplinen, Institutionen und Ideen in der Wissenschaft wird in Deutschland an vielen Universitäten betrieben. Dagegen mangelt es an wissenschaftshistorischer Forschung, die individuelle und kollektive Pro-

zesse der Erkenntnisgewinnung, deren kulturell bedingte Prägung und den Einfluß tradierter Begriffe und Denkformen sowie die Rückwirkung wissenschaftlicher Begriffe und Denkformen auf die Kultur der jeweiligen Epoche zum Gegenstand hat.

Auf diesem Gebiet soll das neue Max-Planck-Institut tätig werden: Es soll sich mit der Geschichte fundamentaler wissenschaftlicher Denkkategorien wie z.B. "Experiment", "Beweis", "Evidenz", "Kausalität", "Rationalität" und "Objektivität" oder Denkformen wie "Substanz" und "Funktion", "Determinismus" und "Probabilismus" beschäftigen. Auf diese Weise sollen umfassende wissenschaftsgeschichtliche und historische Probleme untersucht werden wie etwa Fragen der Ausdifferenzierung von Einzelwissenschaften, ihrer Annäherung und Distanz zueinander, ihrer Autarkie und Komplementarität sowie die Frage nach dem Entstehen epochenspezifischer Denk- und Argumentationsmuster. Außerdem sollen im wechselseitigen Austausch z.B. mit den Methoden und Ergebnissen der Kognitionswissenschaft, der psychologischen Strukturforschung und philosophischer Theorien der Begriffsentwicklung neue Einblicke in das Verhältnis zwischen dem Denken und seinen Repräsentationen gewonnen werden - ein Verhältnis, das für das Verständnis wissenschaftlichen Denkens von entscheidender Bedeutung ist.

Michael Globig (München)

Max-Planck-Institut für Physik komplexer Systeme nimmt Arbeit in Dresden auf

Das neu gegründete Max-Planck-Institut für Physik komplexer Systeme hat jetzt in Dresden seine Arbeit aufgenommen. Die Gründung dieses Instituts ist vom Senat der Max-Planck-Gesellschaft Ende November

1992 beschlossen worden. Prof. Dr. Peter Fulde, bisher Direktor am Max-Planck-Institut für Festkörperforschung in Stuttgart, hat den Ruf zum ersten Direktor am Dresdener Institut angenommen.

Nach den 1992 errichteten Max-Planck-Instituten für Mikrostrukturphysik sowie für Kolloid- und Grenzflächenforschung ist das Institut für Physik komplexer Systeme das dritte Max-Planck-Institut, das in einem der neuen Länder seine Arbeit aufnimmt.

Das Dresdener Institut wird mit einem relativ kleinen Stab ständiger wissenschaftlicher Mitarbeiter und einem großen Gästeprogramm ausgestattet sein, das es erlauben wird, die Forschungsarbeit flexibel zu gestalten. Großer Wert wird auf die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuch-

ses gelegt: mit Hilfe von Seminaren, die zwischen drei und sechs Monaten dauern, sollen neu entstehende Forschungseinrichtungen dem Nachwuchs an Hochschulen und Forschungsinstituten früh sichtbar gemacht werden. Auf diese Weise würde Neuentwicklungen schneller als bisher die Tür geöffnet. Auch ist daran gedacht, das Potential des Instituts durch sogenannte "Nachwuchsgruppen" um jüngere Wissenschaftler zu ergänzen.

(MPG-PI)

Gatersleben: Klassisches Zentrum für Pflanzenzüchtung neu belebt

Das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben wurde durch den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Bernd Neumann, und den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Rolf Frick, offiziell eingeweiht.

Das IPK wurde auf Empfehlung des Wissenschaftsrates im Rahmen der Neuordnung der Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern zum 1. Januar 1992 als Nachfolgeeinrichtung des Zentralinstituts für Genetik und Kulturpflanzenforschung der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR gegründet, das seinerseits aus dem 1943 gegründeten Institut für Kulturpflanzenforschung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hervorging. Es gehört zu den Instituten der sogenannten Blauen Liste, und wird vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) und vom Land Sachsen-Anhalt je zur Hälfte finanziert (Jahresetat 1993: 40 Mio. DM). Derzeit arbeiten 420 Mitarbeiter am IPK zu Themen der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung auf dem Gebiet der Pflanzengenetik und Kul-

turpflanzenforschung im Vorfeld der praktischen Pflanzenzüchtung. Das IPK knüpft mit hochmodernen molekularbiologischen und gentechnischen Methoden an die Tradition der Forschungsarbeiten seiner Vorläufereinrichtungen an. Die wissenschaftlichen Schwerpunkte liegen dabei insbesondere in den modernen zell- und molekularbiologischen, biochemischen und physiologischen Pflanzenwissenschaften und der Erforschung pflanzengenetischer Ressourcen von Kulturpflanzen.

Der Parlamentarische Staatssekretär im BMFT, Bernd Neumann, wies bei der Gründungsfeier darauf hin, daß hier im klimatisch begünstigten Harzvorland ein klassisches Zentrum der Pflanzenzüchtung neu belebt wird. Dazu trügen die in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene Bundesanstalt für Züchtungsforschung in Quedlinburg, das Institut für Pflanzenbiochemie in Halle und die Martin-Luther-Universität Halle bei. Der Übergang aus der Akademie der Wissenschaften der ehemaligen DDR in die Struktur eines kollegial geleiteten Forschungsinstitutes der Blauen Liste sei dem IPK in beispielhafter Weise gelungen, wozu besonders die hohe Qualifikation der Mit-

arbeiter beibringen habe, die nahezu vollständig in das IPK übernommen werden konnten.

Die Arbeiten am IPK haben starke anwendungsnahe Bezüge für die Pflanzenzüchtung und den Pflanzenschutz. Beispielsweise werden hier transgene Kartoffel- und Tabakpflanzen erzeugt, die u.a. durch Veränderungen des Gehalts verschiedener Inhaltsstoffe einen Beitrag zur züchterischen Verbesserung dieser Kulturpflanzen liefern. Auch die gentechnischen Arbeiten zur Anreicherung hochwertiger fremder Eiweiße in Pflanzensamen sind der anwendungsorientierten Grundlagenforschung zuzurechnen.

Das IPK ist in die vier Forschungs-Abteilungen Taxonomie und Genbank, Chromosomenanalyse und Cytogenetik, Molekulare Genetik und Molekulare Zellbiologie gegliedert. Ein wesentliches Anliegen ist die interdisziplinäre Zusammenarbeit der verschiedenen im Institut vertretenen biologischen Fachrichtungen.

Wichtiger Bestandteil des IPK und von internationaler Bedeutung ist die Genbank des IPK. Sie enthält derzeit mit allen Außenstellen 100.000 Muster von Pflanzensamen. Dieses Material steht international für wissenschaftliche Untersuchungen und als Ausgangsmaterial für die Züchtung zur Verfügung. Darüber hinaus

unterstützt die Genbank die Maßnahmen zum Artenschutz, da durch die Einlagerung von Samen gefährdeter Pflanzenarten deren Aussterben verhindert werden kann.

Staatssekretär Neumann betonte, daß die hervorragende Ausstattung des IPK und seine zukunftsorientierte Konzeption auch eine große Herausforderung für die hier tätigen Forscher bedeute. Es gälte einerseits, in der Grundlagenforschung Fortschritte zu erzielen, die den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands in zehn und mehr Jahren vorbereiten sollen. Andererseits erwarte die Öffentlichkeit von der hochqualifizierten Forschung Ergebnisse in der Zukunft, deren Nutzen bereits heute erkennbar sei. Es sei deshalb zu begrüßen, daß im wissenschaftlichen Konzept des IPK auch eine Betonung auf der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, insbesondere den Pflanzenzüchtern, liegen soll. Dem Wissens- und Technologietransfer zwischen Forschungsstätten und Anwendern in der Wirtschaft komme volkswirtschaftlich eine enorm große Bedeutung zu. Es werde daher darauf ankommen, daß Ergebnisse der Forschungsarbeiten des IPK z.B. von den privaten Pflanzenzüchtern ohne Verzögerung marktfähig umgesetzt werden.

(BMFT-PI)

Biologisch-Medizinisches Forschungszentrum in Erfurt nimmt Konturen an

Der Wissenschaftliche Beirat für das zu gründende Forschungszentrum übergab dem Minister für Wissenschaft und Kunst einen Zwischenbericht. In ihm schlägt er vor, ab 1994 in Erfurt ein Institut für Vaskuläre Biologie und Medizin zu errichten. Der Beirat sieht darin eine einmalige Chance, ein Gebiet in der bundesdeutschen Forschungslandschaft herauszustellen, wel-

ches es in dieser Form noch nicht gibt und das den Entwicklungen der Medizin auch auf internationaler Ebene Rechnung tragen kann. Bei seinem Vorschlag konnte der Beirat auf hervorragende Leistungen einer Reihe von Wissenschaftlern der bisherigen Medizinischen Hochschule Erfurt (MHE) aufbauen.

Die Forschung hat in den letzten Jahren aufgezeigt, daß den menschlichen Blutgefäßen mit ihrem Gewebe die Schlüssel-funktion beim Stoffwechsel der einzelnen Organe zukommt. Probleme der Arteriosklerose und ihrer verschiedenen Verlaufsformen sind in dem Forschungsansatz des Beirates genauso einbezogen wie neue Erkenntnisse über die Rolle von Signalstoffen und von entzündeten und krankhaften Veränderungen an den Organen. In einem Arsenal von neuen biochemischen, immunologischen, molekularbiologischen und genetischen Erkenntnissen wird es möglich sein, sowohl zu an der Grundlagenforschung orientierten als auch klinisch weiterführenden Ergebnissen zu gelangen.

Die erfolgreiche Bearbeitung des empfohlenen Forschungsthemas erfordert - so der Beirat - einen intensiven Austausch zwischen Theoretikern und Klinikern direkt

vor Ort in Erfurt. Die Einbindung eines solchen Zentrums an das zukünftige Krankenhaus der Maximalversorgung sei daher eine Grundvoraussetzung.

Der Beirat bittet um die Errichtung von entsprechenden Lehrstühlen in Erfurt und empfiehlt zugleich eine Einbindung des Instituts für Vaskuläre Biologie und Medizin in die Universität Jena. Er wird eine Konzeption für die strukturellen, personellen und finanziellen Voraussetzungen erarbeiten. Diese Konzeption wird anschließend im Ministerium für Wissenschaft und Kunst geprüft. Der Beirat ist sich bewußt, daß die Zukunft eines solchen Forschungszentrums entscheidend von den Persönlichkeiten, ihrem Innovationsvermögen und ihrer Einbindung in die wissenschaftliche Welt abhängig sein wird.

(PI des Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst)

70 Jahre Staatsarchiv Meiningen

"Das Staatsarchiv Meiningen hat sich als eine der ältesten Behörden und Forschungseinrichtungen in der Stadt zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Meiningener Kulturlandschaft entwickelt", erklärte der Minister Dr. Fickel zum Auftakt der Festveranstaltung zum 70jährigen Jubiläum des Staatsarchives Meiningen.

1923 wurde mit der Zentralisierung der archivischen Überlieferung aller bedeutenden Archivalien des aufgelösten Herzogtums Sachsen Meiningen das heutige Staatsarchiv Meiningen begründet. Seit-her haben sich vielfältige neue Anforderungen an das Staatsarchiv ergeben. Der Minister verwies darauf, daß nach 1923 und 1945 nun auch seit 1989 nach dem Zusammenbruch des jeweiligen Herrschaftssystems eine wahre Flut an Akten

aus aufgelösten Verwaltungen in kürzester Zeit übernommen werden mußte.

Angesichts dieser Aufgaben ist die aus Anlaß der Festveranstaltung vorgestellte erste selbständige Veröffentlichung des Staatsarchives um so bemerkenswerter. Dr. Fickel begrüßte die Publikation als "...würdigen Beitrag für die vom Thüringer Archivgesetz formulierte Aufgabe der Staatsarchive als Stätten landesgeschichtlicher Forschung bei der Vermittlung von Landes- und Regionalgeschichte wirksam zu werden."

Neben der Einweihung eines neuen Magazinraumes in Meiningen erfolgte auch die symbolische Übergabe der drei ehemaligen Bezirksarchive der SED an die thüringischen Staatsarchive. Insgesamt 3

km Akten, die für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte bedeutende Dokumente von 1945 bis 1989 enthalten, stellen die Archivare vor neue Aufgaben.

Die Übergabe der Akten durch die PDS war in der vergangenen Woche durch einen Einbringungsvertrag zwischen dem Land Thüringen und dem PDS-Landesvorstand besiegelt worden. Inhaltliche Schwerpunkte des Vertrages sind vor allem die Modalitäten der Verlagerung des Archivgutes von den bisherigen Standorten in die Thüringer Staatsarchive, die Zu-

gangs- und Nutzungsrechte unter Wahrung der Ansprüche der jeweiligen Eigentümer dieses Archivgutes, die Beschreibung des genauen Umfangs und Inhaltes dieser Archive sowie Fragen der Archivierung und Bewertung. Die Verlegung der Archive und die Erstellung der Übergabeprotokolle wird jedoch noch eine mehrmonatige Benutzungssperre zur Folge haben.

(Pl Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst)

Friedrich-Schiller-Universität Jena: Geeignet oder nicht? Aus der Praxis der Personalkommission

Der Beauftragte für Sicherheit und Geheimnisschutz

An der Universität gab es einen "Beauftragten für Sicherheit und Geheimnisschutz" (BSG). Nur wenige Universitätsangehörige werden direkt mit ihm zu tun gehabt haben, und von diesen leugnen viele, ihn gekannt zu haben. Obwohl dem Rektor unterstellt, war er praktisch die Außenstelle des MfS an der Universität. Über seinen Tisch gingen alle Vorgänge, die mit Sicherheit zu tun hatten, insbesondere alle Meldungen über besondere Vorkommnisse, Vorbereitung von Tagungen, Auslandsreisen usw. Er schrieb in regelmäßigen Abständen, mehrmals im Jahr, Berichte an die entsprechende Stelle im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, in denen man dann lesen kann: "Der Student R. wurde exmatrikuliert"; "Im gesellschaftlichen Bereich gibt es zwei politisch negative Hochschullehrer, nämlich die Professoren X. und Y." (und dann folgen seitenlange Einschätzungen mit Lebenslauf, politischen Meinungen, Ergebnissen der Kontrolle der Dienstpost usw.); "Sicherheitspolitisch interessant ist auch die Lage im

Wissenschaftsbereich Z." (mit Personeneinschätzungen, die für die Betroffenen wohl das Ende der Karriere bedeuteten - wenn sie nicht gerade IM und damit anderweitig geschützt waren); "Dr. X. und die Kollegin Y. sind religiös gebunden; ein intimes Verhältnis scheint aber nicht vorzuliegen." Der Sicherheitsbeauftragte fertigte u.a. Mitte der 70er Jahre eine umfangreiche Studie über den Einfluß der Kirche und der Studentengemeinde an den einzelnen Sektionen an. Es finden sich Personendossiers, zusammengestellt aus den Kaderakten und Spitzelberichten, besonders über Wissenschaftler, die mit Militärforschung (Laser) zu tun hatten, und Sätze wie "Professor X. kann berufen werden, die Zustimmung der Territorialorgane (Kreisdienststelle der Staatssicherheit) liegt vor." Der BSG hatte sich offensichtlich einen Kreis von Informanten aufgebaut (die nicht unbedingt auch IM der Staatssicherheit waren!), zu denen z.B. viele Parteisekretäre gehörten.

Besondere Vorkommnisse

Jeder Universitätsangehörige war verpflichtet, besondere Vorkommnisse als da wa-

ren: Havarien, Republikflucht, Selbstmord, politische Äußerungen, Unfälle, Exmatrikulationen, illegale Wandzeitungen sofort zu melden. Der übliche Weg lief über den Parteisekretär oder den wissenschaftlichen Sekretär, auf jeden Fall dann weiter zum ersten Prorektor, zum ersten Sekretär der UPL und zum BSG. Der entscheidende Schritt war immer die erste Meldung, dann war die Lawine kaum noch aufzuhalten. Es war aber möglich, gewisse Dinge zu überhören oder zu übersehen!

Was waren wohl die Gründe für Professor X., an den Prorektor für Medizin schriftlich zu melden, er habe aus einer Unterhaltung zwischen Sekretärinnen entnommen, daß sein Kollege Y. an Alkoholexzessen beteiligt sei? Warum fordert der Arzt Z. in einem Brief an den Parteisekretär, den Dingen nachzugehen, die ihm sein Patient im Zusammenhang mit einem Ausreiseantrag unter vier Augen anvertraut hatte? Nach einer Bewährungszeit wollte der aus politischen Gründen exmatrikulierte Student X. sich wieder bewerben. Er besuchte abends den Dozenten Y., dem er vertraute, in dessen Wohnung. War es nur Angst, die Herrn Y. bewog, diesen Vorgang seinem Parteisekretär zu melden, so daß der Bericht darüber am nächsten Tag dem BSG und damit der Staatssicherheit auf dem Tisch lag?

Der Staat konnte sich nur deshalb so lange halten, weil ihm viele untätig dienten, aber oft war auch die Furcht vor Repressalien, vor dem dann doch Bekanntwerden eines nichtgemeldeten Vorkommnisses, das Motiv für die Meldung.

Was ist Schuld? Die Entscheidungsfindung der Personalkommission

Die Voten der Personalkommission entstanden in geheimer Abstimmung. Jedes Mitglied stand dabei vor einer doppelten Aufgabe: Zum einen war möglichst objektiv die Grenze zwischen opportunistischem

Mitlaufen und zu sühnender Schuld zu finden, zum anderen sollte das Urteil der Persönlichkeit des Angehörten und seiner zukünftigen Eignung gerecht werden - manche der Unrechtstaten lagen 20 Jahre zurück!

Wir waren uns von Anfang an darin einig, daß die bloße Mitgliedschaft in der Partei oder allein die Tatsache, Parteisekretär einer Sektion oder Klinik gewesen zu sein, noch kein Grund für das Votum "nicht geeignet" sein konnte. Wir hatten alle die DDR an uns erfahren, wohl jeder von uns hatte Kompromisse eingehen müssen, um an der Universität bleiben zu können. Schuld begann nach unserer Ansicht erst dann, wenn man über das Mitschwimmen im Strom hinausging, aktiv und bewußt (und nachweisbar!) anderen Schaden zufügte und durch mehrfaches Tun kundtat, daß man es nicht bereute.

Schwerer wurden uns Entscheidungen, wenn es um höhere Parteifunktionäre, z.B. UPL-Mitglieder, ging: Offensichtlich waren diese Menschen an Unterdrückungshandlungen (Förderung von Parteimitgliedern aus nichtfachlichen Gründen, Ablehnung von Kandidaten für das Forschungsstudium aus politischen Gründen...) durch ihr bewußtes, aktives öffentliches Auftreten für die Parteilinie auch dann beteiligt, wenn keine Unterschriften unter entsprechende Dokumente es belegten. Wir sind dann prinzipiell nicht von einer solchen "allgemeinen" Schuld ausgegangen, obwohl es sicher dem einen oder anderen manchmal schwerfiel (und wenn es auch manche der Angehörten und negativ Evaluierten, die nicht gerne von z.B. ihrer wiederholten Beteiligung an Urteilen der Disziplinarkommission sprachen, es in der Öffentlichkeit so darstellten!). Das Lesen in den Akten und die mündlichen Anhörungen waren oft recht bedrückend. Wir hatten uns geeinigt, bei den Abstimmungen eine Stimmenthaltung nicht zuzulassen:

keiner der Stimmberechtigten konnte so der persönlichen Entscheidung ausweichen (...) Die Entscheidungen sind uns nicht leicht gefallen, ein negatives Votum bedeutete ja häufig das Ende einer wissenschaftlichen Karriere. Am Abend und am Wochenende nach den meist freitags stattfindenden Anhörungen sind mir die Schicksale noch lange durch den Kopf gegangen - oft aber auch die Wut über das, was Menschen angetan worden war.

Menschen vor der Personalkommission

Anhörungen fanden in der Regel nur bei den Universitätsangehörigen statt, gegen die belastendes Material vorlag. Bei der Anhörung wurden sie zu diesen Dokumenten befragt, wußten aber vorher nicht, wonach wir im einzelnen fragen würden. Der Normalfall war eigentlich der, daß Fakten geleugnet wurden (oder an sie keine Erinnerung mehr bestand) und persönliche Schuld nicht eingestanden wurde.

Nur wenige der Angehörten sprachen davon, sich nach Entscheidungen Vorwürfe gemacht zu haben, aber fast niemand hatte daraus die Konsequenz gezogen, derartige Funktionen dann abzulehnen. Ein ständiges Mitglied der Disziplarkommission für Studenten, dem die Beteiligung an acht schlimmen politischen Verfahren vorgehalten wurde, blieb mehrere Wahlperioden im Amt und fand selbst heu-

te noch: "Das alles sei - für die Betroffenen - zwar traurig, aber nicht zu ändern gewesen".

Die Ergebnisse der Anhörungen und deren Umsetzung

Ein Jahr nach der Konstituierung der Personalkommission war die Überprüfung des wissenschaftlichen Personals im wesentlichen abgeschlossen. Bis Ende 1992 wurden 113 mündliche Anhörungen durchgeführt, d.h. in 113 Fällen lag belastendes Material vor, zu dem die Betroffenen befragt wurden: Dabei votierte die Kommission 46 Mal eindeutig negativ.

Die Ergebnisse wurden dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst mitgeteilt, in dessen Händen die endgültige Entscheidung lag. Es war uns untersagt, die Betroffenen oder die Universitätsleitung zu informieren - unsere Voten waren ja auch nur eine Empfehlung, der der Minister folgen konnte oder auch nicht. Die Entscheidungsfindung im Ministerium verlief sehr schleppend. Erst ein Jahr, nachdem die ersten Voten in Erfurt vorlagen, wurden von dort die ersten Kündigungen eingeleitet.

Hans Stephani (Jena)

(Der Autor, Professor am Theoretisch-Physikalisches Institut der FSU Jena, ist Mitglied der dortigen Personalkommission)

(aus Alma mater jenensis 19/93)

Bilanz zum Ende des ersten Akademischen Jahres der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder

Ein positives Resümee zum Ende des ersten Akademischen Jahres der neugegründeten Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) zog Gründungsrektor Prof. Dr. Knut Ipsen. Als besonders erfreulich wertete er die Tatsache, daß sich von den 468 immatrikulierten Studenten lediglich

zwei im ersten Studienjahr nicht zurückmeldeten. An anderen Hochschulen seien es erfahrungsgemäß zehn Prozent und mehr. Es sei ein Zeichen, daß sich die Studenten trotz mancher Provisorien bezüglich Raum- und Bibliotheksnutzung in Frankfurt wohlfühlten. Begonnen hatte die

Universität mit den Studiengängen Rechtswissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre. Ein Drittel der Studenten kommt aus dem benachbarten Polen. Dieser Anteil soll auch bei allen künftigen Immatrikulationen beibehalten werden. Im Juni liefen die Aufnahmeprüfungen für die polnischen Studenten aus Poznan und Wroclaw.

Zum kommenden Wintersemester startet an der Europa-Universität die Fakultät Kulturwissenschaften, die eine Klammerfunktion zwischen den Fakultäten ausüben soll. Sie wird einen eigenständigen zum Diplom führenden Studiengang anbieten und zudem Vorlesungen und Seminare für die Studenten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften anbieten. Derzeit laufen die Berufungsverhandlungen für die Professoren dieser Fakultät sowie der bereits bestehenden. Prof. Ipsen unterstrich die "exquisite Bewerberlage". Kritik übte er in diesem Zusammenhang an der Praxis des Landes Brandenburg, ausländische Wissenschaftler nicht in ein Beamtenverhältnis, sondern lediglich in ein Angestelltenverhältnis übernehmen zu wollen, was zwei Klassen von Professoren an dieser auf Internationalität ausgerichteten Universität schaffe. Er habe sich deswegen mit einem Brief an Innenminister Alwin Ziel gewandt und hoffe auf eine positive Resonanz. Betroffen seien derzeit österreichische, polnische und finnische Wissenschaftler, die für einen Lehrstuhl an der Viadrina berufen wurden.

Insgesamt wurden bis zum Ende des ersten Studienjahres elf Professoren für die Europa-Universität durch das Brandenburger Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur ernannt. Damit wurde es möglich, mit den Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Universität zu beginnen. "Zum Herbst will der Gründungssenat seine zweijährige Arbeit beenden und die Geschäfte einem gewähl-

ten Senat und einem noch zu wählenden Rektor übergeben", erklärte Ipsen.

Zum Wintersemester 1993/94, das am 15. Oktober beginnt, erwartet die Viadrina über 600 neue Studierende. Für den Endausbau dieser Universität sind rund 4100 Studienplätze geplant.

Ergänzt wird das Studienangebot der Viadrina künftig durch ein Collegium Polonicum am polnischen Oderufer im benachbarten Slubice. Als einmalig bezeichnete Ipsen die Tatsache, daß dieses von polnischer Seite finanzierte Lehr- und Forschungsinstitut mit Konzentration auf osteuropäische Geschichte, Literatur, Kultur, Sprache und Politik eine gemeinsam vom Senat der Frankfurter Europa-Universität und dem Senat der Universität Poznan beschlossene Akademische Rechtsordnung haben werde. Für eine solche Konstruktion gebe es keine Parallelen. Die deutsch-polnische Kooperation bildet den Kern der Europa-Universität. Es bestehen Kooperationsvereinbarungen mit den Hochschulen in Poznan, Szczecin und Wroclaw sowie eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit mit der ältesten polnischen Universität - der Jagellonen-Universität Krakow. Weitere Kontakte wurden bereits aufgenommen zur russischen Staatsuniversität - der Moskauer Lomonossow-Universität -, zur belorussischen Staatsuniversität in Minsk, zur Ecole de Commerce Reims in Frankreich sowie zu britischen Hochschulen. Nächste Absprachen sollen mit finnischen und schwedischen Einrichtungen erfolgen. Die Akzeptanz dieser neugegründeten Europa-Universität sei im Ausland größer als im Inland, unterstrich Prof. Ipsen. Trotz aller Schwierigkeiten eines Neuanfangs sei es bereits im ersten Jahr gelungen, der Rolle als Brückenuniversität direkt an der Grenze zwischen Ost- und Westeuropa gerecht zu werden. Demnächst werden sich die Kulturwissenschaftliche und Wirtschaftswis-

senschaftliche Fakultät der Europa-Universität in einem Gemeinschaftsprojekt mit der Ruhr-Universität Bochum und einer niederländischen Universität der Erforschung der Euroregion am Oderfluß widmen. Dabei sollen Unterschiede und Parallelen zur

bereits bestehenden Euroregion an der deutsch-niederländischen Grenze herausgearbeitet und Alternativlösungen für ein gemeinsames Planungs- und Durchführungsgebiet erforscht werden.

(Viadrina-PI)

Erfolgreiche Schauspielstudenten Ensembles aus Leipzig, Rostock und Hamburg ausgezeichnet

Die Hochschule für Musik und Theater "Felix Mendelssohn Bartholdy" aus Leipzig hat am Wochenende beim "4. Theater-treffen deutschsprachiger Schauspielstudenten" in Wien den mit 70.000 Schilling (10.000 DM) dotierten Max-Reinhardt-Preis errungen. Neben diesem vom österreichischen Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung erstmals vergebenen Preis erhielten weitere neun Ensembles und deutschsprachige Nachwuchsschauspieler Preise im Gesamtwert von 50.000 DM, die vom Bundesbildungsminister Prof. Dr. Rainer Ortleb gestiftet worden sind. Ortleb und sein österreichischer Amtskollege Busek, der auch Vizkanzler seines Landes ist, hatten am Sonntag (20. Juni 1993) gemeinsam das 4. Theatertreffen in Wien eröffnet.

Alle drei Ensemble-Preise gingen an deutsche Schauspielerguppen. Das Institut für Musik und Theater der Universität Rostock wurde mit 10.000 DM für seine Aufführung des Stückes "Der Bürgergeneral" von Johann Wolfgang von Goethe ausgezeichnet. Ein weiterer Ensemblepreis von 8.000 DM ging an die Schauspielstudenten der Hochschule für Musik und Theater Hamburg. Sie waren mit "Ab heute heißt du Sara" von Volker Ludwig und Detlef Michel bei dem Theatertreffen vertreten. Das Stück basiert auf dem autobiographischen Bericht "Ich trug den gelben Stern" von Inge Deutschkron. Zweifacher Preisträger war die Hochschule für Musik und Theater Leipzig, die ebenfalls einen Ensemblepreis von 5.000 DM erhielt.

(BMBW-PI)

Neue Bundesländer: Erweiterte Steuerfreiheit von Stipendien

Der Stifterverband mußte sich nach Widerherstellung der deutschen Einheit mit der Frage auseinandersetzen, wie Stipendien an Wissenschaftler aus den neuen Bundesländern steuerlich zu behandeln seien. Das Einkommenssteuergesetz stellt Stipendien unter bestimmten Voraussetzungen für den Empfänger steuerfrei; u.a. darf bei Stipendien, die der wissenschaftlichen Aus- und Fortbildung dienen, im Zeitpunkt der erstmaligen Gewährung die-

ses Stipendiums der Abschluß der Berufsausbildung des Empfängers nicht länger als zehn Jahre zurückliegen (Paragraph 3 Nr. 44 Buchstabe c EStG).

In den alten Bundesländern wird davon ausgegangen, daß die Berufsausbildung eines Wissenschaftlers mit der Promotion abgeschlossen ist, weil zu diesem Zeitpunkt nach allgemeiner Auffassung die für den Einstieg in die Hochschullehrerlauf-

bahn wesentlichen inhaltlichen Grundlagen eines Fachgebietes erarbeitet und mit der Promotion die Eignung zu wissenschaftlicher Arbeit nachgewiesen sind. Nach diesem Abschluß sollen Nachwuchswissenschaftler dem Sinn der o.g. Vorschrift entsprechend innerhalb der nächsten zehn Jahre eine Fortbildung, finanziert durch ein steuerfreies Stipendium, beginnen können. Diese gesetzliche Steuerbefreiung soll Einrichtungen gezielt in die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses lenken, denn die Steuerfreiheit erlaubt die Vergabe niedrig dotierter Stipendien und damit einhergehend die Förderung einer größeren Anzahl von Nachwuchswissenschaftlern.

In der Planwirtschaft der ehemaligen DDR waren die Bildungsinhalte insbesondere in den Fachbereichen Rechts- und Wirtschaftswissenschaften von denen der sozialen Marktwirtschaft völlig verschieden. Die Wissenschaftler der neuen Bundesländer müssen deshalb unabhängig davon, welches Alter und welchen Ausbildungsgrad sie im Bildungssystem der ehemaligen DDR erreicht haben, eine weitere Ausbildung erhalten, die die Voraussetzung für ihren aktiven Einsatz in Forschung und Lehre in den westlichen Ländern schafft. Deshalb kann der Abschluß der Berufsausbildung für die akademische Laufbahn in diesen Fällen nicht generell mit der Promotion unterstellt werden. Ergänzend ist die regelmäßig fehlende Vergleichbarkeit der Abschlüsse in den alten und neuen Bundesländern zu berücksichtigen. Die Promotion A wurde in der ehemaligen DDR in der Regel früher abgelegt als die Promotion an einer westdeutschen Universität. Auch die Promotion B konnte wegen veränderter Bildungsinhalte insbesondere in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in der Berufspraxis nicht generell mit der Habilitation westdeutscher Universitäten gleichgestellt werden.

Daraus wird erkennbar, welche wissenschafts- und bildungspolitische Bedeutung die Aus- und Fortbildung von Wissenschaftlern aus den neuen Bundesländern hat. Auch der Wissenschaftsrat hat sich in seinen Empfehlungen zum Aufbau der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an den Universitäten/ Technischen Hochschulen in den neuen Bundesländern und im Ostteil von Berlin für eine umgehende Nachqualifikation dieser Wissenschaftler ausgesprochen. Die Hochschuleinrichtungen sollen personell in die Lage versetzt werden, einen Lehr- und Forschungsbetrieb aufzunehmen, der dem Standard der westlichen Bundesländer entspricht. Nur so kann verhindert werden, daß Studenten aus den neuen Bundesländern sich verstärkt an den bereits überfüllten Hochschulen der westlichen Bundesländer ausbilden lassen.

Die wissenschaftlich gemeinnützigen Förderinstitutionen sind bereit, diese Nachqualifikation durch Stipendien zu fördern. Dies ist aber effektiv nur möglich, wenn Rechtsklarheit über die steuerliche Behandlung dieser Stipendien besteht. Die Steuerfreiheit von Stipendien an Wissenschaftler aus den neuen Bundesländern scheiterte aber in vielen Fällen an der bereits erwähnten Zehnjahresfrist. Der Stifterverband hatte aus diesem Grunde eine Anfrage an das Finanzministerium NW (FM NW) gerichtet mit dem Ziel, die Zehnjahresfrist für Stipendiaten aus den neuen Bundesländern auszusetzen. Im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen sowie den obersten Finanzbehörden der anderen Bundesländer hat das FM NW entschieden, die Zehnjahresbegrenzung in Paragraph 3 Nr.44 Buchstabe c EStG im Rahmen einer Billigkeitsregelung bis Ende 1994 auszusetzen. Die Stipendien zur Nachqualifikation von Wissenschaftlern aus den neuen Bundesländern unterliegen damit nicht der Zehnjahresfrist, wenn die-

se Stipendien bis spätestens Ende 1994 erstmalig gewährt werden. Mit dieser Entscheidung hat die Finanzverwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen kleinen, aber dennoch wichtigen Beitrag zur Verbesserung von Struktur und Organisation der Wissenschaft und Forschung so-

wie zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in den neuen Bundesländern geleistet.

(aus *Wirtschaft & Wissenschaft*, hrsg. vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, 2/93)

TAGUNG

Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland (ea) / Technische Universität Dresden / Evangelische StudentInnengemeinde in Deutschland

Zwischen Resignation und Aufbruch Die Wissenschaften im Systemwandel

Symposium vom 30.9. - 3.10.1993 in der TU Dresden (offen für alle Interessierten)

Öffentliche Vorträge (Audi Max Hettnerstraße):

30.9., 20.00 Uhr: Prof. Dr. Dr. Günter Altnier, Koblenz: Wissenschaft und Wissenschaftskritik vor dem Anspruch einer 'zweiten' Aufklärung

1.10., 20.00 Uhr: Prof. Dr. Bassam Tibi, Göttingen: Wissenschaft, Islam und Westliches Denken

1.10., 9.00 Uhr: Dr. Hans-Peter Gensichen, Wittenberg: Du sollst die Erde nicht mißbrauchen - biblische Reflexionen

2.10., 9.00 Uhr: Prof. Dr. Wolf Krötke, Humboldt-Universität Berlin: Theologie an der Universität - zur Auseinandersetzung mit den atheistischen Vorgaben

Diskussionsforen:

* Die Verantwortung der Wissenschaftler/innen für die Gesellschaft

* Geisteswissenschaften in einer Technischen Welt

Arbeitsgruppen u.a. zu:

* Rolle der Intellektuellen nach der Wende * Wissenschaftlichkeit als geheime Leitvorstellung * Freiheit in einer verwalteten Welt * Naturwissenschaften und Philosophie * Studierende aus der "Dritten Welt" und die Wende * Sinn und Unsinn westlicher Technik in den Gebieten der Armut * Kulturelle Selbstbesinnung in der "Dritten Welt" * Ethikunterricht und Philosophie * Glaube, Aufklärung und Wissenschaft * Biblische Wurzeln von Wissenschaft und ihrer Kritik * Wirtschaft, Ethik, Wissenschaft

weitere Veranstalter: Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE), Karlsruhe; Evangelische Akademie Arnoldshain; Evangelische Akademie Meißen; Evangelisches Studienwerk Villigst; Evangelische Studentengemeinde Dresden; Landesverband Sachsen der Evangelischen Akademikerschaft

Information und Anmeldung:

Geschäftsstelle der ea, Kniebisstr. 29, 70 188 Stuttgart, Tel. (0711) 28 20 15, Fax (0711) 26 28 115;

Landesverband Sachsen der EAid, Hauptstr. 23, 01 097 Dresden, Tel. (0351) 562 41 01, Fax (0351) 562 41 21.

Tagungsbüro während des Symposiums im Foyer des Audi Max Hettnerstr., Eingang Fritz-Förster-Platz.

GELESEN

Rosemarie Stein: Die Charité. 1945 - 1992. Ein Mythos von Innen. Mit einem Vorwort von Ellis Huber. Argon Verlag, Berlin 1992, 271 S., 28,- DM

Wirklichein Mythos?

Ein Lehrstuhl an der Charité - das war in Deutschland bis 1933 das oberste Ziel aller Mediziner. Die Charité war das Mekka der ärztlichen Elite. Hier waren - um nur einige der bekanntesten Namen zu nennen - Rudolf Virchow, Robert Koch, Ferdinand Sauerbruch, Christoph Wilhelm Hufeland, Carl Ferdinand von Graefe, Karl Bonhoeffer tätig. Das gemeinsame Band hieß Charité - Barmherzigkeit. Seinen Namen bekam das weltbekannte Krankenhaus im Jahr 1727.

Auch wenn die Charité schon längst ihren Ruf als Schmiede der Nobelpreisträger verloren hat, Barmherzigkeit konnte sich hier dennoch konservieren. Wie auch immer: voraussichtlich gab es Angehörige des medizinischen Personals, die nicht als ein Arm der Krake Stasi fungierten und unablässig funktionstüchtige Nieren, Leber, Herzen, Nasen, Penisse und Zungen für die verkommenen SED-Politbürokraten aus gesunden Körpern heraus schnitten, obwohl die Charité das Vorzeigekrankenhaus der SED war. Den 800 Millionen Westmark teuren Neubau weihte Erich Honecker 1982 ein - als "Symbol unserer Gesundheitsfürsorge, von der Werktätige im Kapitalismus nur träumen können" [1].

Auch wenn die Forschung zu kurz kam, bei der Versorgung der Patienten leistete die Charité, leistete ihre (privilegierte) Ärzteschaft mehr als jedes andere Krankenhaus. Wohl gemerkt: es konnte mehr geleistet werden. Zur Charité gehörten aber auch die sogenannten "Valutazimmer". Hier residierten nicht die SED-Bonzen, die hatten ihre eigenen Privatstätten zur Pflege und Erholung. Die Betreuung für Dollar oder Deutschmark wurde - so ist verschie-

dentlich zu vernehmen - vor allem von Ölmultis aus der Wüste in Anspruch genommen.

Nach den Herbstereignissen von 1989 kam die Charité vor allem wegen dreier Probleme wiederholt und nachhaltig auf die Titelseiten so ziemlich aller Gazetten, die in Deutschland irgendwie die öffentliche Meinung prägen. Es ging um Stasiverstrickungen von Mitarbeitern und Angestellten der Charité, es ging um den staatlich betriebenen Organklau, und es ging um Pläne, die die Vereinigung der geschichtsträchtigen Charité mit dem dagegen historisch provinziell anmutenden Klinikum im westberliner Ortsteil Steglitz vorsahen. Diese Anschlußpläne sind mittlerweile aus der Welt. Ebenso scheint der Organklau für die Hirnkranken nicht die unvorstellbaren Ausmaße gehabt zu haben, wie "GUTEN MORGEN DEUTSCHLAND!" recherchiert haben wollte. Bleibt als gegenwärtiges Problem die gesamte Vergangenheit der Charité.

"Basis und Gerüst des Stalinismus an der Charité waren sowohl der hauptamtliche Apparat der SED als auch die als 'Nomenklaturkader' eingestuften SED-Mitglieder sowie Funktionäre von Massenorganisationen. Sie alle funktionierten als Stützen des hierarchisch organisierten Regimes. Auf allen Ebenen gab es stalinistische Verhaltensweisen mit freiwilliger Ein- und Unterordnung sowie eine verbreitete Untertanenmentalität.

Wie überall im Lande war der Apparat des MfS auch an der Charité allgegenwärtig und diente diesen Strukturen." [2] Die Charité - das war die DDR im kleinen. Wie der Präsident der Ärztekammer Berlin, Ellis

Huber, im Vorwort zu dem Buch über die Charité schreibt, erwies sich dieses Krankenhaus "als exemplarisch für das Leben im totalitären Staat" (S. 8).

Die Journalistin Rosemarie Stein versuchte vor allem im Wintersemester 1991/92 mit Charité-Mitarbeitern und Medizinstudenten ins Gespräch zu kommen. Von diesen narrativen Interviews hat sie 23 ausgewählt, drastisch gekürzt, gerafft und zu zusammenhängenden Erzählungen verarbeitet. In einem Anhang veröffentlicht sie Ergebnisse von Nachforschungen über den Einfluß des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Charité.

Unter den Befragten dominieren die Hochschullehrer, die zumeist in unterschiedlichen Stellungen über viele Jahre an der Charité verantwortlich tätig waren und zum überwiegenden Teil noch tätig sind. Außerdem wurden Interviews mit zwei Sekretärinnen, mit der Leiterin der Personalaktenführung sowie mit zwei Studenten (einer aus dem Westen, einer aus dem Osten) abgedruckt.

Die Auswahl unter den nach der Wende noch rund 5000 Mitarbeitern des Krankenhauses sei - wie die Autorin sagt - "parteilich" gewesen: "Denn es sollten bevorzugt jene zu Wort kommen, die sich für die Erneuerung der Charité einsetzen, wenn auch keineswegs ausschließlich sie. Die 'alten Kader' der Partei verweigerten jedoch das Gespräch." (S. 18)

Die abgedruckten Gespräche, die von den Befragten nicht lesend korrigiert werden konnten, die ihnen aber für eventuelle Abänderungen vorgelesen wurden, um den Charakter der "oral history" zu bewahren, spiegeln den Aufbruch, den Umbruch und die Unsicherheiten wider, die an der Charité herrschen.

Der Band gibt aber nicht nur einen Einblick in die Charité, sondern vermittelt ebenso Aufschluß über die Situation an der Humboldt-Universität zu Berlin, deren Bestandteil die Charité ist. So erzählt zum Beispiel

ein Mediziner aus dem Mittelbau, der auch Vorsitzender der universitätsweiten Ehrenkommission ist: "Der Akademische Senat der Humboldt-Universität ist im Mai 1990 das erstmalig gewählt worden, und da wurde ich auch als Mitglied gewählt. Das war gespenstisch zu Anfang, es waren die alten Dekane alle drin, auch von den Gesellschaftswissenschaften. Es wurde zwar ein neuer Rektor gewählt [3], Herr Fink, aber der war ja auch im vorherigen Senat als Dekan vertreten, das heißt, er wechselte nur den Sitz im Senat. Ein Teil der Senatoren war neu, aber die waren natürlich von der alten Garde gewählt worden." (S. 179)

In allen Beiträgen wird das Ringen mit der eigenen Vergangenheit deutlich. Schon aus den von R. Stein gewählten Überschriften wird ersichtlich, daß die Charité tatsächlich einen Mikrokosmos der DDR verkörperte. Ein Wissenschaftler bekennt, sich aus der Politik ganz herausgehalten zu haben, andere sahen sich zu Konzessionen gezwungen. Der befragte Oststudent meint: "Passiv und angepaßt waren wir alle mehr oder weniger nach außen hin." (S. 189)

Ein Mediziner kommt zu Wort, der vom MfS als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) geführt wurde: "Eine Verpflichtungserklärung habe ich nicht abgegeben, das habe ich immer abgelehnt, so etwas zu machen. Gegen das Ministerium als solches hatte ich nichts; ich habe nichts dagegen, daß jeder Staat seinen Nachrichtendienst hat und sich nach außen hin schützt. Aber gegen diese Kontrolle und Überwachung und Bespitzelung der Mitbürger habe ich immer etwas gehabt, das geht auch aus den Unterlagen hervor." (S. 153) Selbst von der Staatssicherheit kurzzeitig in Gewahrsam genommen, sieht sich dieser Mann heute Anschuldigungen ausgesetzt, die er kaum entkräften vermag: "Ich kann das nicht verstehen. Und es ist die Schwierigkeit für alle Betroffenen, nun den Gegenbeweis anzutreten; das ist unmöglich. Da steht Aussage gegen Aussage, und wenn der betreffen-

de Führungsoffizier nicht zu greifen ist oder nicht zu einem Gespräch oder einer eidesstattlichen Aussage bereit ist, dann bleiben die Berichte der ehemaligen Staatssicherheit, und ich kann nichts beweisen." (S. 155)

Die Problematik des MfS spielt in vielen Beiträgen eine Rolle. In der Humboldt-Universität ist diese erst sehr spät erkannt und öffentlich diskutiert worden. Allerdings ging es dabei im wesentlichen nur um die Person des damaligen Rektors, Heinrich Fink, als bekannt wurde, daß auch er IM gewesen war. Der schon oben zitierte Vorsitzende der Ehrenkommission der Universität meint dann auch: "Die Universitätsleitung hat sich hingegen erst darum (um die MfS-Problematik) gekümmert, als es um den Fall Fink ging." (S. 185)

Aus einem Interview mit der jetzigen Leiterin der Personalaktenführung wird deutlich, daß das MfS jederzeit Zugriff auf die Akten dieser und wohl auch jeder anderen Einrichtung hatte: "Ich saß in meinem Büro, und eines Tages kam ein Mann ins Zimmer, steuerte auf meinen Schlüsselschrank zu und nahm meinen Schlüssel. Ich sagte: Entschuldigen Sie bitte, was machen Sie denn hier, wohin wollen Sie denn? Und da sagt er: Das hat seine Richtigkeit, und ich komme regelmäßig. In dem Moment kommt der stellvertretende Direktor aus seinem Zimmer, der hört, wie ich diesen Mann anspreche und sagt: Frau B., das hat seine Richtigkeit, der Mann hat die Kompetenz, der gehört zur Kaderabteilung der Humboldt-Universität, und der hat mit uns Zusammenarbeit. ... Eine Woche später flüstern mir aber meine Kolleginnen, daß es sich um einen Mann von der Stasi handelt, der immer Akten holt und bringt. ... Das waren die Studentenakten, die wurden eben von der Stasi ganz regelmäßig geholt und gebracht. Mit Patientenakten ist das in den ganzen Jahren nie so offen passiert, dazu sind wahrscheinlich Mittelsmänner genommen worden." (S. 108f.)

Den Band schließen nützliche Ausführungen zur Tätigkeit des MfS an der Charité ab. Ihr Sinn bestand aber nicht darin, eine wissenschaftliche Abhandlung über die Rolle des MfS im Hochschul- und Wissenschaftsbetrieb der DDR zu ersetzen. Vielmehr sollte ein knapper Überblick gegeben werden, wie und in welchen Größenordnungen sich die Tätigkeit des MfS an einer spezifischen Institution vollzog.

Inwieweit die Charité wieder zu einem Magneten der internationalen Medizinwelt wird, bleibt abzuwarten. Gegenwärtig befindet sie sich noch im Neuaufbau, wozu auch die Neuausschreibung von allen Stellen gehört. Zur Situation an der Charité im Oktober 1992 schreibt Rosemarie Stein: "Depression, Unsicherheit und Resignation scheinen das emotionale Klima in den Instituten und Kliniken drei Jahre nach der Wende stärker zu prägen als Aufbruchsstimmung. Man spürt mehr Unruhe, die auf der Stelle tritt, als wirkliche Bewegung, die eine bestimmte Richtung einschlägt." (S. 269)

Und ganz am Ende des Buches stellt R. Stein eine Frage, die auch sie nicht zu beantworten vermag. Diese wird mehr und mehr an einigen Bereichen der Humboldt-Universität zu Berlin die zentrale Frage überhaupt.

"Wie erneuert man eine Fakultät - und eine Universität -, wenn man die alte DDR-Nomenklatura samt den IMs nicht los wird, weil die Arbeitsgerichte fast keine Kündigungen zulassen?" (S. 271)

Ilko-Sascha Kowalczyk (Berlin)

Anmerkungen

[1] Vgl. den großaufgemachten Bericht im *Neuen Deutschland* vom 15. Juni 1982, S. 1, 3-4.

[2] Vergangenheit an der Charité - Bewältigt oder kritisch aufgearbeitet? Flugblatt vom 4. November 1990 (Archiv des Vf.).

[3] Der Rektor wurde im Mai 1990 vom Konzil der Universität gewählt.

Am 23. Mai 1993 jährte sich zum fünfundzwanzigsten Male die Sprengung der Leipziger Pauliner-(Universitäts-)Kirche. Mehrere Verlage nahmen diesen Tag zum Anlaß, um Publikationen mit Bezug auf die seinerzeitigen Ereignisse (denen wenige Tage später auch das Leipziger Universitätshauptgebäude, das Augusteum, mit dem legendären Hörsaal 40 zum Opfer fiel) herauszugeben. Im folgenden eine Übersicht der die Titel:

FRITZSCH, GÜNTER: **Gesicht zur Wand. Willkür und Erpressung hinter Mielkes Mauern** [Erlebnisbericht des Leipziger Physikers und Mitinitiators der Transparentaktion "Wir fordern Wiederaufbau!" nach der Universitätskirchensprengung über seine Stasihaft Anfang der 70er Jahre]. St. Benno Verlag, Leipzig 1993. 159 S. DM 15,80.

HÜTTER, ELISABETH: **Die Pauliner-Universitätskirche zu Leipzig. Geschichte und Bedeutung** [Erstveröffentlichung der 1961 fertiggestellten einzigen kunstwissenschaftlichen Darstellung der Geschichte und Bedeutung der Kirche]. Verlag Hermann Böhlau Nachfolger, Weimar 1993. 179 S. DM 68,-.

LÖFFLER, KARIN: **Die Zerstörung. Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche Leipzig**. St. Benno Verlag, Leipzig 1993. 234 S. DM 24,80.

PAULINERVEREIN/ MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK/ BILD-ZEITUNG LEIPZIG/ VERLAG KUNST UND TOURISTIK LEIPZIG (Hrsg.): **Universitätskirche Leipzig. Ein Streitfall?** Inklusive einer CD: "Bleibet hier und wachet...". Die Universitätskirche zu Leipzig 1240 - 1968. Eine Dokumentation. Hrsg. vom Mitteldeutschen Rundfunk MDR. Verlag Kunst und Touristik, Leipzig 1992. 168 S. DM 79,80. Über den Buchhandel.

ROSNER, CLEMENS (Hrsg.): **Die Universitätskirche zu Leipzig. Dokumente einer Zerstörung**. Forum Verlag, Leipzig 1992. 112 S. DM 19,80. Über den Buchhandel.

TOPFSTEDT, THOMAS/ ZWAHR, HARTMUT (Hrsg.): **Der Leipziger Augustusplatz. Funktions- und Gestaltwandel eines Großstadtplatzes 1830 - 1990**. Universitätsverlag Leipzig (angekündigt). Ca. 200 S.

bläherige Themen:

Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-) Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Fortsetzung zum "Fall Fink" * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung * Europa-Universität Frankfurt/Oder * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Streitsache Latinum * Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler * Frauen in der Ostwissenschaft * SPD-Wissenschaftsforum * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel * Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe * Vorschläge zur Hochschulreform * Methodologische Wende? * Hochschule als Institution und Landeshochschulrecht * Verbände (-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz * Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der ostdeutschen Wissenschaft * Die ostdeutschen Archive

Autorinnen:

Wolfgang Nitsch, Bernd Okun, Horst Poldrack, Rosemarie Will, Matthias Middell, Georg Nolte, Larissa Klünzling, Kurt Nowak, Peer Pasternack, Fritz Klein, Wolfgang Küttler, Wolfgang Ernst, Jürgen Teller, Frank Geißler, Ilko-Sascha Kowalczyk, Torsten Bultmann, Rudolf von Thadden, Hans Joachim Meyer, Christoph Kähler, Rudolf Mau, Martin Onnasch, Monika Gibas, Horst Klinkmann, Uta Starke, Marlis Dürkop, Hermann Klenner, Hans-Uwe Erichsen, Edellbert Richter, Cornelius Weiss, Alfred Förster, Peter Porsch, Hans-Heinz Emons, Eberhard Tiefensee, Hans-Jörg Sandkühler, Hartmut Eisehans, Günther Wartenberg, Sonja Brentjes, Martin Robbe, Günter Eiselt, Michael Daxner, Ulrich Geyer, Hansgünter Meyer u.a.

Kopiervorlage

Bestellung

Bitte senden Sie mir "hochschule ost":

1. ein Exemplar zum Kennenlernen
2. mal das Journal im Normal-Abonnement für 55,- DM
3. mal im Abo für ostdeutsche PrivatbezieherInnen/
StudentInnenabonnement für 33,- DM
4. mal im Abonnement für in der akademischen / studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende (tätig in folgendem Gremium
.....) für 20,- DM

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für Variante 2., 3. oder 4. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist künde.

Name

Adresse

..... (Datum) (Unterschrift)

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich widerrufe.

..... (2. Unterschrift)

Bitte senden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa Uni Leipzig, Augustusplatz 9, PSF 920, O - 7010 Leipzig